

Preussische Allgemeine



Nr. 6 · 9. Februar 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €

Die nächsten Konflikte

Über die Schwäche der alten Mächte und die Ambitionen aufstrebender Akteure der Weltpolitik. Und was dies für Deutschland und Europa bedeutet Seiten 2 und 3



Kolonialzeit Ein Blick auf das brandenburgische Groß Friedrichsburg Seite 10



Tragödie Ein spektakulärer Kriminalfall im Allenstein des Jahres 1907 Seite 18

VON RENÉ NEHRING

POLITIK

Deutschland erlebt zweifellos schicksalhafte Tage. Während der Ampelregierung Woche für Woche eine Protestwelle von Bauern, Handwerkern, Freiberuflern und sonstigen Leistungsträgern der Gesellschaft entgegenschlägt und das rot-gelb-grüne Bündnis in Umfragen historische Tiefstwerte einfährt, organisieren Anhänger des Regierungslagers – vor allem aus den angeblichen „Nichtregierungsorganisationen“ (NGOs) – den Protest gegen alles, was „rechts“ ist oder auch nur von ihnen zu „Rechts“ erklärt wird.

Dass es zumindest einigen von ihnen gar nicht um den Kampf gegen extremistische Bestrebungen geht, zeigte die Versammlungsleiterin der Münchner Demo „Gemeinsam gegen rechts“, Lisa Pöttinger, die Politiker der CSU – unter deren Führung der Freistaat Bayern zum erfolgreichsten deutschen Bundesland wurde, in dem auch viele Grüne gut und gern leben – auf ihrer Veranstaltung für unerwünscht erklärte. Pöttinger selbst ist Aktivistin der radikalen Organisation „Extinction Rebellion“, die für sich das Recht in Anspruch nimmt, sich zur Abwehr einer unmittelbar bevorstehenden Klimakatastrophe auch über rechtsstaatliche und demokratische Prinzipien hinwegsetzen zu dürfen.

Da auch in anderen Fällen die Organisatoren der „Anti-Rechts“-Demonstrationen überwiegend aus linken und grünen Aktivistenmilieus stammen, tut man ihnen gewiss kein Unrecht anzunehmen, dass ihr Engagement vor allem dem Machterhalt des eigenen Lagers gilt. Natürlich ist es das gute Recht einer jeden politischen Kraft, für die eigenen Anliegen zu demonstrieren. Doch sind Demonstrationen in einer Demokratie eher ein Ausdrucksmittel der Opposition. Dass eine Regierung über ihr nahestehende Organisationen den Protest gegen eine oppositionelle Partei – in diesem Falle die AfD – organisiert, ist zumindest ungewöhnlich.

Wenn nichts mehr geht, geht der „Kampf gegen Rechts“

Mit teils legitimen, teils fragwürdigen Mitteln versucht das „Ampel“-Lager, den Unmut der Bürger über die Arbeit der Regierung in andere Bahnen zu lenken

Volle Unterstützung erfahren die Pro-Regierungs-Aktivistinnen aus dem Umkreis der öffentlich-rechtlichen Medien. Seit Wochen berichten diese in einer Ausführlichkeit über die Demonstrationen „gegen Rechts“ wie es die Proteste der Bauern und anderer Berufsgruppen nie erleben durften. Verwundern kann dies kaum, belegt doch eine neue Studie der Universität Mainz die bei Zuschauern seit Jahren wahrgenommene Schlagseite der gebührenfinanzierten Sender zugunsten von SPD und Grünen (siehe Seite 9). Und so verwundert es auch nicht, wenn bei ARD, ZDF & Co. nicht thematisiert wird, dass jüngsten Umfragen zufolge nur eine Minderheit der Bürger Angst vor der AfD hat, während die Deutschen je nach Befragung zu zwei Dritteln bis drei Vierteln unzufrieden mit der Regierungspolitik sind.

Mit Ressourcen des Staates gegen die Opposition

Dass zumindest Teile des Regierungslagers nicht davor zurückschrecken, für den Erhalt der Macht auch auf Ressourcen der ihnen unterstellten Behörden zurückzugreifen, zeigt ein 20-seitiges Schreiben des Bundesamtes für Verfassungsschutz an den Rechtsanwalt des früheren Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen, in dem die Behörde minutiös auflistet, wie sie ihren früheren Chef in den vergangenen Jahren beobachtet und praktisch alle seine öffentlichen Aussagen

erfasst hat. Wer das Dossier, das Maaßen selbst auf seiner Webseite veröffentlichte, liest, kann nur erschauern. Auch wenn man die Ansichten des Neu-Politikers nicht teilen mag, ist es erschreckend, wie schnell ein vormaliger Spitzenbeamter in einer extremistischen Ecke landet.

Dabei obliegen die Maßstäbe für eine Einschätzung, was oder wer verfassungsfeindlich ist, im Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland keineswegs einer Behörde und auch keinem vorgesetzten Ministerium. Vielmehr sind die Kriterien im Bundesverfassungsschutzgesetz festgehalten, deren Paragraph 4 Absatz 2 eine präzise Definition jener freiheitlichen demokratischen Grundordnung (FDGO) gibt, deren Verteidigung die Aufgabe des Verfassungsschutzes ist.

Demnach gehören zur FDGO unter anderem „a) das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen ... auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen, b) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht, c) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,“ – und „d) die Ablösbarkeit der Regierung...“.

Eine Regierung oder einzelne Regierungsmitglieder (Maaßen bezichtigt Bundesinnenministerin Nancy Faeser, hinter

seiner Beobachtung zu stecken), die die mächtigen Instrumente des Staates gebrauchen, um eine unliebsame Opposition zu beeinträchtigen, laufen ihrerseits selbst Gefahr, den Boden der Rechtmäßigkeit zu verlassen. Die Entscheidung darüber, ob eine Partei verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgt, obliegt aus gutem Grunde allein dem Bundesverfassungsgericht.

Ein Freibrief für die Opposition ist dies allerdings nicht. Immer wieder spielen Vertreter der AfD mit Tabus, um die – im Zeitalter der Political Correctness zweifellos engen – Grenzen des Sagbaren zu erweitern. Das jüngste Beispiel dafür lieferte der brandenburgische Lantagsabgeordnete Lars Hünich, als er in einer Versammlung erklärte: „Wenn wir morgen in einer Regierungsverantwortung sind, dann müssen wir diesen Parteienstaat abschaffen“ – und dabei offen ließ, ob er mit Parteienstaat den Umstand meinte, dass die Parteien immer mehr Bereiche des eigentlich neutralen Staates kontrollieren, oder die Parteiendemokratie an sich. Insofern braucht sich niemand zu wundern, wenn derlei Äußerungen die Verfassungsschutzbehörden auf den Plan rufen.

Bestehen bleibt indes das große Dilemma, dass die Bürger dieses Landes seit Jahren in fast jeder Wahl mehrheitlich nicht-linke Parteien wählen – aufgrund der politisch-medialen Konstellationen am Ende jedoch fast immer eine linke Politik bekommen.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Mit der DAVA-Partei schuf Erdoğan seine fünfte Kolonne in Deutschland Seite 4

Kultur
Eine Studie belegt die Schiefelage bei den öffentlich-rechtlichen Medien Seite 9

Das Ostpreußenblatt
In Tilsit soll die Renovierung der Königin-Luise-Brücke nun endlich beginnen Seite 13

Lebensstil
Dein Freund und Mörder – vor 100 Jahren tötete ein Berliner Polizist zwei Frauen Seite 21



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

IM GESPRÄCH MIT
GENERAL A.D. HARALD KUJAT

Neben dem Krieg im Osten Europas bedrohen zahlreiche weitere Krisen- und Konfliktherde die internationale Sicherheit. Zeit für eine Einordnung der Entwicklungen und für eine Einschätzung dessen, was da gerade auf uns zukommt.

Herr Kujat, in den letzten Wochen häufen sich die Warnungen vor einem Angriff Russlands auf die NATO, etwa durch Verteidigungsminister Boris Pistorius und BND-Chef Bruno Kahl. Wie schätzen Sie die Gefahr eines heißen Konflikts mit Russland ein?

Diese Warnungen, die es ja nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Teilen Europas gibt, stammen vor allem von zivilen Experten. Sie argumentieren im Wesentlichen, dass Russland in fünf bis sechs Jahren in der Lage wäre, einen oder mehrere NATO-Staaten anzugreifen.

Im Grunde beruhen die Warnungen auf der Erkenntnis, dass Russland längst nicht so schwach ist, wie es zu Beginn des Ukraine-Kriegs den Anschein hatte, und dass die Ukraine im schlimmsten Fall den Krieg verlieren könnte. Russland verbliebe danach ein Zeitfenster, um seine Verluste auszugleichen und durch die Erhöhung des Verteidigungshaushaltes und die Umstellung der Industrie auf eine Kriegswirtschaft die Voraussetzungen für einen solchen Angriff zu schaffen – während der Westen noch nicht einmal in der Lage sei, der Ukraine die zugesagte Munition zu liefern.

Allerdings habe ich bislang keinen konkreten Beleg dafür gesehen, dass Russland tatsächlich die Absicht hat, NATO-Staaten anzugreifen. Dass ein kriegführendes Land seine militärische Durchhaltefähigkeit erhöht, ist nicht ungewöhnlich. Zudem sieht sich Russland in einem Stellvertreterkrieg mit den USA und ihren Verbündeten und rechnet offenbar damit, dass NATO-Streitkräfte möglicherweise direkt eingreifen würden, um eine totale Niederlage der Ukraine abzuwenden.

Besäße denn Russland überhaupt die Fähigkeit für die Durchführung eines solchen Angriffs?

Wenn ich mir die gegenwärtigen militärischen Fähigkeiten Russlands und der NATO ansehe, komme ich zu dem Ergebnis, dass Russland nicht in der Lage wäre, einen konventionellen Krieg gegen die NATO erfolgreich zu führen. Allerdings wäre umgekehrt die NATO auch nicht in der Lage, einen solchen Angriff aus dem Stand abzuwehren.

Die Vereinigten Staaten haben in der Zeit des Kalten Krieges einen erheblichen Beitrag zur konventionellen Verteidigung Europas geleistet, sind jedoch seit Langem nur mit einem geringen Umfang an Kampftruppen auf unserem Kontinent präsent. Im Falle eines russischen Angriffs wären die Europäer also weitgehend auf sich allein gestellt. Die Zuführung amerikanischer Verstärkungen würde vier bis sechs Monate brauchen, bis sie hier auf dem Gefechtsfeld eintreffen.

Aber diese Zeit wäre ja gegeben, wenn man die Annahmen zugrunde legt, dass Russland erst in wenigen Jahren zu einem Angriff in der Lage wäre.

Das ist genau der entscheidende Punkt! Das würde nämlich bedeuten, dass auch die Amerikaner die Lage so beurteilen wie diejenigen Europäer, die derzeit vor einem russischen Angriff warnen. Doch das kann ich nicht erkennen. In den USA wird die Situation längst nicht so dramatisch beurteilt wie in Europa. Würden die Amerikaner eine Kriegsgefahr für Europa sehen, müssten sie sich umgehend darauf einstellen und ihre eigene Präsenz auf unserem Kontinent wieder verstärken sowie militärische Ausrüstung und Waffen in europäischen Depots lagern, damit schnell eingeflogene Kampftruppen sofort ihre Verteidigungsräume beziehen können. Das tun sie aber nicht. Im Gegenteil zeigt der amerikanische Verteidigungshaushalt eine eindeutige Schwerpunktverlagerung auf einen potentiellen Krieg mit China.



Ausdruck eines neuen machtpolitischen Selbstbewusstseins: Start eines J-15 Kampfflugzeugs von einem chinesischen Flugzeugträger

Foto: Hu Shanmin/Xinhua/pa

„Wir steuern auf ein Zeitalter großer Konflikte zu“

Über die Wahrscheinlichkeit eines russischen Angriffs auf die NATO, Chinas kommende dominante Rolle in der Welt und weitere Unruheherde – und wie sich Deutschland zu all dem verhalten sollte

Sind also die europäischen Warnungen übertrieben?

Ganz so ist es auch nicht. Ich verstehe in gewisser Weise die drei baltischen Staaten. Diese sind wie die Ukraine ehemalige Sowjetrepubliken mit einem hohen Anteil an russischsprachiger Bevölkerung. Und da sie bereits zweimal – unter Stalin und auch schon zu Zeiten der Zaren – in das russische Reich gezwungen worden waren, halte ich ihre Sorge, dass sich das wiederholen könnte, für berechtigt. Insbesondere auch deshalb, weil sie sich bewusst sind, was die sogenannte Medwedew-Doktrin für sie bedeuten könnte. Denn die besagt, dass „der Schutz des Lebens und der Würde“ russischer Bürger, „wo immer sie auch sein mögen, eine unbestreitbare Priorität“ Russlands ist. Das muss jedoch nicht heißen, dass es auch tatsächlich konkrete Pläne auf russischer Seite gibt.

Eine wichtige Frage ist letztlich, ob ein russischer Angriff praktisch möglich wäre. Eine Voraussetzung dafür wäre, dass Russland die Ukraine erobert, um von dort aus weiter nach Westen vorstoßen zu können. Bisher ist jedoch nicht erkennbar, dass Russland dazu in der Lage ist oder auch nur die Absicht dazu hat. Bei seinem Angriff im Februar 2022 hat Russland etwa 190.000 Soldaten gegen eine mehr als doppelt so starke ukrainische Streitmacht eingesetzt, die vom Westen hervorragend ausgebildet und ausgerüstet worden war. Dass damit die Eroberung der Ukraine unmöglich war, musste auch der russischen Führung klar sein. Im Zuge der Istanbul-Friedensverhandlungen Ende März 2022 hat Russland dann aufgrund des für beide Seiten positiven Verlaufs und als Zeichen des guten Willens seine Truppen aus den eroberten Gebieten um Kiew abgezogen und

den vollständigen Rückzug auf den Stand vor Angriffsbeginn vertraglich zugesichert.

Insofern gehe ich davon aus, dass der Angriff auf die Ukraine nicht Teil eines imperialen Plans zur Rückeroberung des ehemaligen sowjetischen Einflussbereiches beziehungsweise darüber hinaus ganz Europas ist. Es geht Moskau offenbar vielmehr darum, die Ausweitung der NATO durch die Mitgliedschaft der Ukraine bis an die russische Grenze zu verhindern. Russland hat bereits Mitte der neunziger Jahre das Ziel einer strategischen Pufferzone zur NATO – eines „Cordon sanitaire“ – verfolgt und diese Idee seit einiger Zeit wieder in der Form einer entmilitarisierten Zone auf ukrainischem Territorium aufgebracht.

Dennoch besteht seit zwei Jahren das Faktum, dass Russland in die Ukraine einmarschiert ist. Hinzu kommt, dass Russland mit einem Einmarsch etwa in die baltischen Staaten und der Einsetzung prorussischer Regierungen ja auch seine Distanz zur NATO vergrößern würde.

Die baltischen Staaten sind NATO-Mitgliedstaaten, die eine gemeinsame Grenze mit Russland haben. Übrigens war die Grenze zwischen Estland und Russland lange Zeit strittig. Deshalb sage ich auch, dass die Sorgen der Balten keineswegs unbegründet sind, ich erkenne nur derzeit weder konkrete Angriffsvorbereitungen noch Angriffsabsichten der Russen.

Unabhängig von den sich immer wieder verändernden sicherheitspolitischen und geostrategischen Rahmenbedingungen sollten alle Mitgliedstaaten der NATO einen angemessenen Beitrag zur kollektiven Verteidigung leisten, um ihre Freiheit, Unabhängig-

—
„So geraten die Chinesen in eine Position, in der sie mit geringem Aufwand immer mehr zu einem ausschlaggebenden Faktor in globalen Konflikten werden – während die Amerikaner an zahllosen Krisenherden präsent und dort mit großen Ressourcen gebunden sind“

keit und territoriale Integrität gemeinsam zu gewährleisten. Ich frage mich in letzter Zeit oft, wie Helmut Schmidt auf die gegenwärtige Sicherheitslage in Europa reagieren würde. Er würde wohl sagen, dass ein militärisches Gleichgewicht ein notwendiges, aber kein hinreichendes Element ist, den Frieden zu sichern. Hinzukommen muss das Bemühen, das militärische Gleichgewicht politisch zu stabilisieren. Hinzukommen muss auch der Wille, mit der anderen Seite zu reden und auf ihre Interessenlage einzugehen. Hinzukommen müssen nicht zuletzt Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen sowie Vereinbarungen über größere Transparenz und militärische vertrauensbildende Maßnahmen.

Sowohl auf der militärischen wie auf der politischen Seite liegt seit dem Beginn dieses Jahrhunderts einiges im Argen.

Zum Beispiel?

Ich erinnere daran, dass in den neunziger Jahren eine enge politische Abstimmung und militärische Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland entstanden war. Einige NATO-Staaten sahen darin die Chance, ihre Verteidigungsaufwendungen deutlich zu reduzieren. Obwohl die NATO sehr früh begann, dieser Entwicklung entgegenzusteuern, beispielsweise mit einer neuen, funktionalen Kommandostruktur, der NATO-Response Force zur Verbesserung der Interoperabilität und für eine schnelle Reaktion in einem Konfliktfall, oder indem ein ständiger Schutz des Luftraums der baltischen Staaten durch Kampfflugzeuge der Verbündeten geschaffen wurde, hat dieser Trend noch bis vor zwei Jahren angehalten. Sogar das selbstgesetzte Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungsausgaben aufzu-

wenden, wurde lange Zeit nicht von allen Mitgliedstaaten erfüllt. Die Bundesregierung hat 2011 sogar eine Bundeswehrreform durchgeführt, mit der die Fähigkeit zur Landes- und Bündnisverteidigung aufgegeben wurde, weil eine konventionelle Bedrohung Europas und Deutschlands nicht gegeben sei und die Beziehungen zu Russland sich positiv entwickelt hätten.

Allerdings hat der Westen im Hinblick auf die Notwendigkeit, ein bestehendes militärisches Gleichgewicht politisch zu stabilisieren, ein argumentatives Problem. Denn es waren die USA, die vertragliche Vereinbarungen, die lange zu einer Stabilisierung der Lage beitrugen, einseitig aufgekündigt haben. Sie haben den ABM-Vertrag gekündigt, der für das nuklearstrategische Gleichgewicht zwischen den USA und Russland äußerst wichtig war, und gleichzeitig mit der NATO in Europa ein Raketenabwehrsystem aufgebaut, das zwar nicht als Aggression gegen Russland geplant wurde, jedoch durchaus als Bedrohung der russischen nuklearen Zweitschlagsfähigkeit verstanden werden kann. Auch der INF-Vertrag und der Vertrag über den Offenen Himmel, ein wichtiges Instrument zu mehr Transparenz und Vertrauensbildung, wurden gekündigt. Damit wurde ein wesentlicher Teil des politischen Sicherungsnetzes beseitigt, das seit den 1970er Jahren geknüpft worden war.

Haben Sie eine Erklärung dafür, dass die US-Amerikaner die Entspannungsmechanismen aufgekündigt haben? Denn es ist ja auch nicht so, dass sie im Gegenzug eine Aufrüstung betrieben hätten.

Die USA haben den Rückzug der Sowjetunion auf das russische Kernland, die Auflösung des Warschauer Paktes und den Fortbestand der NATO sowie die Wiedervereinigung Deutschlands als NATO-Mitgliedstaat als Sieg im Kalten Krieg und als Triumph über den systemischen Gegner verstanden. Sie glaubten, auf die russischen Interessen nicht mehr Rücksicht nehmen zu müssen und versuchten, ihren Einfluss insbesondere in Georgien und der Ukraine auszuweiten.

Dagegen waren die engen wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu Russland auch vor dem Hintergrund des russisch-chinesischen Schulterschlusses nicht im amerikanischen Interesse. Denn es wurde immer deutlicher, dass China zur nächsten Supermacht aufsteigen und zu einem ernst zu nehmenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Rivalen der USA werden könnte.

Im Verhältnis zwischen den USA und China spitzt sich die Lage ebenfalls zu. China meldet sowohl den Führungsanspruch für die Region Südostasien als auch einen Anspruch auf Taiwan an. Wie groß sehen Sie hier die Gefahr eines heißen Konfliktes?

Auch hier gilt es, manches zu differenzieren. Peking sagt, es gibt nur ein China, und hat im Grunde sogar einen UN-Beschluss vom Oktober 1971 auf seiner Seite, demzufolge die Volksrepublik als einzige Vertretung des chinesischen Volkes bei den Vereinten Nationen anerkannt ist. Staatspräsident Xi Jinping hat deutlich erklärt, dass seine Regierung eine friedliche Wiedervereinigung anstrebe, zugleich jedoch keine Verpflichtung zu einem Gewaltverzicht bestünde.

Wäre denn China überhaupt zu einer Invasion Taiwans in der Lage? Immerhin braucht man dafür kombinierte Fähigkeiten zu Wasser, zu Lande und in der Luft.

Das stimmt. Die Chinesen haben die Fähigkeiten für eine Eroberung Taiwans noch nicht, aber sie arbeiten daran. Angesichts der dynamischen Entwicklung des Landes und seiner Armee bestehen jedoch keine Zweifel, dass sie das auch in absehbarer Zeit erreichen werden.

Eine Frage ist natürlich, was die Amerikaner tun könnten, um eine chinesische Invasion Taiwans zu verhindern. Nach meiner Auffassung – diverse US-Strategen sehen es ähnlich – wären sie dazu nicht in der Lage. Allerdings ist auch nicht davon auszugehen, dass die Vereinigten Staaten überhaupt bereit sind, das Risiko eines Krieges um Taiwan einzugehen. Nicht zuletzt, weil China nicht nur wirtschaftlich eine Supermacht ist, sondern

auch militärisch aufgeholt hat und mit seinen Nuklearraketen inzwischen US-amerikanisches Festland erreichen kann.

Was diesen Konflikt besonders macht ist die gegenseitige Abhängigkeit. China ist so etwas wie die Werkbank US-amerikanischer IT-Unternehmen, im Gegenzug sind die USA Chinas wichtigster Kunde.

So ist es in der Tat. China und die USA sind einerseits Gegner und andererseits Partner. Deshalb versuchen die Chinesen auch, ihren strategischen Rivalen USA auf anderen Feldern zu schwächen. So arbeiten sie seit Jahren daran, den US-Dollar als Weltleitwährung abzulösen und durch eine eigenständige Währungsordnung zu ersetzen. Diese Bemühungen waren lange kaum erfolgreich, allerdings scheinen die Chinesen in jüngster Zeit Fortschritte dabei zu machen.

Entscheidend wird unter anderem sein, inwieweit sich der Block der BRICS-Staaten aus Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, der zu Jahresbeginn um Ägypten, Äthiopien, Iran, die Vereinigten Arabischen Emirate und sogar den alten US-Verbündeten Saudi-Arabien zu BRICS+ erweitert wurde und inzwischen 3,6 Milliarden Einwohner hat, zu einem einheitlichen Währungsraum entwickelt und das chinesische Interbankensystem sich als Alternative zum westlichen SWIFT-System etabliert. Dass der Westen seine Vorherrschaft auf den Finanzmärkten als Waffe genutzt und etwa Russland von seinen Kapitalreserven abgeschnitten hat, könnte ein Impuls für viele Länder sein, künftig ihre Reserven zumindest teilweise einem nichtwestlichen System anzuvertrauen. Zudem verfügen die BRICS+-Staaten mit der New Development Bank über ein multinationales Finanzinstitut, das bewusst als Gegengewicht zur Weltbank gegründet wurde.

Fakt ist, dass wir auf eine neue Teilung der Welt in zwei antagonistische Blöcke zusteuern: auf der einen Seite der Block aus den USA und den europäischen NATO-Verbündeten sowie auf der anderen Seite die BRICS+-Organisation, der neben China mit Indien eine weitere kommende Supermacht angehört. Hinzu kommt, dass über 40 Staaten aus Asien, Afrika und Amerika ein Interesse an einer BRICS+-Mitgliedschaft geäußert und 22 Staaten einen offiziellen Mitgliedsantrag gestellt haben. Falls Mexiko, das bislang zu den Interessenten zählt, beitreten sollte, würde BRICS+ sogar direkt bis an die Grenzen der USA vorrücken.

Wir sehen also, dass China insgesamt eine kluge und erfolgreiche Politik betreibt. Es hält sich auch aus Kriegen wie dem in der Ukraine heraus, selbst wenn klar ist, dass es auf der Seite der Russen steht. Es liefert keine Waffen und hat sogar einen interessanten Vorschlag zur Lösung des Konflikts unterbreitet. Und so geraten die Chinesen in eine Position, in der sie mit vergleichsweise geringem Aufwand immer mehr zu einem ausschlaggebenden Faktor in globalen Konflikten werden – während die Amerikaner an zahllosen Krisenherden präsent und dort mit großen personellen und finanziellen Ressourcen gebunden sind.

Zwischen Europa und China liegt bekanntermaßen der Nahe Osten. Dieser ist Schauplatz gleich mehrerer Konflikte: Israel kämpft gegen den Terror der Hamas. Und vom Jemen aus attackieren Huthi-Verbände im Golf von Aden und im Roten Meer westliche Handelsschiffe – und damit direkt Versorgungslinien unserer Volkswirtschaft. Welches Gefahrenpotential schlummert in dieser Region?

Der Nahe Osten ist ja seit Jahrzehnten ein ganz eigenes Problemfeld, über das allein sich endlos diskutieren ließe. Aus westlicher Sicht werden derzeit zwei Dinge deutlich: Erstens, die Europäer sind nicht in der Lage, Krisen und Konflikte vor ihrer Haustür zu bewältigen. Und zweitens: Auch die US-Amerikaner haben gehörig an Autorität verloren. Dass zum Beispiel der israelische Ministerpräsident einem US-Präsidenten auf offener Bühne widerspricht, hätte es vor zehn Jahren nicht gegeben.

Im Gegenzug haben die lokalen Mächte vor Ort ihr eigenes Gewicht entdeckt. Ägypten spielt eine große Rolle, verhält sich aber sehr mäßigend, Katar etabliert sich als Ver-



Symbol neuer Machtverteilung in der internationalen Finanzwelt: Die Zentrale der New Development Bank in Shanghai, die im Jahre 2014 als Gegengewicht zur Weltbank gegründet wurde
Foto: imago / xinhua

mittler (auch der Abzug der westlichen Truppen aus Afghanistan wurde ja bereits durch den Golfstaat vermittelt) – und nicht zuletzt wächst das Gewicht der rivalisierenden Regionalmächte Saudi-Arabien und Iran. Diese vermeiden in der Regel direkte Konfrontationen und agieren stattdessen über Verbündete. Dass hinter den Huthi, der Hamas und der libanesischen Hisbollah jeweils der Iran steht, zeigt, welches Konfliktpotential in dieser Gemengelage steckt. Und es wird klar, dass es nahezu unmöglich ist, mit den bisherigen Mitteln des militärischen Eingreifens Ordnung zu schaffen.

Insofern kann der Westen hier nur noch auf Kooperationen setzen. Bestimmen wie zu Kolonialzeiten oder während des Kalten Krieges kann er die Verhältnisse vor Ort nicht mehr. Allerdings liegt darin auch die Chance zu einer Neubesinnung und Neuorientierung westlicher Außenpolitik.

In der Geschichtswissenschaft gibt es den Begriff der imperialen Überdehnung, die bislang jedem Weltreich irgendwann zum Verhängnis wurde. Ist diese Überdehnung nun für die USA erreicht?

Ja, eindeutig. Die Vereinigten Staaten unterhalten rund um den Erdball ein Netz von über 800 Stützpunkten und sind damit geopolitisch völlig überdehnt. Ein solches System verlangt enorme finanzielle, personelle, rüstungstechnische und administrative Ressourcen und schafft doch niemals eine dauerhafte Ordnung. Hinzu kommt, dass die USA auch gewaltige interne Probleme haben, zum Beispiel die hohe Staatsverschuldung, die Rückstände in der Infrastruktur und auch die Zuwanderung, die zahlreiche soziale Konflikte zur Folge hat.

Allerdings ist auch Russland durch den Krieg mit der Ukraine überdehnt. Das zeigt sich am Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien, wo Russland zusehen musste, wie Aserbaidschan in die Region Bergkarabach einmarschierte. In der Vergangenheit hätte es eingegriffen und für Ruhe gesorgt.

Insgesamt führt diese Situation, dass den alten Mächten die Kräfte schwinden und neue Akteure nach oben streben, dazu, dass wir auf ein Zeitalter der Ungewissheit und großer Konflikte zusteuern. Umso mehr besorgt mich, dass bei uns darüber kaum diskutiert, geschweige denn angemessen reagiert wird.

Wie sollte sich die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik zu diesem Zeitalter der neuen Unsicherheiten verhalten?

Wir müssen uns zunächst wieder darauf besinnen, welche Aufgabe unsere Außen- und Sicherheitspolitik eigentlich hat. Ein idealer Kompass dafür ist die Präambel des Grundgesetzes, in der es heißt, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. Dies entspricht

„Unsere Verbündeten fürchten nicht ein starkes, sondern ein schwaches Deutschland. Da müssen wir ansetzen und die Bundeswehr wieder zu einer Armee auf der Höhe der Zeit entwickeln. Dies wäre ein überzeugendes Signal der Entschlossenheit, keine Verschiebung des militärischen Gleichgewichts zu unseren Ungunsten zuzulassen“

unseren Interessen als großer Handelsnation und mahnt zugleich alle Akteure, sich von internationalen Abenteuern und Risiken fernzuhalten.

Natürlich gehört zu einer klugen Außenpolitik auch eine enge Abstimmung mit unseren europäischen Verbündeten wie Frankreich und Polen. Ohne gegen die EU argumentieren zu wollen, halte ich es für erforderlich, dass das letzte Wort über die Außen- und Sicherheitspolitik von den Mitgliedsstaaten gesprochen wird und nicht in Brüssel. Die Mitgliedsstaaten sind souverän – die Union lediglich ein Bündnis. Zumal sich längst gezeigt hat, dass die oft beschworene „Vertiefung“ der EU keineswegs zu einer Zunahme des geopolitischen Gewichts der Europäer geführt hat.

Klar ist allerdings auch, dass nationale Alleingänge keiner europäischen Nation irgendwelche Vorteile bringen. Deshalb ist es im vorrangigen deutschen Interesse, an einer europäischen Sicherheits- und Friedensordnung mitzuwirken, in der dann auch Russland und die Ukraine ihren Platz haben. Wir brauchen eine Ordnung, die gewährleistet, dass die Interessen aller europäischen Nationen berücksichtigt und etwaige Konflikte friedlich beigelegt werden. Die Chancen, die die Charta von Paris bot, sind leider vertan worden. Es würde sich lohnen, die damaligen guten Vorsätze noch einmal aufzugreifen.

Eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Außen- und Sicherheitspolitik sind auch eigene leistungsfähige Streitkräfte. Deshalb muss die Bundeswehr wieder in die Lage versetzt werden, ihren verfassungsmäßigen Auftrag der Landes- und Bündnisverteidigung zu erfüllen. Dazu muss sie über aufwuchsfähige Strukturen verfügen, um durch eine problemlose Integration von Reservisten schnell einen aufgabengerechten Verteidigungsumfang zu erreichen, mit einem Personalumfang, der das notwendige Fähigkeitsspektrum abdeckt, sowie einer bedrohungsgerechten und technologisch zukunftsfesten Ausrüstung und Bewaffnung.

Unsere Verbündeten fürchten nicht ein starkes, sondern ein schwaches Deutschland. Da müssen wir ansetzen und die Bundeswehr wieder zu einer Armee auf der Höhe der Zeit entwickeln. Dies wäre ein überzeugendes Signal der Entschlossenheit, keine Verschiebung des militärischen Gleichgewichts zu unseren Ungunsten zuzulassen. Letztendlich ist dies jedoch allein keine hinreichende Bedingung des Friedens und der Sicherheit. Deshalb muss der Wille dazu kommen, das militärische Gleichgewicht durch politische Vereinbarungen zu stabilisieren.

Das Gespräch führte René Nehring.

● **General a. D. Harald Kujat** war von 2000 bis 2002 Generalinspekteur der Bundeswehr und von 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses.

● MELDUNGEN

„Klima-“ statt Naturschutz

Berlin – Der sogenannte Klimaschutz geht immer stärker auf Kosten des Naturschutzes. Um den Ausbau der Windkraftanlagen voranzutreiben, wurde eine Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes beschlossen, der zufolge künftig keine Prüfung der Bedrohung des Bestandes von 20 seltenen Vogelarten im Rahmen der Genehmigungsverfahren für Windräder mehr erfolgen muss. Damit ist das Überleben unter anderem von Kranich, Schwarzstorch, Ziegenmelker, Wiedehopf, Grau-, Nach- und Purpurreiher sowie Lach-, Mittelmeer- und Schwarzkopfmöwe hierzulande gefährdet. Ein juristisches Gutachten des Naturschutzbundes Deutschland ergab, dass die Gesetzesnovelle gegen EU-Recht zum Artenschutz verstößt. Kritik kam auch vom Verein für Landschaftspflege, Artenschutz & Biodiversität. W.K.

Ausländische Profiteure

Berlin – Ausländische Familien haben im Jahr 2022 deutlich mehr Bürgergeld erhalten als deutsche. Das ergibt sich aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten René Springer. Insgesamt flossen rund zehn Milliarden Euro an 543.000 Immigrantenfamilien, während an 473.000 deutsche Bedarfsgemeinschaften nur sieben Milliarden gingen. Noch auffälliger war die Diskrepanz bei den Großfamilien mit mindestens drei Kindern: 3,7 Milliarden Euro für ausländische Familien standen 1,7 Milliarden für deutsche Familien gegenüber. Insgesamt waren sieben von zehn Großfamilien, die 2022 Bürgergeld bezogen, ausländischer Herkunft. Jede dritte Immigrantenfamilie, die von der Sozialleistung profitierte, kam dabei aus einem der sogenannten Top-Acht-Asylherkunftsstaaten Iran, Irak, Afghanistan, Eritrea, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien. W.K.

Erfolgreiche AfD-Klage

Greifswald – Zum Fall eines Afghanen, der im Januar 2022 ein elfjähriges Mädchen in Neustrelitz vergewaltigt hat, muss die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns gemäß einem Urteil des Landesverfassungsgerichts weitere Informationen übermitteln. In dem Verfahren hatte der Landtagsabgeordnete Jan-Phillip Tadsen (AfD) geklagt. Der Abgeordnete hatte auf eine Anfrage zum Asylverfahren des Afghanen und zur Kommunikation von Landesbehörden mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge von der Landesregierung eine seines Erachtens unzureichende Antwort erhalten. Aufgelistet hatte das Innenministerium in seiner Antwort nur den Telefon- und E-Mail-Austausch zwischen den Behörden, nicht aber die Inhalte der Kommunikation. Nach Ansicht des Verfassungsgerichts müsse es allerdings das Ziel der Beantwortung auch interpretationsbedürftiger Fragen von Abgeordneten sein, den wesentlichen Inhalt der Frage zu erfassen und den Kern des Informationsverlangens zu befriedigen. H.M.



Will für die Türken Europa erobern: Der stellvertretende Vorsitzende der DAVA, Fatih Zingal

Foto: pa/Karlheinz Schindler

TÜRKENPARTEI

Erdogans fünfte Kolonne

Mit der DAVA gibt es in Deutschland nun auch eine AKP-nahe Partei

VON BODO BOST

Infolge der großen Zahl deutsch-türkischer Doppelstaatsbürgerschaften und des Fehlens der Fünfprozentklausel bei den Europawahlen versuchen Anhänger des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan und Unterstützer der Hamas mit deutschem Pass ins nächste Europäische Parlament zu kommen. Dazu ist nun eine neue radikal-islamische Partei gegründet worden, die gleich in mehreren EU-Mitgliedsstaaten antreten will: „Demokratische Allianz für Vielfalt und Aufbruch“, abgekürzt „DAVA“. „Dava“ heißt auf Arabisch aber auch so viel wie „Mission im religiösen Sinne“.

In einem Kommuniqué der Partei in TRT-Haber, dem zweiten Fernsehprogramm der türkischen öffentlich-rechtlichen Sendeanstalt TRT, heißt es, dass sie ihre politische Reise mit einer deutschlandweiten Liste für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 begonnen habe. In der Erklärung wurde darauf hingewiesen, dass der Vorsitzende der neuen Formation der TRT-Journalist Teyfik Özcan ist und sein Stellvertreter der Rechtsanwalt Fatih Zingal. Erste Mission der neuen Türkenpartei ist das Sammeln der erforderlichen 4000 Unterstützungserklärungen für die im Juni anstehenden Europawahlen. Bei etwa eineinhalb Millionen deutschen Staatsbürgern mit türkischem Immigrationshintergrund, von de-

nen mehr als die Hälfte Erdoğan wählen, dürfte das keine Hürde sein.

Führende Repräsentanten der DAVA

Zwei türkische Ärzte stehen als erste auf der Europa-Wahlkarte der neuen Partei. Der Arzt Ali Ihsan Ünlü ist Träger des Bundesverdienstkreuzes und ehemaliger Generalsekretär der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DİTİB), dem Moscheeträgerverband, welcher der türkischen Religionsbehörde Diyanet und damit Erdoğan untersteht. Sein Hamburger Kollege Mustafa Yoldas kommt aus dem Umfeld der umstrittenen länderübergreifend aktiven radikal-islamischen Bewegung „Milli Görüş“ und war Vorsitzender der Internationalen Huma-

nitären Hilfsorganisation (IHH), die 2010 in Deutschland wegen ihrer Nähe zur Hamas verboten wurde. Yoldas bezeichnete die israelische Regierung zuletzt als „fascistoid“, sieht aber keinen Widerspruch, dass die DAVA auch den Kampf gegen Antisemitismus im Parteiprogramm erwähnt. Der DAVA-Vorsitzende Özcan hatte nach 30-jähriger Mitgliedschaft die SPD verlassen, weil seiner Ansicht nach die „SPD zum Völkermord an Tausenden in Palästina schweigt“. Neben Deutschland will die DAVA auch mindestens noch in den Niederlanden und Österreich zur EU-Wahl antreten.

Neben der DAVA gibt es etwas länger schon die Union Internationaler Demokraten (UID). Bei der UID handelt es sich um eine 2004 gegründete europaweit aktive Lobbyorganisation der türkischen Regierungspartei AKP. Sie organisiert Wahlkämpfe für die AKP im Ausland, da die Auslandstürken bei den türkischen Präsidentschaftswahlen mitwählen dürfen.

AKP-nahe Lobbyorganisation UID

Ende November vergangenen Jahres hatte Erdoğan in Ankara den türkischstämmigen Unternehmer aus den Niederlanden Kenan Aslan in Privataudienz empfangen. Kurz nach dem Treffen mit Erdoğan hatte Aslan seine Funktionen bei Milli Görüş niedergelegt und sich Ende Januar in der nordrhein-westfälischen Stadt Langenfeld zum Präsidenten der UID küren lassen.

Nun sollen die türkischen Doppelstaatler auch bei den Europawahlen ihre Stimme für Erdoğan abgeben. Deshalb ließ sich Erdoğan bei dem Treffen der UID in Langenfeld auch per Video aus Ankara zuschalten. Der türkische Botschafter Ahmet Başar Şen aus Berlin war sogar persönlich da und hielt eine flammende Rede, in der er gegen deutschen Rassismus und Islamfeindlichkeit im Stile Erdogans wettete. So sagte er: „Die Tatsache, dass die Wohnungen, Arbeitsplätze und Moscheen unserer Bürger auch heute noch angegriffen werden, nur weil sie Türken und Muslime sind, zeigt, dass der Kampf gegen Rassismus entschlossen geführt werden muss.“ Dass Milli Görüş und die UID selbst seit 2018 als verfassungsfeindlich und türkischrechtsextremistisch vom deutschen Verfassungsschutz eingestuft werden, sagten Aslan und der Botschafter nicht. Aus Ankara angereist war der Istanbul-Abgeordnete Zafer Srakaya, stellvertretender Vorsitzender und Leiter der Abteilung für auswärtige Beziehungen der AKP. Er betonte die Wichtigkeit, welche die UID-Generalversammlung in Langenfeld für die Vertretung der türkischen Bürger im Ausland habe.

ISLAMISCHER TERRORISMUS

Neue Ungereimtheiten im Fall Anis Amri

Weiterhin fehlen wichtige Informationen – Viele Fragen sind noch offen – Manches ist mysteriös

Der Journalist, Politikwissenschaftler und Buchautor Thomas Moser verfolgt seit Jahren die nach wie vor nicht abgeschlossenen Ermittlungen zum Anschlag auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz vom 19. Dezember 2016 mit 13 Toten. Dabei stieß er bereits auf zahlreiche Ungereimtheiten, zu denen nun weitere hinzugekommen sind.

Der mutmaßliche radikal-islamische Attentäter Anis Amri wurde vier Tage nach dem Vorfall bei einer Personenkontrolle in Sesto San Giovanni nördlich von Mailand von den italienischen Streifenpolizisten Luca Scatà und Christian Movio erschossen. Zuvor hatte der Tunesier das Feuer auf die Beamten eröffnet. Dazu verwendete er eine veraltete Sportpistole des Typs EP 552 der Marke ERMA, die auch beim Mord an dem polnischen Fahrer des beim Anschlag verwendeten Scania-Sattelzuges zum Einsatz gekommen sein soll.

Bei der Untersuchung dieser Waffe fanden die italienischen Ermittler auf deren Außenseite DNA-Spuren von Amri, dem Lkw-Fahrer Lukasz Urban, Amris Mitbewohner Kamel A. und einer vierten, unbekanntenen Person. Anschließend verblieb die Pistole zusammen mit Amris Kleidung und etlichen weiteren Gegenständen aus seinem Besitz in Italien. Eine Rückholung der Asservate nach Deutschland erfolgte erst nach der letzten Sitzung des Bundestagsuntersuchungsausschusses zu dem Attentat im März 2021.

Mauert da jemand?
Am 24. Juni 2021 übergaben Beamte des Bundeskriminalamtes die Waffe an das Institut für Rechtsmedizin am Universitäts-

tätsklinikum Kiel. Dort bemühten sich die Forensiker Claas Buschmann und Cornelius Courts darum, eventuell übersehene DNA-Reste im Lauf der Pistole zu finden. Das Ergebnis ihrer Untersuchung lautete jedoch: „Es ließen sich auf keiner der inneren Oberflächen des Asservats Rückschleuderspuren oder anderes zellhaltiges Material nachweisen und charakterisieren. Ein in Anbetracht der Sauberkeit der Waffe plausibler Grund dafür kann in einer gründlichen und vollständigen Reinigung der Waffe liegen.“

Ebenso mysteriös ist, dass angeblich immer noch keine Erkenntnisse darüber vorliegen, woher Amri die Pistole hatte. Doch damit nicht genug: Auf die Frage Mosers nach den anderen Beweisstücken antwortete die Bundesanwaltschaft im Juli 2022, deren „Auswertung ... dauert an“. Erst im April 2023 teilte eine Spre-

cherin der Behörde dann mit, „dass die Untersuchung der aus Italien übersandten Asservate inzwischen vorläufig abgeschlossen wurde“. Dem folgte allerdings der Satz: „Ich bitte um Verständnis, dass wir uns angesichts der insgesamt fortwährenden Ermittlungen zu Einzelheiten nicht äußern.“ Und dabei blieb es laut Moser bis heute.

Somit fehlen also weiterhin wichtige Informationen: Was erbrachte der Abgleich der Fasern an Amris Kleidung mit den Faserspuren aus dem Inneren des Tatfahrzeuges? Und was ist mit den beiden Zugfahrkarten von Turin nach Mailand, die der Tunesier bei sich trug? Wiesen die Fahrscheine Fingerabdrücke oder DNA-Spuren einer zweiten Person auf? Oder fanden bislang noch gar keine diesbezüglichen Untersuchungen statt?

Wolfgang Kaufmann

BRANDENBURG

CDU verstolpert Wahlkampfauftakt

Ein Fehltritt seines Vizes Bommert manövriert Parteichef Redmann in die Klemme

VON HERMANN MÜLLER

Mit Spannung hatten politische Beobachter erwartet, wie sich das Bekanntwerden einer privaten Beziehung zwischen Berlins Regierendem Bürgermeister Kai Wegner und der Schulsenatorin Katarina Günther-Wünsch (beide CDU) auf die Umfragergebnisse auswirken wird. Befürchtungen in den Reihen der Christdemokraten, die Berliner CDU könnte durch das für Schlagzeilen sorgende Liebesverhältnis zwischen den beiden Senatsmitgliedern Schaden nehmen, haben sich nicht bestätigt. Ganz im Gegenteil.

Laut dem Ende Januar veröffentlichten „INSA-Meinungstrend“ ist die Hauptstadt-CDU sogar leicht im Aufwind. Bei der Umfrage ermittelten die Wahlforscher für die CDU eine Zustimmung von 29 Prozent. Bei der Wiederholungswahl vor einem Jahr war die CDU mit 28,2 Prozent stärkste Partei geworden.

Nur jeder vierte befragte Berliner gab an, die Anfang des Jahres bekannt gewordene Beziehung zwischen Wegner mit der Schulsenatorin habe den beiden Politikern geschadet. 42 Prozent sagten dagegen, das Liebesverhältnis habe keinen Einfluss auf das politische Ansehen Wegners. Während sich die Berliner CDU über ein neues Umfragehoch freuen kann, verstolpern Brandenburgs Christdemokraten indes gerade ihren Start zum Landtagswahlkampf.

Er hat über Internet-Post gelogen

Ausgangspunkt des Fehlstarts ist ein geschmackloser Beitrag, den CDU-Vizepartei und -fraktionschef Frank Bommert über „WhatsApp“ veröffentlicht hatte. In dem Text hieß es, Gott habe Lieblingsrockstar Tina Turner zu sich gerufen, außerdem Lieblingskifahrerin Rosi Mittermeier und Lieblingsfußballer Franz Beckenbauer. „Meine Lieblingspolitiker sind Robert Habeck, Annalena Baerbock und Ricarda Lang. Ach und Olaf Scholz.“

Der Beitrag wurde zwar nach einer Stunde gelöscht, die Zeit reichte aber aus, um die CDU in eine Krise zu stürzen. Bommert hatte gegenüber dem rbb zunächst erklärt, eine Person „aus dem familiären Umfeld“ habe über eine Desktop-Variante den Text auf seinem privaten



Haben einiges zu besprechen: CDU-Chef Jan Redmann (l.) und sein Vize Frank Bommert

Foto: pa/Monika Skolimowska

„WhatsApp“-Status abgesetzt. Diese Darstellung stellte sich nach zwei Tagen jedoch als nicht haltbar heraus. Auf Anfrage der „Märkischen Allgemeinen Zeitung“ („MAZ“) erklärte der Meta-Konzern als Betreiber von „WhatsApp“, dass die von Bommert gelieferte Erklärung technisch gar nicht möglich sei.

Gegenüber der „MAZ“ erklärte Bommert daraufhin: „Ich möchte heute, entgegen früherer Äußerungen, erklären, dass die Statusmeldung bei ‚WhatsApp‘, über die seit Mittwoch diskutiert wird, von mir veröffentlicht wurde.“ Er habe „den Zeitpunkt, an dem ich die Wahrheit hätte sagen müssen, verpasst“, so der CDU-Politiker kleinlaut. Damit stand fest: Bommert war der Verfasser des makabren Textes, und er hatte der Öffentlichkeit gegenüber zwei Tage lang die Unwahrheit gesagt. Er hat gelogen.

Inzwischen steht die Führung der märkischen CDU wegen ihres Umgangs mit der Affäre unter Kritik. Auf einer Präsidiumssitzung sprach die CDU-Spitze Bommert zwar „wegen Verstößen gegen

die Grundsätze der CDU“ einen Verweis aus. Die Partei beließ ihn aber auf seinem Posten als stellvertretenden Landeschef. Im Landtag legte Bommert den Vorsitz des Wirtschaftsausschusses nieder, die CDU-Fraktion beließ ihm aber die Funktion des Vizefraktionschefs.

Inzwischen fragen Kommentatoren in Richtung des Fraktionschefs und CDU-Landesvorsitzenden Jan Redmann, warum Bommert als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Landtag nicht mehr tragbar sei, dafür aber seine wichtigen Posten in Partei und Fraktion behalten solle. Erst vor Kurzem hatte die CDU den 62-jährigen Bommert auch auf Platz 7 der CDU-Landesliste für die Landtagswahl am 22. September aufgestellt.

Es droht eine gespaltene Union

Auch innerhalb der Regierungskoalition ist die Angelegenheit mit Bommerts Verzicht auf den Vorsitz im Wirtschaftsausschuss noch nicht ausgestanden. Grünen-Fraktionschef Benjamin Raschke stellt etwa in Frage, dass jemand, der so dreist

lügt, weiterhin stellvertretender Fraktionsvorsitzender sein kann. Auch Daniel Keller, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, stellte in Richtung von CDU-Chef Redmann die Frage, ob ein Tadel des Landesvorstandes ausreiche.

Mit der Forderung der Koalitionsparteien, härter gegen Bommert durchzugreifen, befindet sich Redmann zum Start des Landtagswahlkampfes in einer schwierigen Lage. Bommert gilt zusammen mit Saskia Ludwig als wichtiger Vertreter des konservativen Parteiflügels. Dieser ist in der märkischen CDU ein Machtfaktor, wie schon der frühere CDU-Landesvorsitzende Ingo Senftleben erfahren musste.

Lässt Redmann den angeschlagenen Bommert fallen, riskiert er, mit einer gespaltenen Partei Wahlkampf machen zu müssen. Ein Festhalten an Bommert würde wiederum den Koalitionspartnern SPD und Grüne sowie der Opposition bis zum Wahltag im September Argumente liefern, um Zweifel an der Regierungsfähigkeit der CDU zu sähen.

SOZIALLEISTUNGEN

Bezahlkarte: In Berlin herrscht wohl Uneinigkeit

SPD-Senatorin will Asylsuchern weiter 100 Prozent in bar auszahlen – Wegner hält sich bedeckt

Das Land Berlin und 13 andere Bundesländer haben mit der Bundesregierung Mitte Dezember vereinbart, an Asylbewerber statt Barzahlungen nur noch eine Bezahlkarte nach bundeseinheitlichen Standards auszugeben. Trotz dieser Vereinbarung bahnt sich zwischen den Bundesländern Streit an.

Vereinbart haben die Ministerpräsidenten nämlich, dass in eingeschränktem Umfang weiterhin Bargeldabhebungen über die Bezahlkarten möglich sein sollen. Die Vorstellungen zur Höhe dieses Bargeldbetrages sind allerdings höchst unterschiedlich. Berlins Integrationsssenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) erklärte vor Kurzem: „Ich setze mich dafür ein, dass geflüchtete Menschen in Berlin auch weiterhin das Geld, das ihnen zusteht, zu 100 Prozent selbstbestimmt und ohne Reglementierung verwenden können.“ Ber-

lins Regierender Bürgermeister Kai Wegner vermied es bislang, konkret zu werden. Im Abgeordnetenhaus sagte der CDU-Politiker, der Bargeldzugang gehöre zu den Themen, die gemeinsam mit den anderen Bundesländern gestaltet werden müssten.

Völlig andere Vorstellungen als die Berliner Integrationsssenatorin hat Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU). Er will im Freistaat an Asylbewerber nur noch ein „kleines Taschengeld bis 50 Euro“ auszahlen. Waren des täglichen Gebrauchs sollen die Asylbewerber in Geschäften mit der Bezahlkarte kaufen. Überweisungen ins Ausland, Online-Einkäufe und die Teilnahme an Glücksspielen sollen nach dem Willen der bayerischen Landesregierung mit den Karten nicht möglich sein. Über den Kurznachrichtendienst „X“ kündigte Söder zudem an: „Un-

sere Bezahlkarte kommt schneller und ist härter“ als in anderen Bundesländern.

Mit Pilotprojekten sollen vier bayerische Kommunen die Bezahlkarten testen, bevor sie im Sommer im ganzen Freistaat eingeführt werden. In Brandenburg ist der Landkreis Märkisch-Oderland Vorreiter. Der Kreis will spätestens im Mai mit der Ausgabe von Karten beginnen. Der thüringische Landkreis Eichsfeld kündigte an, bereits im Februar mit der Ausgabe zu starten. Deutschlandweiter Pionier war im vergangenen Dezember der Landkreis Greiz in Thüringen, der im Rahmen eines Pilotprojekts erste Bezahlkarten ausgegeben hat.

Bei diesen regionalen Pilotprojekten liegen die Kosten für die Einführung der Karten in einem überschaubaren Rahmen. Dies ermöglicht es den Landkreisen und Kommunen, auf eine europaweite Aus-

schreibung der Aufträge zu verzichten. Berlin und 13 andere Länder haben dagegen mit dem Bund vereinbart, Vergabeverfahren nach einem bundeseinheitlichen Standard durchzuführen. Dazu wird der Bund zunächst über Kriterien und danach über die Art und Weise einer Ausschreibung entscheiden müssen.

Vor diesem Hintergrund werden sich die Länder darauf einstellen müssen, dass das angestrebte gemeinsame Vergabeverfahren nicht vor dem Sommer abgeschlossen sein wird. Bayern und Mecklenburg-Vorpommern haben indes angekündigt, beim Vergabeverfahren eigene Wege gehen zu wollen. Söder führte zur Begründung für den Sonderweg an, „dass diese Bezahlkarte schnell an den Start kommen soll“. Berlins Senat rechnet wiederum für die Hauptstadt erst 2025 mit der Einführung der Karten. H.M.

● KOLUMNE

Die Berlinale cancelt

VON VERA LENGSEFELD

Die Berlinale ist ein wichtiges internationales Filmfestival, eines der ganz großen Ereignisse in der deutschen Hauptstadt. Wie alle Hochkultur in Deutschland wird sie massiv subventioniert aus dem Haushalt der deutschen Steuerzahler, verwaltet über die frei gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestages und des Berliner Abgeordnetenhauses. Es ist deshalb eine Selbstverständlichkeit, dass Abgeordnete, die diese umfangreichen Mittel aus dem Steuersäckel bereitstellen und im Sinne der von ihnen vertretenen Wählergruppen über die richtige Verteilung und Gewichtung verhandeln, von der Festvalleitung über Kontingente zur prestigeträchtigen Eröffnung eingeladen werden.

Mitglieder der zuständigen Ausschüsse konnten sich in der Vergangenheit Karten der für sie interessanten Filme über das Verbindungsbüro holen – Anwesenheit von Mitgliedern des Bundestages oder des Abgeordnetenhauses bei den Filmen wurde als Wertschätzung und Ansporn gesehen. In der langen und prestigeträchtigen Tradition hat es meines Wissens noch nie eine Gesinnungsprüfung für gewählte Abgeordnete gegeben. Das soll sich nun ändern. Die Leitung der Berlinale erklärt auf ihrer Website Andersdenkende, aber demokratisch gewählte Abgeordnete pauschal für unerwünscht.

Gleichzeitig behauptet sie von sich, ein „einzigartiger Ort der künstlerischen Auseinandersetzung“ zu sein. Da ist es ein schreiender Widerspruch, Andersdenkende auszuladen. Welche Auseinandersetzung ist schon führbar, wenn alle derselben Meinung sein müssen? Das Festival hat alle möglichen Aufgaben, aber sich als Gesinnungspolizei aufzuspielen, gehört nicht dazu. Die Leitung des politischsten aller Filmfestivals hat anscheinend komplett den Verstand und den Anstand verloren.

● MELDUNG

Woiwode will Partner sein

Grünberg in Schlesien – Der im Dezember 2023 zum Woiwoden der Woiwodschaft Lebus ernannte Marek Cebula hat eine bessere Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg angekündigt. Der 58-Jährige sagte gegenüber dem Sender rbb, nach acht Regierungsjahren der Europa- und Deutschland-skeptischen Partei PiS sei viel in der Kommunikation zwischen Deutschland und Polen zu tun. Der Woiwode sprach sich insbesondere für eine grundsätzliche Änderung der „Kommunikationsformel“ zwischen dem Land Brandenburg und der östlich angrenzenden Woiwodschaft Lebus aus. Cebula kündigte an, durch die Zusammenarbeit mit Brandenburg zum Vorbild für andere Grenzregionen in Europa werden zu wollen. Zudem äußerte der Woiwode die Absicht, künftig als Partner für Deutschland agieren zu wollen. Parteipolitisch gehört Cebula der Plattform Obywatelska (PO, Bürgerplattform) von Premier Donald Tusk an. H.M.

● MELDUNGEN

Justin Trudeau ging zu weit

Ottawa – Der Bundesgerichtshof von Kanada hat die Auflösung der Fernfahrer-Demonstrationen Anfang 2022 auf der Grundlage eines erstmals in der kanadischen Geschichte angewandten Notstandsgesetzes für unverhältnismäßig und unrechtmäßig und somit für verfassungswidrig erklärt. Die Regierung unter Premierminister Justin Trudeau sei bei der Beschneidung der Freiheitsrechte der Trucker-Fahrer, welche sich damals gegen die faktisch verhängte Corona-Impfpflicht wehrten, deutlich zu weit gegangen. Das gelte nicht nur für die rigorosen polizeilichen Maßnahmen, sondern ebenso für die Sperrung von Bankkonten und weitere staatliche Übergriffe. Die Klage gegen die Regierung in Ottawa war von den Bürgerrechtsvereinigungen Canadian Civil Liberties Association und Canadian Constitution Foundation, dem Krankenschwesternverband Canadian Frontline Nurses sowie verschiedenen Privatpersonen angestrengt worden. W.K.

Einig über Asylager

Tirana – Albaniens Verfassungsgericht hat ein Abkommen gebilligt, das im Land die Einrichtung von zwei Migrantenzentren unter italienischer Leitung vorsieht. Die albanische Regierung hat vergangenen November mit Italiens Regierung ein Abkommen geschlossen, das die Unterbringung von Immigranten in einem Lager im albanischen Ort Lesch (Lezha) vorsieht. Zudem soll laut der Vereinbarung an der Adriaküste im Badeort Shëngjin ein Aufnahmезentrum für Asylsucher entstehen, die über die italienischen Gewässer anlanden. Politiker der Opposition hatten das Verfassungsgericht um Prüfung des Abkommens angerufen. Aus Sicht der Kläger widerspricht es albanischem Hoheitsrecht, wenn italienische Behörden nach deren Recht über den Status von Zuwanderern in Albanien entscheiden. Die Verfassungsrichter kamen dagegen zur Ansicht, dass im Bereich der Menschenrechte die italienische Gerichtsbarkeit die albanische nicht ausschließt. H.M.

Polizisten-Tod durch Impfung?

Rom – Die italienischen Polizeigewerkschaften SAP und OSAPP appellieren an die Gesundheitsbehörden ihres Landes, die Hintergründe der Welle von plötzlichen Todesfällen unter Polizeibeamten mittleren Alters aufzuklären. Laut dem SAP-Generalsekretär Antonio Porto gebe es „einen exponentiellen Anstieg“ solcher Ereignisse – allein in den vergangenen vier Wochen habe er vom unerklärlich frühen Ableben von sieben durchweg als gesund geltenden Kollegen erfahren. Ähnliches weiß der OSAPP-Chef Aldo Di Giacomo zu berichten: „In den letzten 13 Monaten sind 41 Strafvollzugsbeamte eines plötzlichen Todes gestorben, das sind 200 Prozent mehr als in den Vorjahren.“ Die Polizeigewerkschaften sehen einen Zusammenhang mit der Corona-Impfpflicht für die Ordnungshüter, welche die Regierung von Mario Draghi im November 2021 verhängt hatte. W.K.

NAHER OSTEN

Killer statt Friedensstifter

Mitarbeiter des UN-Hilfswerks UNRWA sollen am Hamas-Terror gegen Israel beteiligt gewesen sein

VON BODO BOST

Als vermeintlich neutrale UN-Agentur sollte das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina (UNRWA) gemäß der UN-Charta seit 1948 „Leben retten und den Frieden fördern“. Doch jetzt konnten Israelis beweisen, dass mindestens zwölf UNRWA-Mitarbeiter gerade das Gegenteil taten. Diese auch von deutschen Steuermitteln bezahlten Mitarbeiter sollen den Terror der Hamas und damit den Mord an Hunderten Juden aktiv unterstützt haben.

Schon am 7. Oktober, dem Tag des Hamas-Massakers in Israel, gab es Anzeichen dafür, dass UNRWA-Lehrer diesen Anschlag in den sozialen Medien bejubelten. Als die Nichtregierungsorganisation „UN Watch“, welche die Aktivitäten der UN-Organisationen kritisch beobachtet, dies aufdeckte, bezeichnete die UNRWA die Mitglieder dieses Interessenverbands als „Extremisten, die versuchen, das Hilfswerk zu untergraben“.

Als der israelische Journalist Almog Boker im Fernsehsender Channel 13 darü-

ber berichtete, dass eine der freigelassenen israelischen Geiseln von einem UNRWA-Lehrer gefangen gehalten wurde, war die erste Reaktion des UNRWA, Boker zu beschimpfen und ihn zu beschuldigen, „Fehlinformationen“ zu verbreiten. Dabei handelte es sich bei dem Bericht um die direkte Aussage eines Überlebenden.

In Wirklichkeit ist es die UNRWA, die Fehlinformationen verbreitet. So wurden beispielsweise Waffen und Tunnel der Hamas in oder unter Schulen gefunden, die von der UN-Hilfsorganisation geleitet wurden. Diese fanden sich auch in Kisten und Säcken mit der Aufschrift UNRWA. Gesichert scheint außerdem zu sein, dass die Hamas von den Schulen des UN-Hilfswerks aus Raketen auf Israel abgeschossen hat.

Waffen in UNRWA-Schulen

Dennoch schiebt die UNRWA Angriffe auf eigene Einrichtungen immer Israel in die Schuhe, entweder direkt oder indirekt. Die Hilfsorganisation hat in der Vergangenheit die Hamas weder für Terrortaten mitverantwortlich gemacht noch er-

wähnt. Mit 13.000 Mitarbeitern im Gazastreifen ist die UNRWA der mit Abstand größte und einflussreichste Arbeitgeber in dem Gebiet, wo bis zum 7. Oktober nichts ohne die Hamas funktionieren konnte. Auch der größte Teil der milliardenschweren deutschen Gaza-Hilfen ist an die UNRWA gegangen. Mit der de facto im Gazastreifen herrschenden Hamas hatte das UN-Hilfswerk bislang offensichtlich nie Probleme gehabt.

Dabei haben UNRWA-Mitarbeiter seit 2005 mit beobachtet wie unter ihren zivilen Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäusern Tunnel und Militäranlagen im großen Stil gebaut wurden, ohne dagegen zu protestieren. Dabei mussten sie gewusst haben, warum diese in ihren Einrichtungen errichtet wurden, nämlich um Zivilisten als menschliche Schutzschilde zu missbrauchen. Dadurch hat sich die hauptsächlich vom Westen finanzierte UN-Organisation wesentlich zur Kriegspartei gemacht.

Die UNRWA übernimmt auch kritiklos Opferzahlen des von der Hamas geführten Gesundheitsministeriums im Gazastreifen, das nicht zwischen Zivilisten

und Hamas-Kämpfern unterscheidet. Die 10.000 von Israel getöteten Hamaskämpfer befinden sich unter der Liste der „25.000 Opfer der Zivilbevölkerung in Gaza“, dabei gelten Hamas-Angehörige offiziell nicht als Zivilisten.

Auch unterscheidet die Hamas selbst nicht zwischen Opfern und Tätern, denn mindestens 20 Prozent der Hamas-Raketen sind im Gazastreifen eingeschlagen, da sie fehlgeleitet waren. Die Toten dieser Raketen, wahrscheinlich einige Tausende, werden Israel in die Schuhe geschoben. Mit dem wahllosen Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen nimmt die Hamas darüber hinaus den Tod israelischer Zivilisten absichtlich in Kauf.

Berlins Zahlungen sollen auslaufen

Anhand der Recherchen in den sozialen Netzwerken geht man inzwischen davon aus, dass eine ganze Reihe von UNRWA-Mitarbeitern unter den Killern war, die am 7. Oktober in Israel gewütet und 1200 Zivilisten getötet und Tausende Frauen vergewaltigt haben. Vermutet wird, dass bis zu zehn Hamas-Sympathisanten unter den UNRWA-Mitarbeitern gewesen sein sollen. Diese haben mit ihren „Heldentaten“ in den sozialen Medien geprahlt, weil sie sich offenbar vor polizeilicher Verfolgung sicher waren.

UNRWA-Chef Philippe Lazzarini, von Haus aus ein ausgebildeter Schweizer Banker, hat jetzt die Konsequenzen gezogen und die Betroffenen vom Dienst suspendiert. Zivilrechtliche Untersuchungen sollen folgen. Viele westliche Länder haben ihre Zahlungen an die UNRWA vorerst eingestellt, darunter auch Deutschland, das allein seit dem 7. Oktober bereits 130 Millionen Euro gezahlt hat.

In den vergangenen 20 Jahren hat allein die Bundesrepublik mehr als vier Milliarden Euro an die UNRWA gezahlt, davon gingen mindestens zehn Prozent direkt an die Hamas. Vielleicht sollten jetzt erst einmal die reichen arabischen Ölstaaten, wie Katar, die den Terror der Hamas direkt finanzieren, auch die UNRWA mitbezahlen, weil im „Hamas-Staat“ Gaza ohnehin alles in eine Kasse fließt. Die UNRWA, so viel ist jetzt sicher, kann und will offenbar eine Zweckentfremdung ihrer Mittel zu Terrorzwecken nicht verhindern und sollte deshalb keine Gelder aus Rechtsstaaten mehr erhalten.



Als Versteck für Hamas-Waffen missbraucht: UNRWA-Hilfslieferung für Palästinenser

Foto: action press

NATO-OSTFLANKE

Eine Schneise in Richtung Osten

Ausbau eines Militärkorridors nach Polen könnte zivile Verkehrsprojekte mit beschleunigen

Die Modernisierung der Eisenbahnstrecken von Berlin nach Stettin sowie nach Breslau oder der Ausbau der Ostbahn bis Küstrin kommen bislang nur schleppend voran. Bereits vor drei Jahren hat der Bund den zweigleisigen Ausbau und die Modernisierung der Strecke Berlin-Cottbus-Görlitz beschlossen. Die Planungen zur Umsetzung laufen allerdings erst in diesem Jahr an. Bis die Bahn die Strecke nach Breslau mit Tempo 200 nutzen kann, werden nach derzeitigem Planungsstand noch rund 15 Jahre vergehen.

Mehr Tempo in solche Verkehrsprojekte in Richtung Polen kann das Vorhaben eines Militärkorridors bringen, das Deutschland, Polen und die Niederlande Ende Januar vertraglich vereinbart haben. Ziel des von Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius initiierten Projekts ist es, bei Manövern und im Verteidigungsfall

den Transport von Truppen und Material zu beschleunigen. Alle drei Länder beabsichtigen, dazu die Verkehrsinfrastruktur auszubauen und auch bürokratische Prozesse zu verkürzen.

Nach Angaben des Bundesverteidigungsministeriums spielen Deutschland, die Niederlande und Polen als geographische Verbindung zwischen den Nordseehäfen und dem besonders exponierten Bündnisgebiet an der Ostflanke der NATO eine zentrale Rolle. Finanziert werden soll der Militärkorridor unter anderem von der EU, die schon jetzt den Ausbau von militärisch wichtiger Transportinfrastruktur fördert.

Nach Angaben der EU-Kommission sind für Deutschland allein in diesem Jahr 92 Millionen Euro eingeplant, die unter anderem in die Erneuerung einer Eisenbahnbrücke in Hannover-Ahlem und die

Erweiterung des Güterumschlagterminals Ulm-Dornstadt fließen sollen.

Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen können sich vom vereinbarten Militärkorridor zunächst einmal eine Signalwirkung erhoffen. Jahrzehnte nach dem Mauerfall ist der Modernisierungsbedarf bei den Eisenbahnverbindungen über Oder und Neiße noch immer groß. Der Bund hat wiederum lange Zeit den Eindruck erweckt, dass diese Verbindungen Richtung Osten für ihn keine Priorität haben. Seit Jahren mahnen Berlin und Brandenburg etwa den Ausbau der sogenannten Ostbahn RB 26 zwischen Berlin und Küstrin an.

Ebenso hartnäckig weigerte sich bislang das Bundesverkehrsministerium, das Vorhaben in die aktuelle Planung zum Ausbau des Schienenverkehrs mit Polen aufzunehmen. Im Kontrast dazu hat noch

die polnische PiS-Regierung während ihrer Amtszeit dafür gesorgt, dass der Ostbahnabschnitt von Küstrin über Landsberg an der Warthe nach Schneidemühl in das europäische Transportnetz TEN-T aufgenommen wird. Polens Regierung, die unter anderem auch mit der militärstrategischen Bedeutung der Strecke argumentiert hatte, sichert sich mit diesem Schritt künftige Fördergelder der EU für den Streckenausbau.

Die Aufnahme des Streckenabschnittes von Berlin nach Küstrin in das Trans-europäische Verkehrsnetz wurde dagegen bislang durch den Bund blockiert. Das von der NATO unterstützte Projekt Militärkorridor gibt den Landesregierungen in Berlin und Potsdam nun ein weiteres Argument in die Hand, um vom Bund bei Projekten wie der Ostbahn mehr Engagement und Tempo einzufordern. H.M.

VON PETER ENTINGER

Anders als bei den zurückliegenden Immobilienkrisen, die massive Auswirkungen auf die Weltwirtschaft hatten, hielten sich die Branchenkenner in den vergangenen Tagen mit Katastrophenszenarien zurück. Die dramatisch größer gewordenen Probleme des chinesischen Immobilienriesen Evergrande seien lange bekannt und besorgniserregend, hieß es zwar unisono, aber die Auswirkungen dürften sich in Grenzen halten.

Eine Richterin in Hongkong verfügte Ende Januar die Liquidation des kriselnden Bauträgers. Einen Vorschlag, die im Verfahren verhandelten Schulden des südchinesischen Konzerns in Höhe von etwa 23 Milliarden US-Dollar umzustrukturieren, lehnten die im Ausland sitzenden Gläubiger ab. Doch noch ist völlig unklar, welche Rechtsfolgen diese Entscheidung einer einzelnen Richterin hat.

Seit 25 Jahren gehört Hongkong zwar offiziell wieder zur Volksrepublik, gilt aber als Sonderverwaltungszone. Das heißt, dass die Entscheidung in der Sieben-Millionen-Einwohner-Metropole erst einmal keine Auswirkungen auf die Verhältnisse in China haben wird. Eine Pflicht, die angeordnete Auflösung auch dort umzusetzen, gibt es nicht. Und selbst wenn es so kommen sollte, wären allenfalls ausländische Investoren und die chinesische Mittelschicht betroffen. Denn die hat eifrig in den zunehmend maroder werdenden Konzern investiert.

„Ein Großteil der Schulden ist sowieso bei inländischen Gläubigern und nicht im Ausland platziert. China ist keine freie Marktwirtschaft, sondern eine staatlich gesteuerte, und Spekulanten sind nicht in der Lage, irgendwie gegen die Regierung zu wetten“, sagte der Professor Markus Taube vom Institut für Ostasienwirtschaft der Universität Duisburg/Essen. Er persönlich sehe „das ganz große Drama“ nicht.

Zurück zur Verstaatlichung?

Doch die wirtschaftliche Lage in China ist und bleibt angespannt. Evergrande sorgt als größter Bauträger international für Schlagzeilen, doch seine Probleme sind nur ein Mosaikstein der großen Krise. An den Börsen im Land geht es seit Monaten abwärts, auch angeordnete Stützkäufe der chinesischen Regierung ändern daran kaum etwas. Der Spagat zwischen staatlich regulierter Plan- und Marktwirtschaft nach westlichem Vorbild scheint zunehmend schwerer zu werden. Dass die große Panik nach der Gerichtsentscheidung ausblieb, dürfte auch damit zusammenhängen, dass Analysten und Anleger mit einem solchen Schritt seit Monaten gerechnet haben. Dass die Evergrande-



Grandios gescheitert: Das Gewerbezentrum des Immobilienkonzerns Evergrande im chinesischen Hangzhou steht leer

CHINA

Die Wirtschaft des Reiches der Mitte gerät ins Schlingern

Die Liquidation des kriselnden Konzerns Evergrande zeigt weitreichende Folgen – Der Spagat zwischen Plan- und Marktwirtschaft wird schwerer

Auflösung Auswirkungen auf weitere Baukonzerne und die generell angeschlagenen Märkte in China haben wird, ist daher nicht generell ausgeschlossen.

Die Evergrande-Pleite trifft die chinesische Regierung zunächst eher moralisch, denn wirtschaftlich. Der chinesische Immobilienentwickler schickte sich vor Jahren an, im Konzert der ganz Großen mitzuspielen. Doch als Chinas Wirtschaft im Zuge der Corona-Pandemie Mitte 2021 erstmals in die roten Zahlen rutschte, geriet auch der Konzern in Turbulenzen. Die Auslandsschulden in astronomischer Höhe konnten nicht mehr bedient werden.

2020 hatte der Wohnungsbau in China einen Rekordwert erreicht. Zwei Jahre später, als sich das Land immer noch im selbst auferlegten Würgegriff der Corona-

Maßnahmen befand, war er bereits um 40 Prozent zurückgegangen. Und seitdem geht es immer weiter bergab. Die chinesische Regierung hatte in den vergangenen Monaten mit Stützkäufen in Höhe von 300 Milliarden Dollar versucht, den Aktienmarkt zu schützen. Asienkenner gehen daher davon aus, dass die Pekinger Antwort auf den Bau-Flop eine Rückkehr zur Verstaatlichung sein werde.

Das Vertrauen schwindet

Die Auswirkungen für die deutschen Firmen sind noch nicht absehbar. Denn trotz der Immobilienkrise muss man berücksichtigen, dass die chinesische Wirtschaft im vergangenen Jahr offiziellen Mitteilungen zufolge um fünf Prozent gewachsen ist. Doch die Immobilienkrise hat die Stimmung im Land verändert. Das asiati-

sche Land könnte jüngsten Berechnungen zufolge noch in diesem Jahr seine Stellung als wichtigster deutscher Handelspartner einbüßen. „Die dominante Stellung Chinas im Außenhandel mit Deutschland bröckelt“, heißt es in einer Studie der bundeseigenen deutschen Außenhandels-gesellschaft Germany Trade and Invest: „Sowohl die Aus- als auch die Einfuhren verzeichneten demnach im vergangenen Jahr ein deutliches Minus.“

Der Internationale Währungsfonds hat zuletzt die Wachstumsprognose für China sowohl für das laufende als auch für das kommende Jahr erneut nach unten korrigiert. Viel wird davon abhängen, ob die staatlichen Stützmaßnahmen Wirkung zeigen und die Verbraucher nach der Evergrande-Katastrophe wieder Vertrauen fassen.

NATIONALE ERNÄHRUNGSSTRATEGIE

„Gutes Essen für Deutschland“

Zahlreiche Maßnahmen geplant: Die Bundesregierung will den Deutschen richtige Ernährung beibringen

In ihrem Koalitionsvertrag hatten die Ampelparteien vereinbart, eine nationale Ernährungsstrategie zu entwickeln. Die liegt nun endlich vor – und zwar in Form einer vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft herausgegebenen 68-Seiten starken Broschüre mit dem Titel „Gutes Essen für Deutschland“. In ihr sind rund 90 „geplante und bestehende ernährungspolitische Maßnahmen“ aufgelistet.

Bei der Vorstellung sagte Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne): „Leckeres, gesundes und nachhaltiges Essen darf nicht vom Geldbeutel abhängen oder davon, aus welcher Familie man kommt. Mit der Ernährungsstrategie der Bundesregierung schaffen wir Angebote, die allen gutes Essen ermöglichen.“ Danach fügte er hinzu: „Entscheiden

muss sich dann jeder selbst, da hat niemand jemandem etwas vorzuschreiben.“ Dabei ist das Papier ein Musterbeispiel für Nudging, wie der Versuch, das Verhalten der Bürger zu manipulieren, auf Neudeutsch genannt wird.

So heißt es schon auf der ersten Seite: „Gute Ernährung ... ist gleichzeitig auch gut für den Planeten.“ Deshalb müsse „jede staatliche Initiative für gesündere Ernährung ... auch die Bereitschaft der Menschen unterstützen, ihre individuellen Ernährungsgewohnheiten zu hinterfragen.“ Danach wird es tendenziell apokalyptisch: „Das globale Ernährungssystem ist gemäß dem Weltklimarat grob geschätzt für 21–37 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich – und für etwa ein Fünftel der Treibhausgasemissionen in Deutschland. Das Er-

nährungssystem ist mitverursachend für das Artensterben und weltweit verantwortlich für 80 Prozent der Landnutzungsänderung. Das derzeitige Ernährungssystem stößt an planetare Belastungsgrenzen.“

Schuld daran trage vor allem „die Produktion tierischer Lebensmittel“. Deshalb sei „eine nachhaltigere und pflanzenbetonte Ernährung ... ein wichtiger Aspekt für die Transformation zu einem ressourcen- und klimaschonenden sowie nachhaltigen Wirtschaften“. Bei diesem indirekten Appell wollten es die Verfasser des Strategiepapiers aber nicht belassen. Deshalb fügten sie an: „Eine unausgewogene Ernährung erhöht – gerade in Kombination mit fehlender Bewegung – das Risiko für Übergewicht und Adipositas ... Dies hat physische und z. T. psychische Folgen

für den Einzelnen und führt zu Folgekosten für die Gesellschaft.“ Zugleich Sorge „ein hoher Konsum von rotem und verarbeitetem Fleisch“ auch für mehr Fälle von „Dickdarmkrebs, Brustkrebs oder Diabetes mellitus“.

Anschließend wagten die Ernährungsstrategen aus dem Hause Özdemir noch einen Blick in die Zukunft: „Bis 2050 ist es für alle Menschen in Deutschland möglich und einfach, sich gut zu ernähren. Unser Ernährungssystem ist so verändert, dass sich alle gesund und nachhaltig ernähren können – unabhängig von Herkunft, Bildung und Einkommen.“ Und dann heißt es neuerlich: Garant hierfür sei in erster Linie „eine stärker pflanzenbetonte Ernährung mit möglichst ökologisch erzeugten, saisonal-regionalen Lebensmitteln.“ *Wolfgang Kaufmann*

● MELDUNGEN

Fruchtloser Appell

Dresden – Der geplante Ausbau der Produktionsstätten von mehreren großen Mikrochip-Herstellern im „Silicon Saxony“ am Nordrand Dresdens könnte an zu wenig verfügbarem Wohnraum für die benötigten zusätzlichen Mitarbeiter scheitern. Infineon, TSMC, Globalfoundries, Bosch, NXP und andere Unternehmen wollen bis 2030 über 13.000 Fachkräfte samt deren Familien in die Hauptstadt Sachsens holen. Dort sind Wohnungen aber bereits seit einem Jahrzehnt knapp. Selbst ohne den zusätzlichen Bedarf durch den Boom im „Silicon Saxony“ müssten in der Elbmetropole bis 2030 mindestens 11.000 neue Wohnungen entstehen, was derzeit als vollkommen illusorisch erscheint. Deshalb appellierte der Dresdner Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) an die Konzerne, eigene Werks-siedlungen zu errichten. Auf diesen Appell erhielt er von Infineon und Globalfoundries klare Absagen, während die übrigen Firmen gar keine Reaktion zeigten. *W.K.*

Drohung mit Sanktionen

London – Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán hat am 1. Februar auf einem EU-Sondergipfel nach einer monatelangen Blockade einem 50-Milliarden-Paket für die Ukraine zugestimmt. Durchgesetzt hat Orbán auf dem Gipfeltreffen eine Überprüfungs-klausel bei den Geldzahlungen an die Ukraine. Die „Financial Times“ hatte vor dem Gipfel über einen vertraulichen Plan berichtet, dem zufolge bei einer weiteren Blockade der Finanzhilfe durch Orbán über Wirtschaftssanktionen Ungarn Schaden zugefügt werden soll. Laut der britischen Tageszeitung war vorgesehen, alle EU-Finanzhilfen für Ungarn dauerhaft zu stoppen. Ziel des Vorhabens soll es gewesen sein, die Kreditkosten des Landes in die Höhe zu treiben und einen Verfall der ungarischen Währung herbeizuführen. Als Folge sollte an den Finanzmärkten und auch bei ausländischen Unternehmen das Interesse abnehmen, in Ungarn zu investieren. *H.M.*

Schäden durch Netzausfälle

Moskau – Vor Kurzem kam es in Russland zum schlimmsten Ausfall des Internets, den das Land je erlebt hat. Die zuständigen Behörden sahen sich sofort einem ukrainischen Hacker-Angriff ausgesetzt, doch mehr deutet auf darauf hin, dass Arbeiten an den Servern zur Erhöhung der Sicherheitseinstellungen die Ursache war. Fest steht, dass der Schaden für die Wirtschaft, den Internetausfälle verursachen, immens ist. 2022 verlor die russische Wirtschaft laut Experten 21,59 Milliarden US-Dollar infolge von Schließungen, Arbeitsbeschränkungen, Unterbrechungen und Sperrungen des Internets. Im vergangenen Jahr sollen die Verluste im dreistelligen Millionenbereich liegen. Von den Netzausfällen sind viele Bereiche des öffentlichen Lebens, wie Online-Handel, Telefone und sogar die in Russland seit Langem digitalisierten Bürgerämter betroffen. *MRK*

ANALYSE

Lateinamerika erstickt

BODO BOST

Die ganz Welt schaute jüngst nach Ecuador, wo es der organisierten Kriminalität gelang, den staatlichen Fernsehsender zu besetzen und sich als neue Mächtigen-Herrscher des Landes in Szene zu setzen. Seit den Zeiten Pablo Escobars in Kolumbien ist kein Land Lateinamerikas so sehr von der organisierten Kriminalität herausgefordert worden wie derzeit Ecuador. Nach dem Tode Escobars 1993 wechselte die Zentrale der Drogenkartelle, die die Kriminalität steuern, von Kolumbien nach Mexiko. Deshalb sind es vor allem mexikanische Mafiacians in Allianz mit knapp zwei Dutzend lokalen Banden, die derzeit Ecuador und seinen jungen Präsidenten Daniel Noboa in Atem halten.

Wie einst unter Escobars Herrschaft in Kolumbien werden derzeit in Ecuador Präsidentschaftskandidaten erschossen, Fernsehsender besetzt, Gefängnisse übernommen und die Zivilbevölkerung terrorisiert und erpresst. Heute sind die Gewaltsyndikate jedoch besser international vernetzt und noch kaltblütiger.

In den vergangenen zwei Jahren sind immer mehr Länder Lateinamerikas in die Fänge der Kartelle geraten. Die Region ist inzwischen die gewalttätigste der Welt. Die Zahl der Tötungsdelikte pro Hunderttausend ist fünfmal höher als in Nordamerika und zehnmal höher als in Asien. Allein in Mexiko sterben jedes Jahr 150.000 Menschen eines gewaltsamen Todes, das sind weitaus mehr als im Bürgerkrieg in Syrien.

Nur El Salvador steuert gegen

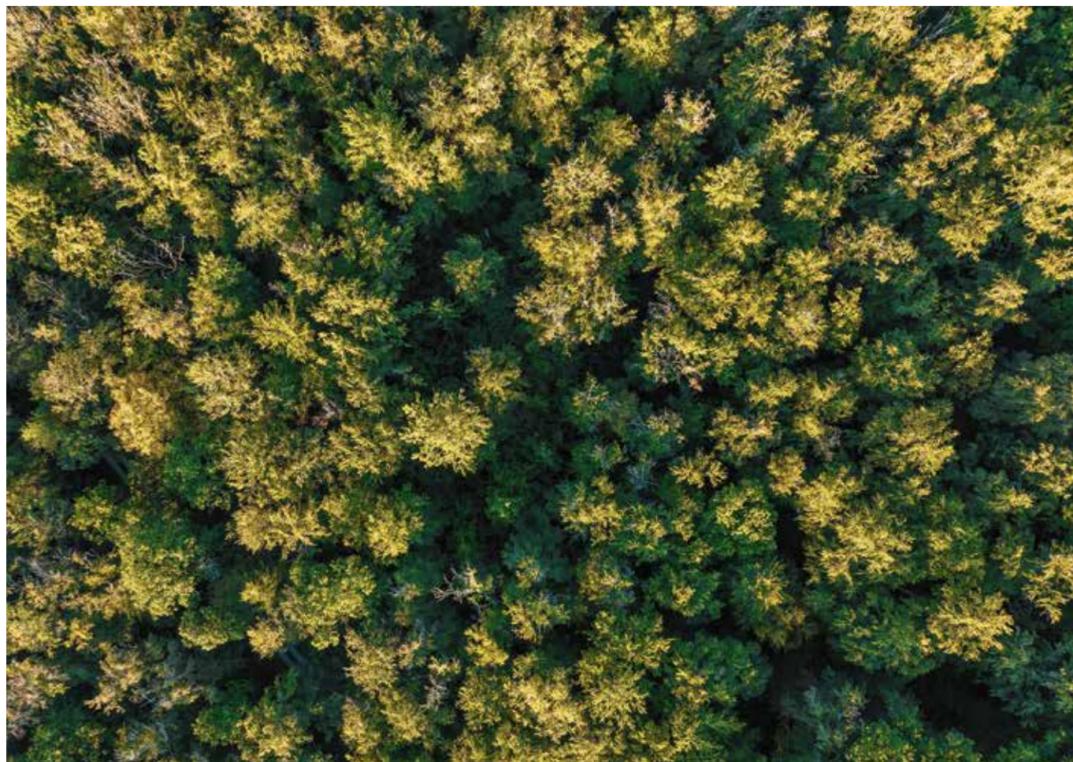
Längst hat die organisierte Kriminalität auch Länder wie Chile und Costa Rica erfasst, die lange immun schienen. Costa Rica galt einst als die Schweiz Amerikas, es verzichtete auf eine Armee und hat dies längst bereut. Die Regierungen stehen meist hilf- und ideenlos dem Vordringen der Mafia entgegen. Das organisierte Verbrechen bremst das Wirtschaftswachstum und befeuert stattdessen die Migration. Aber auch daran verdient die Mafia. Ecuador gilt wegen seiner liberalen Visapraxis schon seit einigen Jahren als Einfallstor der weltweiten Migration Richtung USA.

Hier hat der Staat das Gewaltmonopol verloren, Sicherheitskräfte und lokale Regierungen werden von der Mafia korumpiert, die Mafia sickert in immer

mehr legale Wirtschaftszweige ein. Die geographische Lage Ecuadors zwischen Kolumbien und Peru, den beiden größten Produzenten von Kokablättern, führt zu einem toxischen Cocktail. Mexiko hat heute als Zentrum der Rauschgiftkartelle und als Knotenpunkt, in dem fast alle Fäden des internationalen Drogenhandels zusammenlaufen, die Rolle Kolumbiens übernommen. Auch in Mexiko büßt der Staat mehr und mehr an Hoheit ein. Das „Jalisco“- und das „Sinaloa-Kartell“ des früheren Capos „El Chapo“ Guzmán diversifizieren ihr Geschäft, seit Kurzem steuern sie auch den Menschenhandel Richtung USA. In manchen mexikanischen Bundesstaaten herrschen bürgerkriegsähnliche Zustände. Mexiko ist als Nachbar der USA ein mächtiger Global Player in der Weltwirtschaft, ein ökonomisch erfolgreiches Schwellenland und ein von der Mafia gekaperter Staat.

Kolumbien konnte 2016 mit der Linksguerilla FARC ein Friedensabkommen unterzeichnen. 2022 schaffte es ein ehemaliger Guerillero, Gustavo Petro, Präsident zu werden. Er hat die Staatsautorität abgebaut und dadurch neue kriminelle Gewalt erzeugt. Das territoriale Vakuum, das die Rebellen hinterließen, haben vor allem Drogenbanden gefüllt. In Chile, einst neben Uruguay das europäischste Land des Subkontinents, hat vor zwei Jahren auch ein Linker die Wahl gewonnen. Dort hat eine halbe Million venezolanischer Immigranten die Unterwelt gekapert und steuert von hier aus in ganz Südamerika den Menschenhandel. Die junge unerfahrene linke Regierung um Staatschef Gabriel Boric wirkt wie überrollt von der ausufernden Gewalt.

Nur in einem Land, El Salvador, ist die organisierte Gewalt zurückgegangen. Dort sorgt seit 2019 der aus Bethlehem stammende christliche Palästinenser Nayib Bukele mit eiserner Härte und Megagefängnissen für eine lange unbekannte Sicherheit. 75.000 Bandenmitglieder wurden in Gefängnisse geworfen, 220 kamen dabei ums Leben. Die Bevölkerung hat es Bukele jetzt mit Wiederwahl gedankt, die eigentlich von der Verfassung verboten war. In El Salvador, wie zunehmend in der gesamten Region, sind viele Menschen der Meinung, dass der Verzicht auf Bürgerrechte und Demokratie ein lohnender Preis für ein Leben in Sicherheit ist.



Totgesagte leben länger: Der Wald

Foto: imago images/imagebroker

KOLUMNE

Kartell der Wokeness

FLORIAN STUMFALL

Was die politischen Kräfte des Landes angeht, galt bis zur Regierungszeit der Kanzlerin Angela Merkel eine saubere, schlüssige Einteilung: Da gab es eine recht geräumige gedachte Mitte als Kernbestand der demokratischen Bewegungen, auf der sich die konservativ-bürgerliche, die sozialdemokratische und die liberale Ideenwelt um Zuspruch seitens der Bürger bemühten.

Selbstverständlich gab es daneben auch Erscheinungen des Abweichens und Ausfransens, die man dann als „radikal“ oder gar „extrem“ bezeichnete. Doch diese Erscheinungen waren höchst selten, und sie fanden ihre natürlichen Grenzen im Wahlverhalten der Bürger. Parteienverbote wurden innerhalb von 75 Jahren nur zweimal verhängt, und das geschah auf dem dafür vorgesehenen Weg durch das Bundesverfassungsgericht und nicht auf der Straße.

Heute ist das anders. Heute gibt es jene Arena des demokratischen Wettbewerbs nicht mehr, sondern die Zulässigkeit dessen, was gedacht, gesagt und gewählt werden darf, ist eingeschränkt auf die Vorgabe eines politisch-medialen Allmacht-Konstrukts der vereinigten Linken, das alle Anforderungen der Wokeness und der politischen Korrektheit erfüllt. Das politische Koordinatensystem von einst ist zerstört, was nicht entspricht, wird mit dem Bannstrahl bedacht, und wo sich Widerspruch regt, droht Ächtung bis hin zur Vernichtung von Existenzen.

Während aber dieses bestimmende politische Konglomerat alles ausgrenzt und als „extrem“ bezeichnet, was nicht links ist und ihm nicht angehören will, unterbleibt meistens die Überlegung, wie es sich denn ihrerseits mit der demokratischen Qualität dieser Dominanz verhalte. Da jedoch die Maßstäbe von einst nicht mehr bestehen, ist es schwer und im politischen Alltag unmöglich geworden, eine einigermaßen objektive Feststellung zu treffen, wie es sich mit dem Extremismus denn verhalte.

Die Angst als Machtmittel

Dabei gibt es durchaus hierfür Messlatten, vor allem wenn man erkennt, dass man in diesem Zusammenhang Extremismus und Totalitarismus weitgehend gleichsetzen kann. Die Vorstellung zweier von ihnen soll hier ausreichen. So zeigt die geschicht-

liche Erfahrung bis in unsere Tage hinein, dass alle totalen Systeme als entscheidendes Machtmittel die Angst benutzen. Diesbezüglich ist vor allem in Deutschland eine anhaltende Entwicklung zu beobachten. Es begann Anfang der 70er Jahre, als der hochangesehene Club of Rome verkündete, zur Jahrtausendwende werde es kein Erdöl und auch keinen Wald mehr geben. Vor allem die Wald-Prognose schlug in Deutschland ein wie eine Bombe. Beide Vorhersagen erwiesen sich zwar als völlig falsch, das änderte aber nichts an der Reputation des Club of Rome und

schlechts, die demokratische Lauterkeit des Donald Trump, die Sinnhaftigkeit der Entwicklungspolitik und der Segen der unkontrollierten und unbegrenzten Zuwanderung. Wer hier aus dem Takt gerät, ist ein Unhold und muss mit entsprechenden Maßnahmen rechnen.

Entstellung der Meinungsfreiheit

Was aber die Meinungsfreiheit angeht, so schließen sich daran zwei unterschiedliche Felder. Das erste ist dasjenige des Gemüts. Auch das wird von den Konstrukteuren der Meinungshoheit beansprucht. Dabei geht es nicht darum, was jemand denkt oder spricht, sondern, was er empfindet. So sind auch nur schemenhafte Sympathien für die AfD bereits der Sündenfall, auch wenn sie zu keiner Weiterung führen.

Den ersten hoheitlichen Zugriff aufs Gemüt der Bürger nahm in der Bundesrepublik Deutschland der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der angesichts des Gedenkens an 40 Jahre Kriegsende anno 1985 vorgab, was man hier zu empfinden habe. Der Urvater dieses totalitären Zugriffs auf die Seele der Menschen war übrigens der radikale Sozialist Louis Antoine de Saint-Just in den dunkelsten Tagen der Französischen Revolution.

Beim anderen geht es um die Tatsachen. Denn nicht nur Meinungen und Empfindungen werden in Haft genommen – auch Tatsachen haben sich der politischen Korrektheit zu beugen. So wurde die AfD-Bundestagsabgeordnete Beatrix von Storch vom Präsidium des Hohen Hauses zu einer Geldstrafe verdonnert, weil sie einen grünen Abgeordneten, der sich als Frau ausgibt, aber ein Mann ist, als solchen bezeichnet hatte.

Berücksichtigt man nun, dass sich neben diesen beiden benannten Kennzeichen des Totalitären verschiedene andere nahtlos einfügen – der Egalitarismus, die Staatsgläubigkeit samt sozialistischer Wirtschaft, der Zentralismus, der Glaube an die irdische Vervollkommenheit, der Kollektivismus –, so ist zu erkennen, dass sich auch diese Bewegungen in unterschiedlicher Aufdringlichkeit bei dem grün-roten Kartell der Wokeness wiederfinden. Und es ist zu bedenken, dass sich niemand ein Instrumentarium zulegt, wenn er nicht erreichen will, wofür es gemacht ist.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Woran man Extremismus erkennt

führte trotzdem dazu, die deutsche Öffentlichkeit für Ängste zu konditionieren.

Die Waldpanik wurde in den Folgejahren von allen möglichen kleineren Ängsten abgelöst: Da waren das Ozonloch, der Rinderwahnsinn, Dioxin in Hühnereiern oder das Glykol im Rauchtobak. Diese kleinen Ängste waren zwar nachgeordnet und von zeitlich begrenzter Wirkung, aber dennoch geeignet, jenen stetigen Druck auf die Menschen auszuüben, der sie gefügig macht. Wehleidigkeit wurde zur Tugend, der Neurotiker ein Beispiel politischer Korrektheit.

Dann kam Corona, das zeigte, wie man mit einer Verwaltungsverordnung Grundrechte abschaffen kann. Und selbstverständlich findet alles seinen Höhepunkt im Klima-Fieber, oft kopiert, nie erreicht. Die daran leiden, sind bedingungslos bereit, alles hinzugeben – sollte heute eine Diktatur errichtet werden, leichter als mit dem Klima-Fieber ginge es nicht.

Das führt zu der zweiten Messlatte des Totalitären. Dabei geht es um die Meinungsfreiheit. Sie ist in Deutschland durch das linke Kartell bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Bei einer langen Reihe von Gegenständen ist es unmöglich geworden, ohne Schaden zu nehmen eine vom Allgemeinen abweichende Meinung zu sagen: Da ist als erstes wiederum das Klima zu nennen, die Frage, ob Russland Europa überfallen will, die Notwendigkeit des Genders und der freien Wahl des Ge-

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdeldorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51**Internet:** www.paz.de**E-Mail:** redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Die mediale Parteilichkeit

Eine links-grüne Schiefelage – Studie zeigt, was bei den Öffentlich-Rechtlichen fehlt: konservative und marktwirtschaftliche Perspektiven

VON ROBERT MÜHLBAUER

Groß war die Aufregung, als vor zwei Jahren eine Umfrage das extreme Vorherrschen grüner und linker Sympathisanten unter den Jungjournalisten der ARD aufdeckte. 92 Prozent wählen Grüne, Linke oder SPD, ergab eine interne Befragung unter den ARD-Volontären. CDU/CSU und FDP würden bei den ARD-Nachwuchsjournalisten nicht mal zusammen die Fünfprozenthürde überspringen. Also eine klare politische Schiefelage. Doch schnell war man dabei, das Ergebnis herunterzuspielen. Die Umfrage sei gar nicht repräsentativ, hieß es, nicht alle Jungjournalisten hätten teilgenommen.

Doch bei vielen Zuschauern hat sich längst der Eindruck festgesetzt, dass die Berichterstattung des deutschen öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) einen Linksdrall hat und nicht politisch ausgewogen ist, wie es der Medienstaatsvertrag fordert. ARD, ZDF und Deutschlandradio sind nach dem Eindruck vieler Zuschauer schrittweise nach links gerückt. Umfragen haben in der Vergangenheit immer wieder ergeben, dass Politikjournalisten in ihrer Mehrheit politisch links der Mitte liegen. Dann heißt es aber entschuldigend, dass die Journalisten ihre persönlichen politischen Präferenzen trennen könnten von der geforderten Neutralität bei der ÖRR-Berichterstattung.

Nun liegt eine umfassende empirische Untersuchung von Forschern der Universität Mainz vor, die Beiträge von neun ÖRR-Formaten (wie „Tagesschau“ und „Heute“) sowie 38 privater Medien (von RTL, Sat1, „SZ“, „Welt“, „FAZ“, „taz“, „Bild“, „Spiegel“, „Focus“, „Zeit“ und Regionalzeitungen) von April bis Juni 2023 unter die Lupe genommen haben. Zusätzlich zu Mainstream-Medien haben sie einige wenige Medien am Rand des publizistischen Spektrums dazu genommen, das linke „Neue Deutschland“, die rechte



Eine „ausgewogene“ Runde mit oft konformer Meinung: Talkshow von Sandra Maischberger (r.) vom 24. Januar mit Dauergast und „taz“-Redakteurin Ulrike Herrmann (M.), dem Verleger Wolfram Weimar (l.) sowie Moderator Cherno Jobatey

„Junge Freiheit“ sowie „Tichys Einblick“. Insgesamt rund 9300 Beiträge aus 47 Medien haben die Mainzer Kommunikationswissenschaftler Marc Maurer, Simon Kruschinski und Pablo Jost für ihre Studie „Fehlt da was? Perspektivenvielfalt in den öffentlich-rechtlichen Nachrichtenformaten“ analysiert.

Die Ergebnisse sind aufschlussreich. Eines der Resultate: Der ÖRR ist stark auf SPD und Grüne fokussiert und regierungsfixiert. Die Forscher schreiben: „Die Analysen zeigen, dass in den öffentlich-rechtlichen Formaten vor allem über die SPD (33 Prozent) und die Grünen (29 Prozent) berichtet wurde. Mit einigem Abstand folgte die CDU/CSU als größte Oppositionspartei (19 Prozent) und die FDP

(zwölf Prozent). Über AfD und Linkspartei wurde dagegen kaum berichtet.“ Insgesamt sei fast dreimal so häufig über die Regierungsparteien wie über die Oppositionsparteien berichtet worden.

Viele ausgeblendete Meinungen

Und der ÖRR berichtet über SPD und Grüne weniger kritisch als die privaten Vergleichsmidien. Insgesamt fanden sich in fast allen Medien überwiegend negative oder kritische Berichte über die Parteien – kein Wunder bei einer Regierung, die von Krise zu Krise taumelt. Am allerkritischsten sehen die untersuchten Medien durch die Bank aber die AfD.

Ein weiteres Ergebnis der Untersuchung ist die große Sozialstaatsorientierung

und die nur schwache Repräsentanz konservativer Stimmen im ÖRR. Fast zwei Drittel der „Tagesschau“-Beiträge seien sozialstaatsorientiert, nur ein Viertel hatte eine marktwirtschaftliche Orientierung. Und die Beiträge sind laut den Mainzer Forschern überwiegend „progressiv“ ausgerichtet. Mehr als doppelt so viele Beiträge der „Tagesschau“ seien „liberal-progressiv“ als „konservativ-autoritär“ (wobei man dieses „Framing“ der Begriffspaare durchaus kritisch sehen kann).

Laut Studie liegt die Mehrheit der 47 Medien in der progressiv-sozialstaatlichen Ecke, nur wenige zeigen eine konservative Orientierung. Darunter sind „Welt“, „Bild“ und – am stärksten – die „Junge Freiheit“ sowie „Tichys Einblick“.

Insgesamt belegt die Studie also eine Linksschiefe der deutschen Medienlandschaft und besonders des ÖRR. Dabei formulieren die Mainzer Autoren noch sehr zurückhaltend. Was sie zum Beispiel gar nicht berücksichtigen, ist die politische Einseitigkeit der Gästerauswahl in den ÖRR-Talkshows. Laut einer Statistik der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ waren im Jahr 2022 bei 457 Politikern in ARD- und ZDF-Talkshows die Grünen und Linke stark überrepräsentiert, dagegen wurden nur zwei AfD-Politiker (ein Anteil von 0,4 Prozent) eingeladen, obwohl die Partei in Umfragen schon bei 15 Prozent lag. Die Wähler der Partei wurden bei der Gästerauswahl also ausgegrenzt.

Links-grüne Journalisten wie die „taz“-Kommentatorin Ulrike Herrmann, die eine grüne Transformation und Schrumpfung der deutschen Wirtschaft propagiert, scheinen ein Dauerticket für ÖRR-Talkshows zu besitzen. Dagegen sind konservative oder gar rechte Journalisten dort sehr rar. Den „JF“-Chefredakteur Dieter Stein beispielsweise laden die Sender nicht zu Talkrunden, auch der frühere „WirtschaftsWoche“-Chef Roland Tichy darf nicht mehr kommen, seit er den Mainstream scharf kritisiert.

Was im deutschen öffentlich-rechtlichen Rundfunk fehlt, ist die ganze Bandbreite der Meinungen. Alle Bürger sind gezwungen zu zahlen, aber viele finden ihre Meinung in den ÖRR-Medien ausgegrenzt. Komplett ausgeblendet wurde in der Studie noch die Frage der Finanzierung. Es sind riesige Summen, die der ÖRR mit Dutzenden Sendern und Hunderten Internet-Angeboten verschlingt.

Rund 8,5 Milliarden Euro hat der Rundfunkbeitrag zuletzt in die Kassen von ARD, ZDF und Co. gespült. Deutschland leistet sich das teuerste ÖRR-System der Welt – nur leider hat es politische Schiefelage und erfüllt nicht seine Kernaufgaben einer neutralen, ausgewogenen Berichterstattung.

AUSSTELLUNG

Spiel, Satz, Leidenschaft

Wiesbaden zeigt, wie sich zwei Künstlerehepaare im „Gemischten Doppel“ gegenseitig befruchten

Zwei Künstlerehepaaren der vorletzten Jahrhundertwende widmet sich die Schau „Gemischtes Doppel“ im Wiesbadener Landesmuseum. Marg und Oskar Moll sowie Mathilde und Hans Purrmann gelten als Vertreter der Kunstavantgarde nach 1900. Entwicklungen vom Impressionismus zum Expressionismus und Kubismus können an diesen vier Protagonisten exemplarisch betrachtet werden.

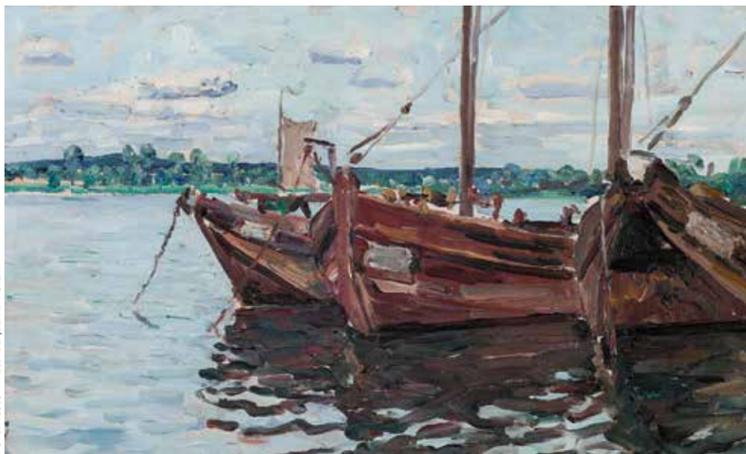
Der 1875 im schlesischen Brieg geborene Oskar Moll studierte in München und Berlin, unter anderem bei dem ostpreußischen Maler Lovis Corinth. In Paris lernte er viele zeitgenössische Künstler kennen, darunter den Fauvisten Henri Matisse. 1906 heiratete er die Offiziers-tochter und Künstlerin Marg Moll, die zunehmend in Richtung Abstraktion tendierte. Gemeinsam mit dem Maler Hans Purrmann waren beide 1908 an der Gründung der Kunstschule Académie Matisse beteiligt. Oskar Moll wurde 1918 Kunstprofessor in Breslau und ging später nach Düsseldorf.

Das Ehepaar Moll experimentierte deutlich im Rahmen der damaligen avant-

gardistischen Strömungen. Marg schuf abstrahierende, teils vom Art déco beeinflusste Skulpturen, Oskar entwickelte kubistische Gemälde, die wie ein Vorgriff auf die Kunst der Nachkriegszeit erscheinen. In der NS-Zeit mussten beide folgerichtig darunter leiden, dass ihre Werke als „ent-

artet“ bloßgestellt wurden. Oskar starb 1947 in Berlin, Marg 1977 in München.

Aus heutiger Sicht deutlich traditioneller zeigen sich die von Impressionismus und gemäßigt Expressionismus geprägten Bilder Hans Purrmanns und seiner 1912 geehelichten Frau Mathilde.



Bei Lovis Corinth künstlerisch mitgesegelt: Oskar Molls Gemälde „Havelkähne“

Es sind zumeist lichtdurchflutete Landschaftsszenarien. Dennoch musste auch Hans Purrmann nach der NS-Machtergreifung mit der Ächtung als „entartet“ und der Beschlagnahmung seiner Werke aus Museen kämpfen.

Das Paar ging nach Italien und wurde von einem Verein mit der ehrenamtlichen Leitung des Künstlerhauses „Villa Romana“ in Florenz betraut. Dort trafen sich viele Künstler und Intellektuelle, die im nationalsozialistischen Machtbereich in Schwierigkeiten geraten waren. Mathilde Purrmann starb 1943, was ihren Ehemann in eine Schaffenskrise stürzte. Er folgte seiner Frau 23 Jahre später nach.

Die Wiesbadener Schau zeigt jeweils 25 Werke der vier Künstler und stellt deren Schaffen in einen breiten kunsthistorischen Kontext. Claus-M. Wolfschlag

● „Gemischtes Doppel. Die Molls und die Purrmanns: Zwei Künstlerpaare der Moderne“, bis 18. Februar im Landesmuseum Wiesbaden, Friedrich-Ebert-Allee 2, geöffnet täglich außer montags, Eintritt 12 Euro. www.museum-wiesbaden.de

OSKAR NEGТ

Überleben in der Soziologie

Seine Flucht aus Ostpreußen bezeichnete Oskar Negt als „Überlebensglück“. So betitelte der Soziologe seine Autobiographie, in der er seine traumatischen Erlebnisse, die er als Zehnjähriger durchmachte, sozialgeschichtlich verarbeitete. Nach der Vertreibung aus Kapkeim östlich von Königsberg überlebte er den Krieg in einem dänischen Flüchtlingslager, ehe er in Göttingen und Frankfurt am Main sein Glück in der Soziologie fand. Geprägt von der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule um Horkheimer und Adorno, wurde er Assistent des Philosophen Jürgen Habermas. Der den 68ern nahestehende Negt folgte 1970 einem Ruf an die damalige Technische Universität Hannover, wo er das soziologische Institut aufbaute. Am 2. Februar ist er 89-jährig in Hannover gestorben. Zuvor setzte er sich mit seinen Erinnerungen an die Heimat auseinander. Die Taschenbuchausgabe von „Überlebensglück“ erschien erst Ende 2023 im Steidl Verlag (320 Seiten, 16 Euro). H. Tewes

Nicht nur ein weißes Problem

Ein Blick auf das brandenburgische Schutzgebiet Groß Friedrichsburg zeigt, dass der Sklavenhandel nicht nur eine Schmach für Europa und Amerika ist. Vor 300 Jahren wechselte die Herrschaft von Nana Kone (Jan Cunny) zu den Holländern

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Als sich vergangenen November in der ghanaischen Hauptstadt die afrikanischen Staaten zur viertägigen „Accra Reparations Conference 2023“ trafen, um über das Ob und das Wie von Reparationsforderungen zu beraten, einigten sich die Delegierten darauf, einen globalen Wiedergutmachungs-Fonds ins Leben zu rufen, der von den europäischen Ländern zu füllen sei, die vom transatlantischen Sklavenhandel profitiert haben. 108 Billionen US-Dollar sind als Schadenssumme angesetzt. Grundlage für Entschädigungsforderungen ist unter anderem ein Bericht vom vergangenen Juni der Bostoner Brattle Group. „Kein Geld der Welt kann den Schaden, der durch den Sklavenhandel angerichtet wurde, begleichen. Trotzdem muss die Welt damit konfrontiert werden“, konstatierte Ghanas Präsident Nana Addo Akufo-Addo.

Gegenüber Deutschland werden im Bostoner Bericht keine Forderungen erhoben. Da Deutschland mit dem kurbrandenburgischen Schutzgebiet Groß Friedrichsburg am Südkap Ghanas wenigstens für kurze Zeit am transatlantischen Dreieckshandel mit Sklaven beteiligt war, am Sklavenhandel unter der Flagge mit dem kurfürstlichen roten Adler kein Zweifel besteht und Deutschland als wohlhabendes Land gilt, ist das Ausbleiben einer Forderung gegenüber der Bundesrepublik wohl als Versehen zu interpretieren. Alleine von Großbritannien werden 24 Billionen Dollar gefordert.

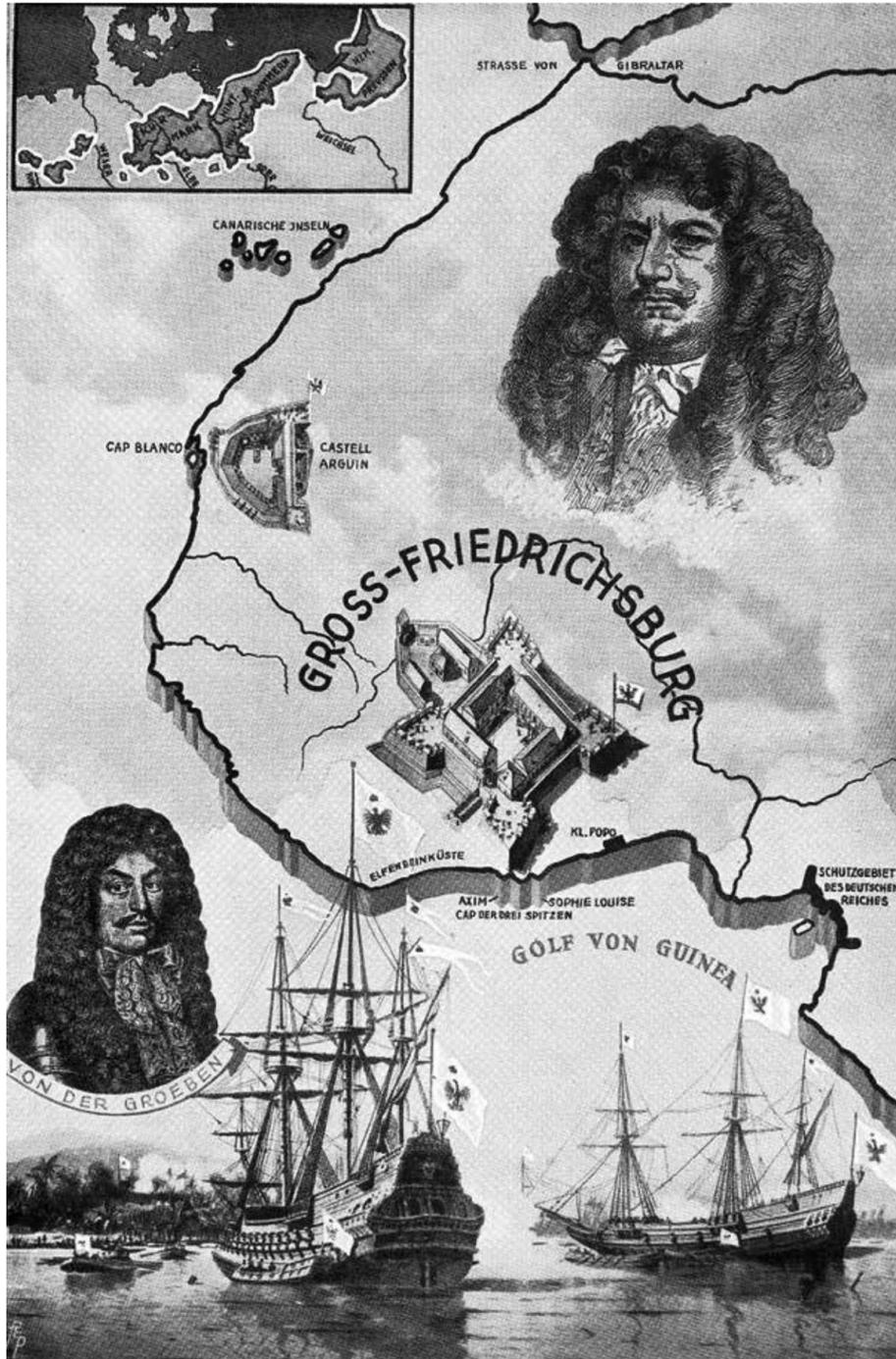
Allerdings war Brandenburgs Beteiligung am Sklavenhandel auch ungleich bescheidener. Vom 15. bis zum 19. Jahrhundert wurden rund zwölf Millionen Menschen von Afrika nach Amerika und Europa verschleppt und unter rassistischen und demütigenden Bedingungen als Arbeitskräfte ausgebeutet. Auf das Konto der Deutschen – und der mit ihnen verbündeten Afrikaner – geht der Verkauf von „nur“ 17.000 Sklaven nach Amerika – Brandenburgs Beteiligung am Sklavenhandel währte nur drei Dekaden.

Mit einer Flotte fing es an

Begonnen hat sie in der Regierungszeit des Großen Kurfürsten. Friedrich Wilhelm war unter den Hohenzollern der Abenteurer. Er studierte 1635 bis 1638 in Leyden und Den Haag, machte sich mit dem Seekriegshandwerk vertraut. 1640 übernahm er die Regierungsgeschäfte von seinem verstorbenen Vater Georg Wilhelm. Seine Heirat mit Luise-Henriette von Oranien 1646 festigte sein Netzwerk zu Kaufleuten und Militärs der Niederlande.

Friedrich Wilhelm strebte nach Ostindien und China. Ein erster Versuch, eine Brandenburgisch-Ostindische Handelskompanie aufzubauen, scheiterte 1653 an fehlenden Geldgebern, just in einer Zeit, in der holländische Investoren mit ihren Anteilen an der Westindischen Handelskompanie Dividenden von 100 Prozent und mehr einstrichen. Doch selbst in den Hansestädten waren zunächst nicht genügend Kaufleute zu finden, welche die nötigen Mittel für das Großprojekt aufbringen mochten. Das Land war nach dem großen Krieg an Menschen und Mitteln ausgeblutet.

Eine zweite Herausforderung für Friedrich Wilhelm waren der Ausbau der – im Verhältnis zu Holland, Schweden, England oder Dänemark – praktisch nicht vorhandenen Flotte und die Sicherung der Seewege. Nach ihrer Niederlage in der Schlacht bei Fehrbellin 1675 zogen sich die Schweden aus Brandenburg zurück. Das



Groß Friedrichsburg: Die Collage aus dem frühen 20. Jahrhundert bietet neben der ungefähren geographischen Lage der Burg an der Goldküste Westafrikas und einer Skizze von ihr aus der Vogelperspektive auch zwei Porträts des Großen Kurfürsten (rechts oben) und des Gründers der kurbrandenburgischen Kolonie und des gleichnamigen Forts, Otto Friedrich von der Groeben (links unten)

Foto: imago/H. Tschanz-Hofmann

gab dem Kurfürsten neues Selbstbewusstsein und Ruhe.

Afrikaner versklavten Afrikaner

Im selben Jahr lernte der Monarch den niederländischen Kaufmann und Reeder Benjamin Raule kennen, beide stellten mit Blick auf Ostindien übereinstimmende Interessen fest. Raule übersiedelte nach Brandenburg und stellte seine zehn Fregatten unter die Flagge des Großen Kurfürsten. Durch Kaperung und nach dem Sieg über Schweden bei der Eroberung Rügens sowie der Belagerung Stettins und Stralsunds waren es 1680 bereits 28 Schiffe, darunter 15 Fregatten – allerdings immer noch im Eigentum Raules. Friedrich Wilhelm kaufte daher neun der Schiffe gegen den Protest seiner Räte. Raule riet dem Kurfürsten, alsbald einen Ingenieur nach Afrika zu entsenden, um eine Festung zu errichten. Der Kurfürst sah die Zeit gekommen, von Europa den ersten Schritt Richtung Ostindien zu gehen, und befahl, finanziert von Raule, die „Wappen von Brandenburg“ und die „Morian“ an die guineische Küste. Während die „Wappen von Brandenburg“ von Niederländern konfisziert wurde, gelang es Kapitän Philipp Pietersen Blonck auf der kleineren „Morian“, mit drei Häuptlingen auf der Hochebene zwischen dem Kap der drei Spitzen und dem heutigen Prusi Akitakyi einen

Schutz- und Handelsvertrag zu schließen, der die brandenburgische Seite auch zum Bau einer Befestigung ermächtigte.

Als 1682 allerdings der gerade 27-jährige Ostpreuße Otto Friedrich von der Groeben von Emden aus mit der „Churprinz“ und der „Morian“ das Dorf wieder erreichte, war dieses zerstört und zwei der drei Häuptlinge in einem Krieg gegen benachbarte Stämme gefallen. Der Machtbereich und das Existenzrecht der afrikanischen Stämme wurde ständig seitens anderer Stämme blutig angefochten, das Leben der Afrikaner war kurz. Das ist eine der historischen Grundlagen zur Bewertung des

Sklavenhandels. Denn es waren in der Regel nicht die Europäer, die Menschen gefangennahmen, um sie zu versklaven. An der sogenannten Sklavenküste waren es in erster Linie Afrikaner, die Afrikaner gefangennahmen, um sie den Europäern als Sklaven zu verkaufen. Begehrte Tauschware war in erster Linie Eisen für Waffen.

Als von der Groeben mit der „Churprinz“ in Accoda, dem heutigen Akwidaa, landete, musste er mit den Cabisters (Häuptlinge) nicht lange verhandeln. Sie sagten ihm zu, dass die Brandenburger auf der dortigen Halbinsel ein Fort errichten dürften, was die Schiffsführung und die Häuptlinge auf der „Churprinz“ mit reichlich Branntwein begossen. Ernüchterung trat allerdings ein, als am folgenden Tag ein holländischer Kaufmann vom nahen Fort Elmina aus eintraf, in Accoda ein- und seine Fahne aufzog. Die „Churprinz“ fuhr zur Vermeidung eines Konflikts daraufhin wenige Meilen ostwärts und gelangte zum Dorf Poqueso, an dem der Berg Manfro, eine erhöhte Gesteinsformation, sich ein wenig in den Atlantik schiebt. Auch hier verhandelte von der Groeben mit Erfolg. Der Standort für die Hauptfestung stand damit fest. Von der Groeben hisste am 2. Januar 1683 unter dem Klang von Pauken und Schalmeien die kurbrandenburgische Fahne. Dazu schossen die kurbrandenburgischen Soldaten „mit fünf scharf geladenen Stücken das Neujahr“. Aus mit-

„Nun steigen Sonn’
und Sternenpracht
am Himmel auf und
nieder.

Jan Cunny hält die
Flaggenwacht.
Wann kehrt der
Preuße wieder?“

Fedor von Köppen
1830–1904

gebrachten Backsteinen errichteten die Brandenburger die Festung, die zum Zentrum des gerade einmal rund 16 Kilometer langen und kaum einen Kilometer tiefen Schutzgebiets wurde.

Doch auch die vorangegangenen Gespräche blieben nicht ungenutzt. In Accoda entstand ab 1685 unter Hauptmann Carl von Schnitter die zweite Befestigung auf der Halbinsel, die später nach der zweiten Frau des Kurfürsten Dorotheenschanze genannt wurde. Die Festung besteht als vom Dschungel überwachsene Ruine noch heute. Zwischen diesen beiden Festungen wurde am Kap der drei Spitzen beim Dorfe Taccrama eine weitere kleine Schanze, zuletzt Sophie-Luise-Schanze genannt, errichtet. Ihr genauer Standort ist bis heute unbekannt. Die drei Anlagen bildeten das Wehr- und Handelsgerüst für das Schutzgebiet Groß Friedrichsburg. Eine zusätzliche Handels-Lodge in Taccrary, dem heutigen Takoradi, wurde bereits 1688 von den Holländern eingenommen.

Sparsamkeit des Soldatenkönigs

Man darf sich über die Ausmaße des Protektionsgebiets keine falschen Vorstellungen machen. Zwischen den beiden äußeren Festungen Groß Friedrichsburg und der dreieckigen Dorotheenschanze liegen kaum 16 Kilometer Luftlinie. In die Tiefe des Landes ging der Machtanspruch der Brandenburger nur so weit, wie der Schuss einer Kanonenkugel reicht, denn Busch und Dschungel waren voller Gefahren. Nicht wenige Brandenburger erlagen dem Gelbfieber, der Malaria, Schlangenbissen oder den Angriffen Einheimischer im Busch. Sie zogen daher nie ins Landesinnere, sondern ließen sich Nahrungsmittel und eben auch Sklaven von Einheimischen zuführen.

Der ständige Mangel an Mitteln und der Verlust von Schiffen ließ die Handelskompanie in Emden alsbald bankrottgehen. Der sparsame Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. verkaufte schließlich 1717 sämtliche afrikanische Besitzungen für 7200 Dukaten und „12 Negerknaben [...] von denen sechs mit goldenen Ketten geschmückt sein sollten“ an die Niederländisch-Westindische Kompanie. Tatsächlich hatte der Soldatenkönig der „Garde der langen Kerls“ zu deren Aufwertung afrikanische Spielleute zur Seite gestellt. Damit endete nach nur 30 Jahren die erste deutsche Unternehmung in Afrika, Preußen hatte im Reigen der auf den Weltmeeren im Sklavenhandel konkurrierenden Europäer nicht bestanden.

Doch erst 1724, vor 300 Jahren, konnten die Niederländer von Axim aus Groß Friedrichsburg einnehmen. Der noch heute in Ghana verehrte Großhäuptling Nana Kone (Jan Cunny) hatte die Festung nämlich noch über Jahre gehalten, bis er ins Landesinnere verschwand. Der Legende nach soll Cunny die Fahne mit dem roten Adler Brandenburgs dabei mitgenommen haben, was im 19. Jahrhundert den preußischen Oberstleutnant, Militärschriftsteller und Dichter Fedor von Köppen zu dem Huldigungsgedicht auf Cunny bewegen haben mag, in dem es heißt: „Nun steigen Sonn’ und Sternenpracht / am Himmel auf und nieder. / Jan Cunny hält die Flaggenwacht. / Wann kehrt der Preuße wieder?“

● **Bernhard Knapstein** war 2016/17 auf Expedition in Ghana und hat auf der Festung Groß Friedrichsburg gewohnt. Gemeinsam mit dem unlängst verstorbenen Historiker und Autor Ralf Küttelwesch, der ebenfalls für die PAZ zur Kolonialgeschichte geschrieben hat, hat er nach der verschollenen Sophie-Luise-Schanze geforscht.

VON VEIT-MARIO THIEDE

Ich bin geboren am 13. Februar 1849 in Tilsit in Ostpreußen.“ So beginnt Friedrich Wilhelm Voigt seine 1908 erschienene Autobiografie „Wie ich Hauptmann von Köpenick wurde“. Mit ihr versucht sich Voigt in ein gutes Licht zu setzen. An seinen Straftaten waren immer die anderen schuld. Zunächst sein spielsüchtiger und gewalttätiger Vater, dann falsche Freunde und schließlich Polizeibeamte, die ihn nach verbüßter Zuchthausstrafe auswiesen, wo immer er sich niederließ. In seiner Not veranstaltete er schließlich am 16. Oktober 1906 die „Köpenickiade“ im Rathaus der damaligen Stadt Cöpenick.

Inzwischen ist ihm Köpenick, das seit 1931 auch amtlich am Anfang mit „K“ geschrieben wird, für die „Köpenickiade“ dankbar. In der dem Hauptmann gewidmeten Dauerausstellung „Der Hauptmann von Köpenick – Vom Sträfling zur Legende“ ist zu lesen: „Für Köpenick ist Voigts Raubzug bis heute ein Glücksfall und lockt immer noch zahlreiche Besucher in den seit 1920 zu Berlin gehörenden Ort.“ Zunächst war sie am Schauplatz des Verbrechens zu sehen: dem 1905 eingeweihten Rathaus. Das am Stil der märkischen Backsteingotik orientierte Bauwerk weist einen prächtig gestalteten Haupteingang auf. Der in Bronze gegossene Hauptmann von Köpenick verlässt gerade die unterste Treppenstufe. Viele Besucher Köpenicks lassen sich mit der 1996 von Spartak Babajan geschaffenen Figur fotografieren.

Das Motiv ist umstritten

Da das Rathaus wegen Sanierungsmaßnahmen bis Ende 2024 geschlossen bleibt, ist die Dauerausstellung 2022 in die nicht weit entfernte Joseph-Schmidt-Musikschule, Freiheit 15, 12555 Berlin, umgezogen, wo sie bis auf die Schulferien und unterrichtsfreien Tage werktags von 9 bis 21 Uhr zu sehen ist. Die Schau besteht aus einem Dutzend Tafeln, die informative Texte sowie Reproduktionen von Fotografien, Graphiken und wichtigen Dokumenten aufweisen. Über den Hauptmann von Köpenick kursieren viele Halbwahrheiten und unbewiesene Behauptungen. Die Tafelschau präsentiert nur das, was sich belegen lässt.

Was der gelernte Schuhmacher Wilhelm Voigt vor seiner Köpenickiade trieb, hat er in seiner Autobiographie geschildert. Die ist in der Musikschule zusammengefasst auf einen tabellarischen Lebenslauf, der vor allem Diebstähle und Urkundenfälschungen sowie die dafür erhaltenen Gefängnis- und Zuchthausstrafen aufzählt. Bemerkenswert ist, dass er offenbar von 1879 bis 1888 ein rechtsschaffenes Leben als Arbeiter in wechselnden Schuhfabriken führte. In seiner Selbstdarstellung gibt er als Arbeitsstationen Erfurt, Eisenach, Budapest, Odessa, Lodz, Riga und Potsdam an. Dann aber brach er mit einem Komplizen in der Kreisstadt Wongrowitz, Regierungsbezirk Bromberg, Provinz Posen in das Kassenzimmer des Gerichts ein.

Nach 15 Jahren Zuchthaus vermittelte ihm der Anstaltsgeistliche im Februar 1906 einen Arbeitsplatz als Schumacher in Wismar. Nach wenigen Wochen erteilte ihn unerwartet die Ausweisung aus der Stadt. Er schreibt: „Hier beginnt eigentlich schon der Tag von Köpenick!“ Auch in Berlin und den umliegenden Orten wollte ihn die Polizei nicht dulden. Daher beantragte er einen Pass, um im Ausland zu arbeiten. Doch den verweigerten ihm die Behörden.

Daraufhin beschloss Voigt, Passformulare zu stehlen und selbst auszufüllen. So stellte er es zumindest selbst dar. Sein Biograph Winfried Löschburg hingegen vermutet, dass es Voigt in Wirklichkeit um zwei Millionen Mark – der Goldwert einer Goldmark liegt heute bei mehr als zwanzig Euro – gegangen sei, von denen er gehört hatte, dass sie im Köpenicker Rathaus im Panzerschrank lägen. Wie

„Für Köpenick ist Voigts Raubzug bis heute ein Glücksfall und lockt immer noch zahlreiche Besucher in den seit 1920 zu Berlin gehörenden Ort.“: Seit 1996 wird der Hauptmann von Köpenick am Haupteingang des Tatortes durch eine lebensgroße Bronzestatue geehrt, die nach einem Entwurf des Armeniers Spartak Babajan in der Kunstgießerei Seiler entstand

Foto: Membeth



HAUPTMANN VON KÖPENICK

Per Uniform zur Respektsperson

Vor 175 Jahren kam der Hochstapler Friedrich Wilhelm Voigt im ostpreussischen Tilsit zur Welt

dem auch sei, jedenfalls stellte er sich bei Trödlern eine Hauptmannsuniform zusammen und rekrutierte in Berlin zehn echte Wachsoldaten und den Gefreiten Klapdohr. Der falsche Hauptmann war spendabel. So bezahlte er nicht nur die Bahnfahrkarten nach Köpenick, sondern gab den Soldaten auch Bier und Bockwurst aus.

In Cöpenick angekommen, ließ der Hauptmann das Rathaus besetzen. Den Bürgermeister nahm er gefangen. Passformulare gab es im Rathaus nicht, aber dafür eine Stadtkasse. Die plünderte er nun formvollendet, indem er dem Kämmerer befahl, das Geld zu zählen und ihm auszuhändigen. Das tat der Kämmerer erst, nachdem der Hauptmann die ihm vorgelegte Quittung unterschrieben hatte. Er unterschrieb mit dem Nachnamen seines letzten Zuchthausdirektors, „von Malzahn“, dass er 4000 Mark und 70 Pfennige erhalten habe. Tatsächlich aber nahm er nur Bargeld in Höhe von 3557 Mark und 45 Pfennig. Der in der Quittung angegebene höhere Betrag erklärt sich nach der Darstellung des Tatgeschehens im Gerichtsurteil dadurch, dass der Rendant verse-

hentlich die von Voigt nicht mitgenommenen Zinnscheine der Köpenicker Stadtanleihe über 443 Mark und 25 Pfennige eingerechnet hatte.

Ein „genialer Kerl“ laut Wilhelm II.

Aus dem mit einer Fahndungszeichnung ausgestatteten Steckbrief geht hervor, dass auf den unbekanntem Täter 3000 Mark Kopfgeld ausgesetzt waren. Zehn Tage nach der Tat nahm die Polizei den von einem ehemaligen Komplizen verpöfften Voigt in Berlin fest. Er gestand unverzüglich – und brachte es so gleich zu großer Popularität. Das Satireblatt „Simplicissimus“ widmete ihm im November 1906 die „Spezial-Nummer Köpenick“. Das Titelbild gestaltete Thomas Theodor Heine: „Der König von Norwegen überreicht dem Hauptmann von Köpenick den Friedenspreis der Nobelstiftung, weil es ihm in unübertrefflicher Weise gelungen ist, den Militarismus lächerlich zu machen.“ Das Berliner Landgericht verurteilte Voigt zu vier Jahren Gefängnis.

Die „Abschrift der Verfügung über Voigts Begnadigung“ informiert uns, dass

ihm der in seiner Sommerresidenz Kassel-Wilhelmshöhe weilende Kaiser Wilhelm II. am 15. August 1908 die Reststrafe erließ. Überhaupt scheint der preussische Monarch auf den Hochstapler mit Wohlwollen und auch Humor reagiert zu haben. Dass er ihn als „genialen Kerl“ lobte, gilt als historisch gesichert. Als nicht verbürgt gelten die dem Imperator Rex zugeschriebenen Worte: „Da kann man sehen, was Disziplin heißt. Kein Volk der Erde macht uns das nach!“

Nach seiner Haftentlassung trat Voigt in seiner Paraderolle des Hauptmanns von Köpenick auf. Auf den Polizeifotos sieht er krank, ausgemergelt und heruntergekommen aus. Auf den Autogrammkarten, die er nach der Freilassung anfertigen ließ, präsentiert er sich in gehobener bürgerlicher Kleidung, gepflegt und wohlgenährt. Mit den Autogrammkarten, seiner Autobiographie sowie Auftritten im Panoptikum und Zirkus, zu denen ihn zeitweise der vormalige Gefreite Klapdohr begleitete, verdiente er in den nächsten Jahren sein Geld. Ab 1910 wohnte Wilhelm Voigt in Luxemburg, wo er am 3. Januar 1922 starb.

DEUTSCH-NEUGUINEA

Als Berlin von Madrid Inseln kaufte

Als sich abzeichnete, dass Spanien den Krieg gegen die Vereinigten Staaten und damit auch sein überseeisches Kolonialreich verlieren würde, beschloss das Deutsche Reich, diese Gebiete nicht widerstandslos den USA zu überlassen, sondern zu versuchen, möglichst im Einvernehmen mit beiden Kriegsparteien etwas davon abzubekommen. Berlin streckte deshalb nach beiden Seiten die Fühler aus – und das durchaus erfolgreich.

Am 9. Juli 1898 informierte Unterstaatssekretär Oswald von Richthofen den US-Botschafter in Berlin, Andrew Dickson White, über Deutschlands Interesse an Samoa, den Karolinen und Stützpunkten auf den Philippinen. Die USA zeigten sich konzessionsbereit. Daraufhin signalisierte der deutsche Botschafter in Spanien, Joseph Maria von Radowitz, dem spanischen Außenminister Interesse an den Karolineninseln Kusaie, Ponape und Yap. Auch Spanien zeigte sich entgegenkommend. Am 10. September 1898 stellte Spanien Deutschland in einem bilateralen Geheimabkommen Verkaufsbereitschaft nach dem Abschluss eines Friedensabkommens mit den USA in Aussicht.

Nach der Unterzeichnung des Pariser Friedens am 10. Dezember 1898 signalisierte das Reich den USA guten Willen, indem es auf seine Ansprüche auf Wake verzichtete. Am 17. Januar 1899 nahm die Besatzung eines US-Kanonensbootes das Atoll für ihr Land in Besitz, das zwischen San Francisco und der Metropole der im Pariser Frieden zugesprochenen Philippinen, Manila, eine Kabelstation auf eigenem Territorium errichten wollte.

Auch Belgien versuchte mitzumiessen. Dessen König Leopold II. machte Spanien den Vorschlag, dass es einer belgischen Handelsgesellschaft seine Südseeinseln nur verpachtet, statt sie dem Reich gleich zu verkaufen. Nach entsprechendem deutschen Druck zog der König des Kleinstaates jedoch seinen Vorschlag zurück.

Schließlich zeigte auch noch Japan Interesse, aber bevor es zu einer Konkretisierung kommen konnte, schlugen die Deutschen zu – und nahmen dafür auch einen relativ hohen Preis in Kauf. In einem Abkommen vom 12. Februar 1899 übernahm das Reich von Spanien die Karolinen, die nördlichen Marianen und Palau. Dafür zahlte es dem bisherigen Besitzer 25 Millionen Peseten. Das waren umgerechnet knapp 17 Millionen Mark. Der Goldwert einer Goldmark liegt heute bei mehr als zwanzig Euro.

Am 19. und 21. Juni 1899 stimmten erst die spanische Volksvertretung und dann der Reichstag zu. Freisinnige Volkspartei und SPD verweigerten im deutschen Parlament ihre Zustimmung. Während bei den Sozialdemokraten grundsätzliche Überlegungen eine Rolle spielten, waren aus Sicht der Linksliberalen die Inseln zu teuer und zu unwirtschaftlich. Die Linke konnte mit ihren Reichstagsstimmen den Kauf jedoch nicht verhindern. Verwaltungstechnisch wurde der Neuerwerb Deutsch-Neuguinea zugelassen.

Für das absteigende Spanien besiegelte der Verkauf die Aufgabe Spanisch-Ostindiens. Für das aufstrebende Deutschland war der Erwerb Teil des Aufbaus eines Kolonialreiches, das niemals die angestrebte Größe erreichte. *Manuel Ruoff*

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Deutschland und die meisten übrigen EU-Länder sowie Norwegen haben sich für eine Wasserstoffwirtschaft als wichtigen Baustein auf ihrem nationalen Pfad der Transformation zu einer sogenannten klimaneutralen Energieversorgung entschieden. Jedoch hat sich kein Land außer Deutschland für den problembehafteten, teuersten und für eine Anwendung in größerem Umfang noch unerprobten Energieträger Wasserstoff als Kernelement seines zukünftigen Energiesystems entschieden. Mit Unmengen an Wasserstoff-Importen aus Ländern überwiegend im globalen Süden will Deutschland seine Energiewende fortsetzen. Projekte zur Herstellung in Lateinamerika, dem arabischen Raum und Afrika laufen auf Hochtouren.

Zugleich wird der Aufbau einer inländischen Wasserstoff-Wirtschaft vorangetrieben. Zwar hält eine neue Analyse der EU-Kommission die Elektrolyse von Wasserstoff in Deutschland auch langfristig für unwirtschaftlich. Dennoch sehen Experten des Fraunhofer-Instituts, des Reiner Lemoine Instituts und des Dienstleisters Infracon Infrastruktur Service künftige „Kraftzentren“ für die Produktion von „regenerativ“ erzeugtem Wasserstoff in der Uckermark und der Lausitz. Woher soll aber das für die Elektrolyse benötigte hochreine Wasser kommen? Immer mehr Regionen in Deutschland leiden seit etwa 17 Jahren, wohl nicht zufällig parallel zum fortgesetzten Ausbau der Windenergie, zunehmend unter Wasserknappheit.

Doch dafür haben die Experten eine Lösungsidee: Abwasser, das bei der Aufbereitung von Hüttengasen bei der Stahlproduktion zurückbleibt. In der Uckermark könne es ausreichend Wasser für die Wasserstoff-Industrie geben, wenn die PCK-Raffinerie in Schwedt kein Benzin und keinen Diesel mehr herstelle. Dann werde Wasser frei für die Produktion von Wasserstoff. Jedoch: „In den Plänen des Landes Brandenburg tauchen Schätzungen zum höheren Wasserbedarf nicht auf. Scheut sich die Politik, diese Rechnung aufzumachen?“, fragten Autoren des „Freitag“ im März 2023.

Menschen brutal vertrieben

Die Sorgen im Kanzleramt und im Wirtschaftsministerium wegen möglicher Notlagen bei der Energieversorgung müssen groß sein. So erklärt sich, dass Bedenken hinsichtlich sicherheitspolitischer Risiken und Menschenrechtsverletzungen in den kooperationswilligen Ländern nicht öffentlich angesprochen werden. Deutschland sagte bisher für den Aufbau einer „grünen“ Wasserstoffwirtschaft und geeigneter Hafenanlagen für den Wasserstoff-Export Milliardeninvestitionen für Mexiko, Uruguay, Kanada, Namibia und Südafrika zu. Weitere Wasserstoff-Partnerschaften wurden innerhalb von kaum zwei Jahren mit Australien, Chile, Angola, Ägypten, Marokko, Mauretanien, Niger und Saudi-Arabien eingeleitet. Bundeskanzler Olaf Scholz will auch Nigeria in die bunte Palette von bereits mehr als einem Dutzend Wunschlieferanten des „grünen“ Wasserstoffs aufnehmen.

Zu Deutschlands Kooperationspartnern zählt das autokratische Regime von Saudi-Arabien. Das Land will weltgrößter Hersteller von „grünem“ Wasserstoff werden. Die Pläne stehen im Zusammenhang mit dem umstrittenen Bau der Megacity „Neom“ im Nordwesten der saudi-arabischen Wüste, gelegen inmitten einer „Wirtschaftszone“ gleichen Namens am Golf von Akaba und am Roten Meer.

Dort soll der Wind- und Solarstrom für die auch „The Line“ genannte Planstadt auf schätzungsweise 30.000 Quadratkilometern erzeugt werden. Der Entwurf zeigt ein schnurgerades, 170 Kilometer langes Bauwerk aus Wolkenkratzern mit verspiegelten Fenstern. 500 Meter hoch und 200 Meter breit, soll die futuristische Wüstenstadt bis zur Fertigstellung



Soll Nutznießer einer gewaltigen Wasserstoffproduktion werden: Die geplante Retortenstadt „Neom“ in der saudischen Wüste

Foto: imago/abacapress

„KLIMASCHUTZ“

Die dunklen Schatten des „grünen“ Wasserstoffs

In vielen Teilen der Welt sucht die Bundesregierung nach Partnern für ihre Energiewende. Doch an immer mehr Orten wächst der Widerstand gegen ökologisch und wirtschaftlich zweifelhafte Mammutprojekte

2045 Wohnraum für neun Millionen Menschen bieten.

Unter dem Titel „Auf saudischem Blut aufgebaut“ berichtete die „Tagesschau“ im vergangenen November über die Vertreibung und zwangsweise Umsiedlung von mindestens 28.000 Beduinen aus drei Dörfern, um Platz für die Stadt der Zukunft zu schaffen. Bereits vor mehr als einem Jahr hatte die „taz“ über die Vertreibung, Verfolgung und Schikanierung von 150 Einwohnern seit 2020 berichtet, die teilweise gewaltsam aus ihren Häusern geholt und 200 Kilometer weit ins Inland deportiert wurden.

Mindestens fünf Männer, die sich geweigert hatten, ihre Häuser zu verlassen, sollen angegriffen und getötet oder zum Tode verurteilt und hingerichtet worden sein. In 50 Fällen sollen lange Haftstrafen verhängt worden sein. Menschenrechtsgruppen hatten von den Beratungsunternehmen für „Neom“ gefordert, die Zusammenarbeit auszusetzen.

Der Hafentort Maqna am Golf von Akaba ist Ausgangspunkt von „The Line“. Nachdem die Einwohner deportiert waren, begann hier der Bau des derzeit weltgrößten Zentrums für „grünen“ Wasserstoff namens „Helios“. Deutschland hat das Projekt mit einer Hermes-Bürgschaft in unbekannter Höhe abgesichert und fördert die Begleitforschung.

„Ökologisch verheerend“

Gebaut wird die Mega-Anlage von der deutschen ThyssenKrupp-Tochter Nucera gemeinsam mit Air Products aus den USA, einem Hersteller von Industriegasen. Nucera hat seither seinen Umsatz vervielfacht und erzielte beim Börsengang im Juli dieses Jahres 500 Millionen Euro. Im September stieg das Unternehmen in den S-DAX auf. Der Wind- und Solar-Strom für die Anlagen zur Meerwasserentsalzung und für die Produktion von Wasserstoff und Ammoniak kommt aus der „Wirtschaftszone“. Die Bundesregie-

rung will ihre Beteiligung an dem Projekt trotz der schweren Menschenrechtsverletzungen nicht aufgeben. „Die Wasserstoff-Kooperation, die dort stattfindet, ist ökologisch wie menschenrechtlich verheerend“, sagt dagegen Franziska Müller, Juniorprofessorin für Klimapolitik an der Universität Hamburg. „Der grüne Wasserstoff wird, um es plakativ auszudrücken, mit Blut bespritzt.“ Die Bundesregierung solle sich daraus zurückziehen.

Scharfe Kritik in Namibia

Der Wasserstoff-Experte Tobias Heindl ist laut dem TV-Magazin „Fakt“ aus dem Projekt „Helios“ ausgestiegen. Er ist jetzt Mitarbeiter bei dem deutsch-namibischen Wasserstoffprojekt „Hyphen Hydrogen Energy“, einem Joint Venture des brandenburgischen Energieunternehmens Enertrag und der britischen Nicholas Holdings (die PAZ berichtete). Die Wasserstoff-Fabrik einschließlich gigantischer Windparks und Photovoltaikanlagen soll am Hafen der Kleinstadt Lüderitz und südlich davon im Tsau/Khaeb-Nationalpark der Namib-Wüste auf rund 2000 Quadratkilometern realisiert werden. Wasserstoff, der im Inland für die Stromerzeugung nicht gebraucht wird, soll laut Plan nach Deutschland und Europa exportiert werden.

Doch in Namibia gibt es eine aufmerksame Zivilgesellschaft. Deren Vertreter äußerten jüngst über das Medienportal „africanarguments.org“ scharfe Kritik an der geplanten Natur- und Umweltzerstörung für die Erzeugung des als „grün“ deklarierten Wasserstoffs im Schutzgebiet Tsau/Khaeb. „Wir werden in einem gemeinschaftlichen Aufruf an den Präsidenten die Veröffentlichung aller Einzelheiten der im März unterzeichneten Vereinbarung der Regierung (mit Hyphen) einfordern. Geheimniskrämerie öffnet Türen und Tore für Korruption“, erklärte der Bürgerrechtler Graham Hopwood, Direktor des Institute of Public Policy Research

(IPPR) während einer Diskussion in Windhoek über das Vorhaben Anfang November vergangenen Jahres.

Der Biologe Jean-Paul Roux äußerte bei dem Gespräch in der namibischen Hauptstadt große Sorge: „Die Halbinsel Lüderitz grenzt im Süden an Angra Point, ein einzigartiges Ökosystem im südlichen Afrika. Der Tsau/Khaeb-Nationalpark ist einer der großen Biodiversitäts-Hotspots im südlichen Afrika. In der trockenen Sommersaison sieht die Landschaft öde und leblos aus. Der Winterregen bringt jedoch eine Explosion seltener Pflanzen hervor, manche davon bis zu 90 Jahre alt und endemisch. Man findet hier 1000 verschiedene Pflanzenarten auf einem einzigen Quadratkilometer.“

Viele der Anwesenden bei der Windhoeker Diskussionsrunde beschäftigte die Frage: „Wer profitiert eigentlich von der unvermeidbaren Zerstörung eines einzigartigen Ökosystems und der Lebensart einer Kleinstadt wie Lüderitz?“ Aus Lateinamerika kommt aus akademischen Kreisen ebenfalls vernichtende Kritik an den Projekten für angeblich „nachhaltig“ erzeugten Wasserstoff, die westliche Länder mit großen Geldversprechen in den globalen Süden auslagern wollen.

„Vermeintlich nachhaltig“

In seiner Untersuchung „Sieben kritische Punkte des grünen Wasserstoffs“ schreibt der Soziologe Daniel Pena von der „Kordinierungsgruppe für das Wasser“ in Uruguay: „Sie bezeichnen sich selbst als ‚grün‘ und betonen damit den ‚nachhaltigen‘ oder ‚ökologischen‘ Charakter der neuen Energiewelle. Eine sinnvolle, tiefgreifende und wissenschaftliche Umweltanalyse dieser vermeintlich nachhaltigen Alternativen muss aber den gesamten ‚Produktlebenszyklus‘ berücksichtigen. Auch seine Risiken und Nachteile – und nicht nur die Möglichkeit, ein Endprodukt ohne CO₂-Gehalt herzustellen.“ Pena bringt die ausgeblendeten Aspekte auf

den Punkt: „Elektrolysetechniken sind das Herzstück der ‚grünen‘ Wasserstoff-Industrie. Diese Geräte ermöglichen die Aufspaltung des Wassermoleküls durch elektrischen Strom in Wasserstoff- und Sauerstoff-Moleküle. Allerdings verwenden Elektrolyseanlagen mit ihren Elektroden diverse Mineralien wie Stahl und Nickel, deren Gewinnung ebenfalls mit sehr hohen Umweltschäden und sozialen Problemen verbunden ist. Die Metalle kommen vor allem in Russland, Indien, den Philippinen und Australien vor. Sogenannte PEM-Elektrolyseanlagen nutzen für die Aufspaltung des Wassers Platin und Iridium an den Elektroden, neben den Polymerelektrolytmembranen (PEM). Russland ist mit einem Anteil von 13 Prozent am Gesamtangebot der zweitgrößte Platinlieferant für Europa und die Welt, nach dem weltweit größten Lieferanten Südafrika.“

Sorge ums seltene Balsaholz

Aus diesen Fakten zieht der uruguayische Soziologe den Schluss: „Jeder mag sich selbst vorstellen, wie eine Gegend aussieht, die komplett flächendeckend mit Windrädern und Solarpaneelen in eine Industriebranche umgewandelt wird und welche Auswirkungen die Installationen auf die Natur und die klimatischen Verhältnisse dieser Regionen hätten. Es ist auch mehr als fraglich, ob andere Länder ihre Landschaften derartig verschandeln werden, um für die deutsche Energiewende ‚grünen‘ Wasserstoff zu produzieren. Von den Kosten gar nicht zu reden. Ein Innenteil der Rotorblätter der Windkraftwerke wird aus dem besonders leichten Balsaholz gefertigt, dessen Weltvorkommen zu 75 Prozent im Nationalpark Yasuni in Ecuador beheimatet sind. Wo bleiben die Rechte der Zivilgesellschaft und deren Entscheidungsbefugnis über die Platzierung dieser ‚grünen‘ Industrieanlagen in ihren unmittelbaren Lebensbereichen?“

FRIEDHOF NEUENDORF

Keine Ehrfurcht vor den Toten

Ein katholischer Pfarrer, der die Verwüstung der Ruhestätte veranlasste, wurde mit Geldstrafe belegt

VON UWE HAHNKAMP

Das Amtsgericht in Lyck hat am 19. Januar den Pfarrer der katholischen Kirche des Heiligen Josef des Handwerkers in Neuendorf der Zerstörung des alten evangelischen Friedhofs des Dorfs für schuldig befunden und ihn dafür zu einer Geldstrafe von umgerechnet 2000 Euro sowie einer Ausgleichszahlung von etwa 3100 Euro zugunsten der Nationalen Stiftung für Denkmalschutz verurteilt. Dieselbe Strafe erhielt der Mann, der die Arbeiten auf dem Friedhof geleitet hatte.

Mit diesem Urteil, gegen das noch Berufung beim Bezirksgericht in Suwalken möglich ist, setzte das Amtsgericht einen vorläufigen Schlusspunkt unter eines der unrühmlichsten Kapitel des Umgangs mit der lokalen und regionalen Geschichte Ostpreußens.

Die Tat, um die es geht, geschah im Frühling 2021. Freunde der lokalen Geschichte aus Lyck informierten im April darüber, dass auf dem alten evangelischen Friedhof in Neuendorf Bäume gefällt und eine Nivellierung des Terrains durchgeführt würden, die alte masurische Gräber zerstörten. Der Pfarrer sprach von einer „gezielten Hetzjagd“ und versicherte, die Gemeinde als Eigentümer habe das Recht, Platz für neue Grabstellen zu schaffen.

Empörung weit über regionale Grenzen hinaus

Nach der Enthüllung des Sachverhalts stoppte der zuständige Denkmalschützer die Arbeiten, und die Gemeinde Lyck eröffnete von Amts wegen ein Verfahren wegen illegalen Fällens von Bäumen. Im September 2021 erlegte die Gemeinde der katholischen Pfarrgemeinde in Neuendorf für das Fällen ohne Genehmigung von 269 Bäumen auf dem Friedhof eine Strafe von umgerechnet über 420.000 Euro auf. Gleichzeitig wurde ein getrenntes strafrechtliches Verfahren gegen den Pfarrer und den Bauleiter eingeleitet, das jetzt mit dem Urteil zu Ende ging.



Rodungsarbeiten sorgten für totale Verwüstung auf dem evangelischen Friedhof von Neuendorf: Die Sejm-Abgeordnete Urszula Pasławska dokumentierte die Zerstörung der Gräber
Foto: Screenshot Radio Allenstein/FB Urszula Pasławska

Obwohl dem Pfarrer „als Verwalter des Vermögens der Gemeinde bewusst war, dass die Fläche des alten Friedhofs unberührt bleiben sollte, hat er diesen Ort der Ruhe und die menschlichen Überreste geschändet“, wie es die Anklage formulierte. Mehrere Dutzend Bäume mit Stammdurchmessern von 50 Zentimetern wurden gefällt sowie mit schwerem Gerät ihre Wurzelstöcke entfernt. Daraus resultierten Zerstörungen und Schäden an Gräbern und Grabsteinen des in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts angelegten evangelischen Friedhofs mit besonderen Quartieren für Opfer des Ersten Weltkriegs. Dokumentiert wurden die Verwüstungen unter anderem von der einzigen protestantischen Abgeordneten zum polnischen Sejm, Urszula Pasławska, die dort die Kommission für Umweltschutz, natürliche Ressourcen und Forstwesen leitet.

Besondere Empörung löste der Pfarrer dadurch aus, dass er ungerührt er-

klärte, er als Verwalter des einzigen Friedhofs des Dorfes habe Platz für neue Grabstellen schaffen müssen, das sei im Einvernehmen mit dem Gemeinderat, der Gemeinde und der Kurie in Lyck geschehen, und der Friedhof sei sowieso alt, überwachsen und seine Gräber seit Jahren von niemandem mehr gepflegt worden. Daher sei das doch nicht schlimm gewesen.

Unwissenheit oder Absicht?

Die fehlende Pflege hat ihren Grund in der Vertreibung der Masuren, deren Vorfahren in den Gräbern geruht haben, die 2021 zerstört wurden. Der Masuren, die bis 1945 diese Gegend bewohnt haben und nach dem Zweiten Weltkrieg wie andere ethnische Minderheiten von den kommunistischen Machthabern schikaniert wurden. Die Tat des Pfarrers sehen Freunde der Geschichte als Beweis, dass die komplizierte Geschichte Masurens nicht verstanden wird.

Die evangelischen Geistlichen, die sich als Vertreter der masurischen evangelischen Gemeinschaft verstehen, welche seit Jahrhunderten in der Region lebt, brachten ihre Entrüstung über die Zerstörung des Friedhofs hingegen mit sehr deutlichen Worten zum Ausdruck, die der Tat bewusste Absicht unterstellen:

„Wir sind beunruhigt, dass solche Praktiken immer häufiger werden. Sie zielen darauf ab, die masurische und evangelische Geschichte dieser Erde vollständig zu zerstören und zu zermalmen. Besonderen Abscheu weckt die Tatsache, dass auf diese Weise menschliche Überreste behandelt werden, die unabhängig von Bekenntnis oder Nationalität besondere Achtung verdienen.“ Das Urteil ist gefällt, dem Friedhof und den Informationen zu Personen und zur Geschichte, die dort einmal zu finden waren, hilft es aber nichts mehr. Sie sind zu einem großen Teil verloren.

MELDUNGEN

Einfluss auf Warschau

Allenstein – Die neue polnische Regierung unter Donald Tusk von der Bürgerkoalition (KO) nimmt ihre Arbeit auf. Drei Abgeordnete aus der Woiwodschaft Ermland-Masuren haben eine besondere Verantwortung. Sie stehen zukünftig an der Spitze dreier parlamentarischer Kommissionen. Die Nummer 1 auf der Liste der KO, Janusz Cichoń, leitet die Kommission für öffentliche Finanzen, der frühere Marschall der Woiwodschaft Ermland-Masuren, Jacek Protas (ebenfalls KO), steht der Kommission für territoriale Selbstverwaltung und Regionalpolitik vor, und die einzige Protestantin im polnischen Sejm, Urszula Pasławska von der Polnischen Bauernpartei PSL führt wie bisher die Kommission für Umweltschutz, natürliche Ressourcen und Forstwesen. Diese ist zuständig für Umweltschutz, Klima, Abfallwirtschaft und Erneuerbare Energiequellen. U.H.

Entstehung Preußens

Allenstein – Eine deutliche Mehrheit der Mitglieder des Stadtrates von Allenstein hat sich für die Errichtung eines Denkmals für die sogenannte „Preußische Huldigung“ vom 10. April 1525 ausgesprochen. Es geht um die offizielle Beilehnung Albrechts von Hohenzollern durch den polnischen König Sigismund den Alten mit dem zwei Tage vorher säkularisierten Gebiet des Deutschordensstaats – er wurde Herzog in Preußen. Aus Anlass der 500-Jahr-Feier im Jahr 2025 hat ein Komitee zum Bau des Denkmals den Antrag dafür gestellt. Das geplante Monument soll vier Meter hoch werden, jeweils zur Hälfte Figuren und Sockel, 3,2 Meter lang und zwei Meter breit. Dargestellt werden sollen der König und der vor ihm kniende Herzog Albrecht mit der Lehensfahne. Als Ort hat das Komitee den Burggraben beim früheren Mühlentor an der Alle im Blick. U.H.

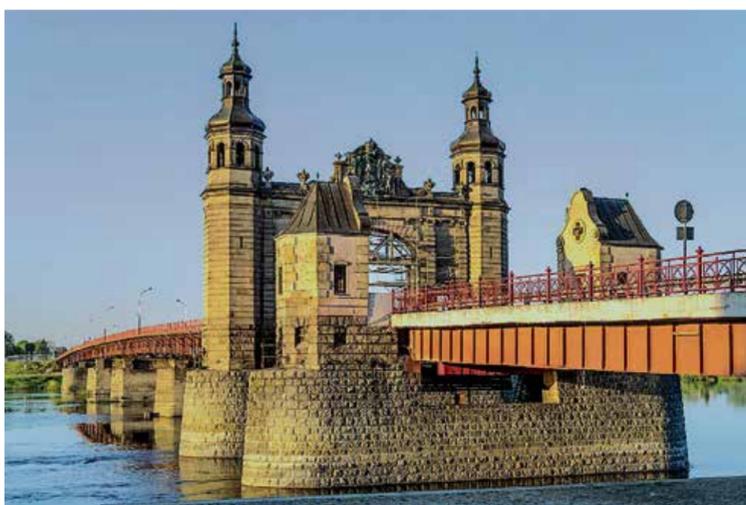
TILSIT

Die Königin-Luise-Brücke wird restauriert

Die Projektdokumentation der Königsberger Firma „ExpertProjectRestoration“ wurde behördlich geprüft und genehmigt

Die Projektdokumentation für die Restaurierung der Königin-Luise-Brücke in Tilsit, die den Status eines Objekts des kulturellen Erbes von regionaler Bedeutung hat, ist abgeschlossen. Ende November wurde bereits die notwendige historische und kulturelle Begutachtung durchgeführt. Die Dokumentation für die Restaurierung der Brücke wurde von der Königsberger Firma „ExpertProjectRestoration“ erstellt.

Der Gesamtzustand der Brücke wurde als unbefriedigend bewertet, als für ihren Betrieb nicht mehr angemessen. Die Brücke besteht aus neun Feldern, einschließlich der Zugvorrichtung. Die Projektplaner haben vorgeschlagen, die verlorenen Fensteröffnungen in den Räumen der Bewegungsmechanismen wiederherzustellen und den Dachbodenöffnungen ihre ursprüngliche Form zurückzugeben. Außer-



Derzeit gesperrt: Die Königin-Luise-Brücke in Tilsit

Foto: J.T.

dem ist geplant, das Geländer des ersten Brückenpfeilers in seiner historischen Form wiederherzustellen.

Ursprüngliches Aussehen angestrebt

Die Experten schlugen ebenfalls vor, die Deckschicht der Stütze für die verstellbaren Mechanismen wiederherzustellen, die Uferstütze zu reparieren und die Granitverkleidung zu erneuern. Die Expertenkommission kam zu dem Schluss, dass die Sanierungslösungen keine Veränderungen an den Fassaden der Brücke nach sich ziehen sollten und sie es ermöglichen, das Bauwerk in einen ordnungsgemäßen technischen Zustand zu versetzen. Es ist geplant, die Arbeiten aus dem Föderationshaushalt zu finanzieren.

Die Projektplaner sagten, dass man die Wiederherstellung der Brücke nicht zu

lange hinauszögern dürfe, da aufgrund ihres schlechten Zustands der Verkehr bereits Anfang 2020 eingeschränkt werden musste. 2022 wurde sie dann komplett für den Verkehr gesperrt. Die Vollsperrung sollte also eine reibungslose Durchführung der Sanierungsarbeiten ermöglichen.

Die Königin-Luise-Brücke wurde zwischen 1904 und 1907 im Neobarockstil erbaut. Während des Zweiten Weltkriegs wurden die Brückenpfeiler und das Nordportal zerstört. Das Bauwerk wurde 1947 relativ schnell wieder aufgebaut. Eine umfangreiche Restaurierung des Brückenportals war bereits in den Jahren 2002 bis 2003 durchgeführt worden. Das Flachrelief der Königin Luise, Bronzvasen und andere architektonische Elemente des Hauptbogens wurden damals restauriert.

Jurij Tschernyschew

Wir gratulieren...

**ZUM 102. GEBURTSTAG**

Jendrysik, Elsa, geb. **Unruh**, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 14. Februar

ZUM 101. GEBURTSTAG

Teiwes, Martha, geb. **Schliffski**, aus Ortelsburg, am 12. Februar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Duwe, Gertrud, geb. **Smolenski**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 9. Februar
Rautenberg, Alfred, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 14. Februar
Stralla, Johann, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 12. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Dreier, Bruno, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 13. Februar
Hellwich, Roland, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 14. Februar
Redmer, Elfriede, geb. **Hartmann**, aus Wehlau, am 11. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Baranski, Ingeburg, geb. **Winkler**, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 11, am 13. Februar
Fehrlé, Hildegard, geb. **Schrubba**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 11. Februar
Katzinski, Friedrich, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 11. Februar

Lüneberg, Dr. Hartmut, aus Lyck, Yorkstraße 24, am 11. Februar
Melzer, Ruth, geb. **Thierenbach**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 11. Februar
Olschewski, Walter, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, am 11. Februar
Trzaska, Ewald, aus Neidenburg, am 9. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Beister, Ilse, geb. **Berger**, aus Genslack, Kreis Wehlau, am 11. Februar
Höhn, Gerda, geb. **Oelsner**, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 14. Februar
Knapp, Klara, geb. **Bendzko**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 15. Februar
Loch, Magdalena, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 9. Februar
Sawischlewski, Gertrud, geb. **Bergholz**, aus Skrupien, Kreis Neidenburg, am 14. Februar
Schmidt, Erika, geb. **Liedtke**, aus Pregelwalde, Kreis Wehlau, am 14. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Burdinski, Heinrich, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 15. Februar

Dannowitz, Inge, aus Sentken, Kreis Lyck, am 13. Februar
Jedamcik, Christel, geb. **Cittrich**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 12. Februar
Lojewski, Gisela, aus Millau, Kreis Lyck, am 15. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Böttcher-Pannwitz, Hildegard, geb. **Przygodda**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 11. Februar
Bubienko, Hildegard, geb. **Czypull**, aus Montzen, Kreis Lyck, am 11. Februar
Fabricius, Irmgard, geb. **Kurowski**, aus St. Lorenz, Kreis Fischhausen, am 13. Februar
Frei-Jortzik, Erna, geb. **Jortzik**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 9. Februar
Loosen, Horst Wilhelm, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 10. Februar
Okuniek, Heinz, aus Stahnken, Kreis Lyck, am 15. Februar
Prietzl, Renate, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 10. Februar
Schönfeld, Elfriede, geb. **Druba**, aus Bergenaun, Kreis Treuburg, am 13. Februar
Schwarz, Heinz, aus Holländerei, Kreis Wehlau, am 11. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Augustsson, Gertrud, geb. **Dolenga**, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 10. Februar
Busgen, Irmgard, geb. **Hahn**, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 14. Februar
Hetkamp, Edith, geb. **Wilks**, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 12. Februar



Geburtstag des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen Aus Anlass seines 60. Geburtstages am 24. Januar hat der Sprecher der LO, Stephan Grigat, an Kaisers Geburtstag (27. Januar), Familie, Freunde und Weggefährten aus Politik, landsmannschaftlicher Arbeit und öffentlichem Leben zu einem Empfang in die Ressource nach Detmold eingeladen. Für die Landsmannschaft überbrachte der stellv. Sprecher, Hans-Jörg Froese, die guten Wünsche. Er dankte dem Jubilar für seinen vorbildlichen Einsatz als Kreisvertreter von Goldap (seit 1992), Mitglied im Bundesvorstand (seit 1995) und Bundessprecher der LO (seit 2010). Sichtliche Freude löste auch das Geschenk des Bundesvorstands, eine Büste des Alten Fritz, aus.

Foto: Pia Böld

Glückwünsche an:

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Meiritz, Irene, geb. **Gutt**, aus Auer, Kreis Mohrunen, am 15. Februar
Schramma, Ruth, geb. **Bendiks**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 9. Februar
Teller, Günter, aus Wehlau, am 12. Februar
Zepik, Paul, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 14. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Albat, Ilse, geb. **Demgen**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 14. Februar
Harz, Gerda, geb. **Urmoneit**, aus Kleinmark, Kreis Tilsit, am 9. Februar
Kremp, Dr. Werner, aus Ebenrode, am 12. Februar
Purwin, Heinz, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 13. Februar
Rees, Christel, geb. **Lenkeit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 10. Februar
Schulz, Werner, aus Pregelwalde, Kreis Wehlau, am 10. Februar
Skarzynska, Hildegard, geb. **Plaga**, aus Markau, Kreis Treuburg, am 11. Februar
Stahlberg, Elfriede, geb. **Rattay**, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 13. Februar
Warias, Horst, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 15. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bläsing, Christel, geb. **Patz**, aus Friedrichsthal, Kreis Ortelsburg, am 9. Februar
Cittrich, Bruno, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 13. Februar
Hofmaier, Ursula, geb. **Petruck**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 12. Februar
Koepke, Heidi, geb. **Rautenberg**, aus Klein Medenau, Kreis Fischhausen, am 10. Februar
Loeper, Helmut, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 13. Februar
Lorius, Anneliese, geb. **Lallo**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 11. Februar
Paura, Christel, geb. **Sonnenfeld**, aus Froben, Kreis Neidenburg, am 14. Februar
Plebuch, Horst, aus Wittenberg, Kreis Preußisch Eylau, am 15. Februar
Prawda, Alfred, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 15. Februar
Rimkus, Paul, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 14. Februar

Taudien, Ingrid, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 11. Februar
Willms, Hannelore, geb. **Porwoll**, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 12. Februar
Zipperling, Brigitte, geb. **Ohneszeit**, aus Wehlau, am 10. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Cessarek, Günter, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 9. Februar
Donder, Brunhild, aus Lyck, am 9. Februar
Gantz, Walter, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 10. Februar
Görmann, Ruth, geb. **Spiewalt**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 11. Februar
Graap, Lore, geb. **Kriesch**, aus Klein Medenau, Kreis Fischhausen, am 12. Februar
Keller, Hella, geb. **Quaschnig**, aus Klein Warnau, Kreis Lötzen, am 11. Februar
Messer, Erna, geb. **Keller**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 13. Februar
Metschukat, Edith, geb. **Ballnus**, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 11. Februar
Opitz, Brigitte, geb. **Gaedtke**, aus Rosenwalde, Kreis Elchniederung, am 14. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Brinker, Ortrud, geb. **Klask**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 14. Februar
Claus, Hannelore, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 14. Februar
Elbe, Traute, geb. **Mallasch**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 14. Februar
Engelke, Reintraut, aus Aschenberg, Kreis Elchniederung, am 12. Februar
Fischer, Inge, geb. **Falk**, aus Sakrau, Kreis Neidenburg, am 14. Februar
Kipper, Inge, geb. **Mlodson**, aus Friedberg, Kreis Treuburg, am 12. Februar
Langhammer, Sieglinde, geb. **Rieleit**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 11. Februar
Laser, Gerlind Berta, geb. **Nelius**, aus Neidenburg, am 15. Februar
Lefebore, Ingeborg, geb. **Giese**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 10. Februar
Möde, Heinz, aus Barnen, Kreis Treuburg, am 14. Februar

Pogorzelski, Günter, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 14. Februar
Riemenschneider, Erika, geb. **Kröhnert**, aus Lindendorf, Kreis Elchniederung, am 15. Februar
Sacher, Elli, geb. **Moos**, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 11. Februar
Schwartzkopff, Hermann, Kreis Elchniederung, am 11. Februar
Senff, Gisela, geb. **Eichstädt**, aus Oschekau, Kreis Neidenburg, am 10. Februar
Symanek, Artur, aus Damerau, Kreis Ortelsburg, am 15. Februar
Wengoborski, Klaus Jürgen, aus Lyck, am 10. Februar
Wittke, Ulrich, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 14. Februar
Zacharias, Gertrud, geb. **Kaleyta**, aus Lyck, am 15. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Ackenhusen, Urte, geb. **Borowski**, aus Eibenu, Kreis Treuburg, am 12. Februar
Kolossa, Erika, geb. **Kurowski**, aus Treuburg, am 12. Februar
Petrat-Schrock, Erika, geb. **Petrat**, aus Schluwen, Kreis Ebenrode, am 14. Februar
Voelz, Marianne, geb. **Wachowski**, aus Allensein, Kreis Lötzen, am 15. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Kuhlmann, Siegfried, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 10. Februar

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Sonnabend, 1. Juni 2024
 10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

Ostpreußentreffen

der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm, ostpreußischen Ausstellern u.v.m.

CongressPark Wolfsburg
Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg
(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Treffen Kreisgruppe Altmühlfranken

Weißenburg-Gunzenhausen - Am 26. Januar konnte der Vorsitzende Dr. Jürgen Danowski eine stattliche Anzahl von Mitgliedern und Gästen zu einer Rückschau auf das vergangene Jahr 2023 begrüßen. Herr Ralf Loos berichtete mit eindrucksvollen Bildern über die Höhepunkte des landsmannschaftlichen Lebens der Kreisgruppe, an-

gefangen von einer Kulturfahrt nach Eger und Karlsbad mit 50 Teilnehmern, über den Preußischen Musiktag mit 100 Gästen, über einen Besuch des Puppenmuseums der Schlesierin Käthe Kruse in Donauwörth bis hin zur traditionellen Adventsfeier der Kreisgruppe im prächtigen Landgut der Eheleute Loos in Sausenhofen. Hinzu kamen monatliche Veranstaltungen mit heimatlichen Essen und Vorträgen, so z.B. der Dozentin Dr. Gabriele Kucher über "E.T.A. Hoffmann - Märchenerzähler aus Königsberg" sowie die Teilnahme an den Ostpreußischen Landeskulturtagungen im benachbarten Kulturzentrum Ellingen.

Das Programm der Kreisgruppe Altmühlfranken der Lands-

mannschaft wird am Freitag, den 23. Februar um 19 Uhr fortgesetzt mit der Vorführung des Filmes "Rominten - Eine ostpreußische Jagdlegende" im Gasthof "Adlerbräu" in Gunzenhausen, Marktplatz. Die Erinnerung an das jagdliche Leben in der ostpreußischen Heimat beginnt mit einem Wildessen und wird eingerahmt von Jagdhornbläsern. Jagdliche Stimmung ist damit garantiert. Alle Heimatfreunde und Interessierten an Rominten, der ostpreußischen Jagdlegende, sind herzlich eingeladen. (Telefonische Anmeldung bei Lm. Bethke unter 09831-80961 wird aus organisatorischen Gründen erbeten.)

Dr. Jürgen Danowski,
Vorsitzender Kreisgruppe
Altmühlfranken

derheiten aufweist. Wir freuen uns, Ihnen diese zeigen zu können.

Vor dem Klopsessen werden wir den traditionellen „Pillkaller“ genießen. Die Zutaten (Leberwurst etc.) werden dem Lokal von uns zur Verfügung gestellt.

Für die Veranstaltung gelten folgende Preise: Eintritt und Essen (Königsberger Klops): 21,- €; Pillkaller: 3,20 €.

Gäste, die auf Fleisch verzichten möchten, können ein veganes Gericht aus der Speisekarte bestellen. - Der Preis für das Essen wird von uns nicht mehr im Voraus kassiert, er wird im Lokal direkt mit der Bedienung abgerechnet.

Sie können Ihre Anmeldung telefonisch bei Frau Dagmar Schramm (T. 04298-698765) oder elektronisch per eMail bei heinrichlohmann@gmx.de vornehmen.

Wir benötigen Ihre Anmeldung, da wir die erforderlichen Portionen des Klopsessens im Voraus kostenpflichtig bestellen müssen.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Kuno Kutz als Vorsitzender bestätigt

Wetzlar - Die Kreisgruppe Wetzlar der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen hat bei ihrem Januar-Treffen den Vorstand neu gewählt. Bestätigt wurde Kuno Kutz, der den Vorsitz seit 2005 inne hat, für weitere zwei Jahre. Seine Stellvertreterin ist Gabriele Eichenauer, die auch als Schriftführerin fungiert. Schatzmeisterin ist Carola Weber, Kulturreferentin Marion Best. Im erweiterter Vorstand sind Wolfgang Warnat als Stellvertretender Schriftführer und Lothar Rühl als Medienbeauftragter tätig. Als Bei-



Vorstandswahl Der neu gewählte Vorstand der Kreisgruppe Wetzlar der Ost- und Westpreußen mit Kuno Kutz, Gabriele Eichenauer, Reiner Buslaps, Christa Kutz, Wolfgang Warnat, Carola Weber, Marion Best, Brigitte und Romuald Strähler. Foto: Landsmannschaft

sitzer sind Christa Kutz, Gerd-Helmut Schäfer und Michael Hundertmark aktiv. Zu Kassenprüfern wurden Brigitte und Romuald Strähler bestimmt.

Bei seinem Vortrag erinnerte Kutz an die Anfänge der Kreisgruppe unter dem Titel „Von der Suchliste Adler zur Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen“. Dabei erinnerte der Vorsitzende daran, dass sich rund 2000 Ost- und Westpreußen in und um Wetzlar niedergelassen haben. Polizeimeister Erich Arndt startete im Juli 1945 einen Aufruf in einem Schaufenster eines Textilgeschäftes am Eisenmarkt, die den Autor in Polizeigewahrsam führte. „Kaum hatten sich einige Personen in der Liste eingetragen, erregte das den Argwohn der amerikanischen Besatzungsmacht“, erzählte Kutz. Die Liste wurde konfisziert und der Einfachheit halber auch gleich ihr Initiator. Arndt wollte mit der „Suchliste Adler“ getrennte Familien nach ihrer Flucht aus dem Osten wieder zusammenführen. Doch die Behörden vermuteten, dass es sich um eine Sammlungsbewegung der ehemaligen „SS“ handeln könnte. Als der Irrtum aufgeklärt war, konnte Arndt nach einigen Wochen wieder aus dem Gewahrsam entlassen werden.

Die Suchliste ist aber nicht mehr aufgetaucht. Dennoch waren über diese Liste Namen und Aufenthalt einiger Landsleute bekannt geworden. Weitere Namen sprachen sich bald herum. „Die Menschen sprachen miteinander, teilten die wenigen zugewanderten Lebensmittel und halfen sich gegenseitig bei Wohnungsbeschaffung und Behördenangelegenheiten“, schilderte Kutz diese Nachkriegserfahrungen.

Im Sommer 1948 wurde die Vereinigung „Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen im Kreis Wetzlar“ ins Leben gerufen. Monatliche Treffen sollten nicht das Schicksal der Vertreibung beklagen sondern Mut und Handreichung für das Durchstehen des Alltags geben. Dazu zählten Vorträge zu Themen wie „Baumöglichkeiten für Heimatvertriebene“, „Behandlung von Ostsparguthaben“, oder „So stelle ich Anträge auf Entschädigung“. Der Zulauf war im September 1950 so groß, dass der Vorstand beschloss, auf die Ankündigungen in der Tageszeitung zu verzichten, um eine Überfüllung des Vereinslokals „Westfälischer Hof“ zu vermeiden. 1951 wurde eine Vereinssatzung ver-

Fortsetzung auf Seite 16

Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

16. und 17. März: **Arbeitstagung der Kreisvertreter** in Helmstedt (geschlossener Teilnehmerkreis, kurz: gT)
13. und 14. April: **Arbeitstagung der Deutschen Vereine** in Sensburg (gT)
19. bis 21. April: **Kulturseminar** in Helmstedt
1. Juni: **Ostpreußentreffen** in Wolfsburg
20. bis 22. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
7. bis 13. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt
1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzen-**

den in Wuppertal (gT)
2. November: **Mitgliederversammlung der LO-Bruderkilfe e.V.** in Wuppertal (gT)
2. und 3. November: **Ostpreußische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen-Bundesgeschäftsstelle, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 8/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 8/2024 (Erstverkaufstag 23. Februar) **bis spätestens Dienstag, den 13. Februar**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
- Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-04-C

ANZEIGE



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.



Prämie 2: Renaissanceglobus

Prämie 2: Renaissanceglobus
Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfönd, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Fortsetzung von Seite 15

abschiedet, so Kutz, in der das Vereinsmotto „Einer für alle und alle für einen“ festgelegt wurde. 1956 wurde der Vereinsname erweitert zu „Landsmannschaft Ost-/Westpreußen und Weichsel/Warthe“. Die Arbeit der Kreisgruppe wurde auch bereichert durch das Mutterhaus der Barmherzigkeit, das ab 1953 im Kloster Altenberg eingerichtet wurde durch Diakonissen aus Königsberg. 1953 wurde auch eine eigenständige Gruppe in Aßlar ins Leben gerufen. Damals gab es Veranstaltungen mit bis zu 700 Teilnehmern. Von 1988 bis zu seinem Tod 2005 war Hans-Jürgen Preuß Vorsitzender, dessen Nachfolger Kutz wurde.

Noch heute werden die monatlichen Treffen in der Gaststätte „Zum Matchball“ beim Tennisplatz im Bodenfeld fortgeführt.

Am Dienstag, 20. Februar, um 11 Uhr, spricht der in Königsberg geborene CDU-Politiker Dr. Christian Wagner über den Freundeskreis der Königsberger Diakonissen.

Am 19. März zeigt Kuno Kutz den zweiten Teil des Filmes „Pommern – wie es einmal war. Am 16. April wird Wolfgang Warnat zum Thema „Ost- und Westpreußen im 20. Jahrhundert – Grenzverschiebungen nach dem 1. und 2. Weltkrieg“ sprechen.

Über die „Schwarzmeerdeutsche Mathilde Stein“ informiert Gerd-Helmut Schäfer (Friedrichsdorf) am 14. Mai, die von Odessa über das Wartheland und Sibirien nach Hamburg kam. Kuno Kutz zeigt am 11. Juni den Film „Sudetenland wurde es genannt“. Am 6. Juli treffen sich die Besucher zu einem Grillfest.

Am 17. September wird Gerd-Helmut Schäfer referieren über „Masuren – Der Süden von Ostpreußen“. Wolfgang Post (Herborn) berichtet am 15. Oktober über eine Wanderung von der Oderquelle bis nach Cosel in Oberschlesien. Von einer Reise nach Ostpreußen auf der Suche nach dem Leben der Vorfahren hält Wolfgang Warnat einen Vortrag am 12. November. Schließlich gibt es am 1. Dezember eine gemeinsame Adventfeier vom Bund der Vertriebenen und den Landsmannschaften in den Ratsstuben in Aßlar.

Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Jahresauftakt in Anklam

Anklam – Am Freitag, dem 2. Februar 2024, trafen sich 46 ehrenamtlich tätige Landsleute aus Anklam, Greifswald, Wolgast, Neubrandenburg, Güstrow, Wismar und Rostock zum traditionellen Neujahrsauftakt. Mit einem gemeinsamen Mittagessen, Kaffee und Kuchen dankte der Vorstand diesen unermüdeten Helfern, ohne deren Einsatzbereitschaft die großen Heimattreffen in Anklam nicht zu denken wären. Ob beim Versand der Einladungen, dem Ein- und Ausräumen des Saales, dem Einlass, der Essenausgabe, den Verkaufsständen mit Heimatliteratur und Bärenfang – alles geht seit der Eröffnung des Volkshauses im Jahr 2000

Hand in Hand wie in einer Familie, und das nun schon jahrzehntelang.

Beim Rückblick auf das Verbandsjahr 2023 standen die letzten Aktionen im Vordergrund, so die nach dem Corona-Alarm wieder sehr gut besuchten Heimattreffen in Anklam wie auch die Weihnachtspäckchenaktion im Dezember für den russischen Kant-Chor in Gumbinnen. Die Neujahrs-Andacht war mit einem letzten gemeinsamen Weihnachtsliedersingen zu Gitarre und Harmonika verbunden, denn erst mit dem Tag „Maria Lichtmess“ am 2. Februar endet nach alter Tradition die Weihnachtszeit. Außerdem wurde noch ein großer Stapel Weihnachtspost – darunter litauische, polnische und russische – und von den Besuchern selbst heitere und ernste Gedichte und Geschichten vorgetragen.

Auch im Neuen Jahr 2024 wagt sich der Verband wieder an größere Veranstaltungen. Am 9. März 2024 sind als nächstes das Große Pommerntreffen und am 11. Mai 2024 das Frühlingstreffen der Ostpreußen im Volkshaus Anklam geplant. Zu beiden Veranstaltungen hat das Landespolizeiorchester MV bereits Festkonzerte zugesagt. Größte Herausforderungen sind die galoppierende Inflation und das gespannte Verhältnis des Westens zu Russland.

Es gab viel abzusprechen, und so ging diese fröhliche Auftaktveranstaltung des Neuen Jahres viel zu schnell zu Ende.

Friedhelm Schülke
Schriftführer

Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführer:** Elke Ruhneke, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Die Landsmannschaft Ostpreußen Kreisgruppe Bonn e. V. lädt ein für Dienstag, den 13. Februar 2024, 18 Uhr

Monatsveranstaltung: Marienburg: Eine preußische Stadt und ihre Architektur im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Referent: Artur Dobry, Schlossmuseum Marienburg/Museum Zamkowe w Malborku

Ort: „Haus am Rhein“, Elsa-Brändström-Straße 74, 53227 Bonn

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Preußentag

Kiel - Die Landesgruppe der LO Schleswig-Holstein hatte, wie hier berichtet, zum traditionellen Preußentag am 21. Januar eingeladen. Ein Termin, der an die Geburtsstunde des Deutschen Reiches erinnern soll durch die Königskrönung von Friedrich I. in Preußen am 19. Januar 1701 und die Kaiserkrö-

nung Wilhelm I. am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal zu Versailles.

Unser neu gewählte Vorsitzende Dieter Wenskat konnte 37 Teilnehmer begrüßen insbesondere Herrn Hubertus Hilgendorf mit Gemahlin, der Mitglied unserer Landesgruppe ist und uns heute einen Vortrag über das „Ostpreußische Jagd- und Landesmuseum“ halten soll. Zunächst berichtete Wenskat aber von der Bundesversammlung der LO in Wuppertal. Besonders hob er hervor, dass unsere Landesgruppe zahlenmäßig noch mit an seiner vordersten Stelle steht. Das Saarland hat inzwischen keine Landesgruppe mehr.

Dann berichtete er von seinem Einsatz bei der Überführung einer renovierten Orgel aus der stillgelegten Kirche in Sasel in eine ebenfalls mit Hilfe der Kreisgemeinschaft Elchniederung renovierten Kirche in Hinrichswalde in der russischen Enklave. Für diese mit den Behörden der russischen Enklave abgestimmten Aktion hatte Wenskat einschließlich aller Vorbereitungen ein Visum bis 2026 ausgestellt bekommen. Einzig und alleine die polnische Grenzabfertigung haben ihm bei der Überführung erhebliche Schwierigkeiten bereitet, indem sie durch die Kontrolle der Papiere und des Objektes die Überführung sehr verzögert haben und er sich wiederholt vor Ort einschalten musste.

Im nun folgenden Vortrag ging es um die Geschichte und Entwicklung des „Ostpreußischen Jagd- und Landesmuseums“ in Lüneburg.

Herr Hilgendorff ist gebürtiger Landwirtssohn aus Wehlag bei Rastenburg in Ostpreußen und von Beruf Diplom-Agraringenieur und Steuerberater. Er hatte sich schon früh der landsmannschaftlichen Arbeit gewidmet. Durch sein Engagement für seine Heimat Ostpreußen wurde er zum Brückenbauer zwischen den Kreisen Wesel und Rastenburg, wurde in den geschäftsführenden Vorstand der LO berufen und wurde u.a. Vorsitzender des Vereins „Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum e.V.“ in Lüneburg an dessen Aufbau und Ausbau er entscheidend mitgewirkt hat und noch heute mit dabei ist.

Zur Einführung in seinen Vortrag hatte er einen Lageplan verteilen lassen, an dessen dargestellten Einzelheiten er uns die Entwicklung des Museums erläuterte. Neben und in der Nachfolge von Otto Freiherr von Fircks war er von 1983 an und dann ab 1987 als Vorsitzender des Vereins „Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum e.V.“ tätig.

Die Gründung der Ostpreußischen Kulturstiftung, die heute Träger des Ostpreußischen Landesmuseums und des Kulturzentrums Ostpreußen im Deutschordenschloss Ellingen ist, begleitete er von 1991 bis 1994 als stellvertretender Vorsitzender des Vereins „Verein Ostpreußische Kulturstiftung e.V.“, der mit der Durchführung der Maßnahmen zur Gründung der neuen Stiftung betraut war. Heute ist Hilgendorff Vorsitzender des Stiftungsrates der Ostpreußischen Kulturstiftung mit Sitz in Ellingen.

Bereits bei der Gründung des Ostpreußischen Landesmuseums im Jahre 1987 zeichnete sich ab, dass die zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten auf Dauer nicht ausreichend sein würden. Aus diesem Grunde setzte sich Hubertus Hilgendorff massiv für die Erweiterung des Ostpreußischen Landes-

ANZEIGE

Ostpreußisch gut



Poloshirt mit aufgestickter Elchschaufel aus 100% Baumwolle, in den Größen L und XL, für 30,- Euro, zuzüglich 3,- Euro Porto und Verpackung.

Bestellung:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@ostpreussen.de

Je 30,- Euro zzgl. Porto und Verpackung

museums ein. 2005 konnte der „Verein Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum e.V.“ unter seiner Federführung das Erbbaugrundstück, auf dem das Ostpreußische Landesmuseum steht, ankaufen. Anfang 2006 wurde das Museumsgebäude unter anderem durch den Ankauf des Brauerei-Museums, des Trinkgefäß-Museums und der historischen Kronendiele entscheidend vergrößert. Durch den Zugang zur Heiligengeiststraße konnte die Attraktivität des Landesmuseums weiter gesteigert werden. Eine zusätzliche Erweiterung durch den Ankauf des ehemaligen Landeszentralbankgebäudes wird von Hilgendorff und dem Stiftungsrat der Ostpreußischen Kulturstiftung mit Nachdruck verfolgt. Damit wäre ein zusammenhängender Gebäudekomplex ein einmaliger nachhaltiger Raum für die Geschichte und Kultur Ostpreußens und der Baltischen Staaten im Rahmen der „Deutschbaltischen Kulturstiftung“ geschaffen worden, in dem auch unsere großen ostpreußischen Dichter, Denker, Philosophen und Staatsmänner ihren Platz haben bzw. haben werden. Denn zum 300. Geburtstag am 24. April 1724 von Immanuel Kant, wird dem Begründer der Aufklärung eine eigene Abteilung gewidmet. Auch für die Baltischen Staaten besteht bereits eine Abteilung.

Durch seinen klaren Sachverstand die Wichtigkeit Ostpreußens als Eckpfeiler der deutschen Geschichte darzustellen sowie auch durch seine persönlichen Beziehungen zur Landesregierung und zu entscheidenden Bundesbehörden, ist es Hilgendorff gelungen, auch die erforderlichen Fördermittel zu akquirieren. Sein hervorragender Vortrag wurde mit viel Applaus und Dankesworten durch den Vorsitzenden bedacht.

Zur Mittagspause gab es Rinderbraten und anschließend passend dazu ein Schwamm, nett erzählt von Ina Naujok von der OG Fehmarn über die „Kalorienchens“. Und zur Verdauung sangen wir gemeinsam „Kein schöner Land in dieser Zeit“ die Strophen 1-3 – die dritte Strophe sogar dreistimmig.

Zum 300. Geburtstag von Immanuel Kant hatte sich unser Ehrenvorsitzende mit einem Vortrag vorbereitet. Edmund Ferner hat sich wegen großer Schmerzen entschuldigen müssen und Herrn Jochen Garwehns gebeten seinen im Konzept vorliegenden Vortrag zu halten. In der PAZ ist über diesem Geburtstag wiederholt berichtet

worden, sodass dieser Vortrag hier inhaltlich keine neuen Aspekte bringen würde.

Nachdem von Herrn Eckloff über die Mitgliederentwicklung der Landesgruppe in den letzten zwanzig Jahren berichtet wurde, stand die Frage im Raum, wer wird nach unserer Erlebnisgeneration unser Ostpreußen als Deutscher noch „vertreten“ oder über Ostpreußen reden. Hierzu gab Herr Bertram Graw dann eine Antwort, indem er über die Jugendorganisationen berichtete.

Sein Vortrag behandelte zunächst die Entwicklung der ursprünglich alle landsmannschaftlichen Jugendgruppen umfassenden „Deutsche Jugend des Ostens (DJO)“, die sich schon in den 70er-Jahren von den politischen Zielen der Vertriebenen lösten. Laut Wikipedia hat sie sich als „DJO – Deutsche Jugend in Europa“ seit 2000 zu einem Dachverband für Migrantenjugendverbände mit nur noch wenigen landsmannschaftlichen Jugendverbänden entwickelt.

Die seit den 50er-Jahren als Jugendorganisation der Landsmannschaft Ostpreußen tätige Gemeinschaft Junges Ostpreußen wurde ebenfalls mehr und mehr unpolitisch und schied aus der Landsmannschaft aus. Heute ist der Bund Junges Ostpreußen (BJO) mit einer Mitgliederzahl von unter 150 Akti-

ven die Jugendorganisation. Angeboten werden Fahrten nach Ostpreußen (u.a. Teilnahme an der „Jugendolympiade“ und am Adventstreffen der Jugend in der dortigen deutschen Volksgruppe).

Angesichts dieser demographischen Entwicklung in allen Landsmannschaften und ihren Gliederungen stellte er mögliche Formen einer weiteren Arbeit vor und verwies insbesondere auf die Möglichkeit von Stiftungen.

Angesichts drastischen Mitgliederschwunds in den landsmannschaftlichen Jugendverbänden ist es wichtig, dass junge Leute von Großeltern und Eltern um Mithilfe bei Suchen und Erkundungen im Internet gebeten werden. So könnte man sie vielleicht für landsmannschaftliche Themen interessieren. Es sollte eine Zusammenstellung von Internetseiten erarbeitet und verteilt werden (z.B. Bildarchiv der Landsmannschaft, Ahnen- und Familienforschung, Aktion „Geschichtliches Erbe“). Ostpreußen lebt und hat Zukunft – auch außerhalb einer Landsmannschaft oder sogar im leider nicht unrealistischen Fall ohne eine solche.

Nach der anschließenden Kaffeepause, einem Schlusswort des Vorsitzenden und dem Ostpreußenlied ging der Preußentag zu Ende.

Hans – Albert Eckloff

Forum Baltikum – Dittchenbühne

Dittchenbühne bietet Reparatur-Service

Defekte Geräte wie Wasserkocher, Toaster, Heizstrahler oder Lampen, Kleinmöbel aus Haushalt, Home-Office und Freizeitbereich sowie Kleidung können während der normalen Öffnungszeiten im Büro des Elmshorner Mehrgenerationenhauses „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ zur Reparatur abgegeben werden.

„Es gibt ja kaum noch Möglichkeiten, so etwas reparieren zu lassen“, erläutert Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt. „Meist heißt es nur: Kaufen Sie doch einfach etwas Neues!“ Ganz im Sinne der Nachhaltigkeit bietet das „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ dagegen an, Reparaturbedürftiges

wieder funktionsfähig zu machen. Dafür engagieren sich ehrenamtliche Mitarbeiter des Mehrgenerationenhauses mit viel Erfahrung, handwerklichem Geschick und zum Teil sogar mit Meisterbrief im Rahmen des Reparatur-Service. Neufeldt: „Diese Dienstleistung ist ehrenamtlich und damit kostenfrei. Nur wenn wir selbst – nach Rücksprache mit dem Auftraggeber – Ersatzteile kaufen müssen, berechnen wir diese Kosten.“

Nähere Informationen beim „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn. Ruf: 04121/89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.



Heimatkreisgemeinschaften



Angerburg
Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, GSt.: Meike Dreyer, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

66. Heimatpolitische Tagung Rotenburg (Wümme) - Wochenende, 17 und 18. Februar, ab 14 Uhr, Ratsgymnasium, Gerberstraße 14: Die Kreisgemeinschaft Angerburg und der Landkreis Rotenburg (Wümme) laden alle Ostpreußen, die Freunde unserer Heimat sowie geschichtlich und kulturell Interessierte zur 66. Heimatpolitischen Tagung ein.

Am Sonnabend, 17. Februar, beginnt die Veranstaltung um 15 Uhr, ab 14 Uhr werden Kaffee und Kuchen angeboten. Nach Eröffnung und Grußworten folgen die Vorträge von Dr. Thomas Klingebiel: „Hannover – vom Königreich zur preußischen Provinz“ sowie von Heinrich Prinz von Hannover und Herzog zu Braunschweig und Lüneburg: „Das Haus Hannover zwischen preußischer Annexion und dem Ausgleich mit den Hohenzollern“. Beim gemeinsamen Elchbraten-Essen klingt der Abend in gemütlicher Runde aus. Wie in den Vorjahren werden die Bömsholzer Jagdhornbläser den Sonnabend musikalisch begleiten.

Mit seinem Vortrag zum Thema „Walter und Edith von Sanden-Guja – Naturschriftsteller und Tierplastikerin – Leben und Werk“

wird Dr. Christoph Hinkelmann am Sonntag, 18. Februar, den zweiten Tag um 10 Uhr beginnen. Der gemeinsame Gesang des Ostpreußenliedes „Land der dunklen Wälder“ bildet den Schlusspunkt der Tagung gegen Mittag.

Verbindliche Anmeldungen, auch für das Abendessen zum Preis von 30,- Euro sowie eventueller Übernachtungswünsche, werden schnellstmöglich erbeten an: Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben.

Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme, interessante Vorträge und viele, gute Gespräche.

Björn Bröcher

Bitte richten Sie Ihre Anfragen an das Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (0 57 23) 79 81 10, E-Mail: kontakt@hotel-esplanade.de. Außerdem können Sie sich zwecks Vermittlung anderer Unterkünfte an die Tourist-Information Bad Nenndorf, Hauptstraße 4, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (05723) 748560, E-Mail: tourist-info@bad-nenndorf.de, Internet: www.bad-nenndorf.de, wenden.

Wir würden uns sehr freuen, Sie in Bad Nenndorf begrüßen zu können. Das Programm des Treffens wird derzeit erarbeitet und rechtzeitig an dieser Stelle, in unserem Heimatbrief und auf unserer Internetseite unter www.kreisgerdauen.de veröffentlicht.

Walter Mogk, Kreisvertreter



Gerdauen
Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, GSt.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

Hauptkreistreffen

Bad Nenndorf - Wochenende, 5. bis 6. Oktober, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8: Hauptkreistreffen.

Die Räumlichkeiten im Hotel Esplanade sind bereits gebucht. Übernachtungsmöglichkeiten stehen ausreichend zur Verfügung. Unter dem Buchungstichwort „Hauptkreistreffen Gerdauen“ können Doppel- (130 Euro) und Einzelzimmer (85 Euro) mit Frühstück ab sofort reserviert werden.



Preußisch Eylau
Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatomuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Reise 9. bis 17. Juni
Die Kreisgemeinschaft Pr. Eylau plant in diesem Jahr gemeinsam

ANZEIGE
Die Zeit ist gekommen, mich zu verabschieden, in aller Stille, auf Zehenspitzen.
Christa Spickermann
* 7. 9. 1929 † 11. 1. 2024
in Milken/Ostpreußen in Wilhelmshaven
Wir haben unsere Cousine verloren und sind traurig.
Karsten Meding mit Familie
Klaus-Werner Meding mit Familie
Auf Wunsch von Christa soll die Beisetzung in aller Stille erfolgen.
Karsten Meding, Hochallee 81 in 20149 Hamburg

mit der Patenstadt Verden und dem Landkreis Verden eine Reise in den südlichen Teil des Kreises und zu anderen interessanten Zielen im südlichen Ostpreußen vom 9. bis 17. Juni. Anmeldungen erbiten wir spätestens bis zum 1. März, damit wir einen Überblick bekommen, ob die notwendige Mindestteilnehmerzahl von 25 Personen erreicht wird, damit die Reise durchgeführt werden kann.

Die Route zum ersten Ziel Danzig führt per Bus vorbei an Hannover und Potsdam mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute und weiter über Frankfurt an der Oder und Posen. Eine Weiterfahrt nach Elbing wird mit der Überquerung der Weichsel und einer Fahrt auf dem Oberländischen Kanal verbunden. Weitere Ziele auf dem Reiseplan: Cadinen, Frauenburg, Kahlberg auf der Frischen Nehrung, die Marienburg, Allenstein und Heilsberg, die Verdener Paten-

stadt Landsberg [Gorowo Ilawekie] im Kreis Pr. Eylau. Der Bürgermeister hat uns zu einem offiziellen Empfang im Rathaus eingeladen.

Gut Gallingen, Kloster Heilige Linde, Lötzen, per Schiff weiter nach Angerburg und weiter nach Steinort und Hohenstein sind die Stationen, bevor es am achten Tag wieder über Posen in Richtung Verden geht. Die Rückkunft in Verden ist am neunten Tag, 17. Juni, gegen 19.30 Uhr geplant.

Genaue Informationen zur Reise wie den Reisepreis pro Person für alle Kosten inklusive Halbpension finden Sie auf der Internetseite der Kreisgemeinschaft www.https://preussisch-eylau.de/ unter der Rubrik „Termine und Aktivitäten“ oder können bei der Kreisvorsitzenden Evelyn v. Borries unter Telefon (02103) 64759 erfragt werden.

Evelyn v. Borries

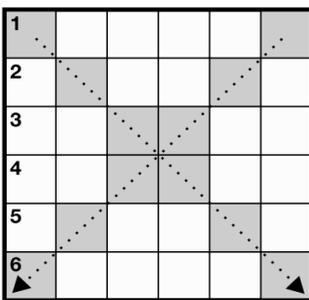
Rätsel

Grid of crossword puzzles with clues in German. Includes sections for 'So ist's richtig' and 'Sudoku'.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

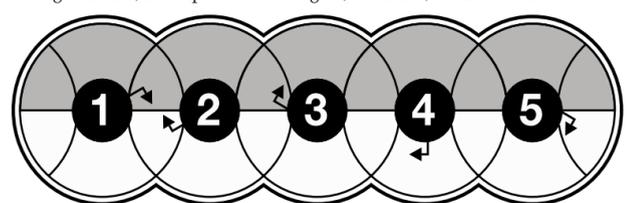
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Fischarten.

- 1 Glücksspiel (Kurzwort)
2 dt. Bundespräsident (Roman)
3 kleines Schub-, Zugfahrzeug
4 ugs. abwertend: altes Auto
5 Vorweihnachtszeit
6 positives Ergebnis

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeelfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Wort für tadeln, Einspruch erheben.

- 1 Aussage, Auskunft, 2 norwegischer Polarforscher (Fridtjof), 3 mehrjährige krautige Pflanze, 4 Hauptstadt von Angola, 5 dünner, flacher Kuchen



ALLENSTEINER OFFIZIERSTRAGÖDIE

Ein aufsehenerregender Kriminalfall in Allenstein

Antonie von Schoenebeck soll 1907 den jungen Hauptmann Hugo von Groeben zum Mord an ihrem Gatten angestiftet haben

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Dezember 1906 wurde der 37-jährige Hauptmann Hugo von Goeben in die ostpreußische Garnisonsstadt Allenstein versetzt, wo er nachfolgend als Chef der 3. Batterie des Masurischen Feldartillerie-Regiments Nr. 37 fungierte. Zuvor hatte der Sohn eines Gutsbesitzers militärische Erfahrungen in Südafrika und auf dem Balkan gesammelt: Erst im Freikorps Deutsches Kommando Johannesburg auf der Seite der Buren, die gegen die Briten kämpften, und dann als Berater der Osmanen bei der Niederschlagung eines Aufstandes in Thrakien und Makedonien. Gleichzeitig war von Goeben in Belangen, die nicht das Kriegshandwerk betrafen, immer noch ausgesprochen naiv.

Das zeigte sich, als er 1907 auf einem Kostümball die attraktive Frau des Majors August von Schoenebeck kennenlernte. Der Staboffizier beim Ostpreußischen Dragoner-Regiment Nr. 10 in Allenstein und passionierte Jäger vernachlässigte seine Gattin Antonie, die sich dafür mit zahllosen Affären revanchierte – darunter auch mit von Goeben. Diesem log die 31-Jährige vor, ihr Mann behandle sie roh und unehrenhaft.

Kopfschuss aus einer Duellpistole

Der leichtgläubige Artilleriehauptmann fasste daraufhin den Entschluss, seine Geliebte aus ihrer angeblich so unerträglichen Lage zu befreien. Zu diesem Zweck drang er am späten Abend des 26. Dezember 1907 in das Quartier von Schoenebecks im Allensteiner Offizierscasino ein und tötete den Major mit einem Kopfschuss aus einer Duellpistole.

Zunächst wurde angenommen, von Schoenebeck habe Suizid begangen, weil man seine Dienstwaffe neben ihm fand. Dann jedoch stellte sich heraus, dass hier ein Mordfall vorlag, woraufhin der Ver-



Rächte sich für die Vernachlässigung ihres Mannes August von Schoenebeck mit zahlreichen Affären: Antonie von Schoenebeck
Foto: Ullstein

dacht sofort auf von Goeben fiel. Der gab die Tat auch am 31. Dezember zu, nachdem die Ermittler in seiner Wohnung die Duellpistole und etliche belastende Briefe von Antonie von Schoenebeck gefunden hatten.

Da der Hauptmann einen mental hochlabilen Eindruck machte, wurde er in zwei medizinischen Einrichtungen psychiatrisch untersucht, darunter auch von dem Pionier der Psychotherapie und Sexualmedizin Albert Freiherr von Schrenck-Notzing. Denn ganz offensichtlich stand von Goeben im Bann seiner manipulativen Geliebten. Daraus resultierte die Frage nach der Zurechnungsfähigkeit des Offiziers – zumal er bald nach dem Geständnis versuchte, sich das Leben zu nehmen. Verbissen bestritt von Goeben jegliche Anstiftung oder Mitwisserschaft seitens der Frau seines Opfers, die aber ebenfalls verhaftet wurde.

Neuverheiratung noch während des Prozesses

Schließlich sollte Mitte März 1908 der Prozess gegen den Mordschützen vor einem Militärgericht in Allenstein beginnen. Doch zwei Wochen zuvor schnitt sich von Goeben mit dem vermeintlich stumpfen Messer, das er beim Abendessen erhalten hatte, die Kehle durch. Danach stand nur noch Antonie von Schoenebeck im Fokus der preußischen Justiz. Auch sie wurde wie ihr Liebhaber zunächst mehrere Wochen lang in der Provinzial-Heil- und Pflege-Anstalt Kortau, einer psychiatrischen Einrichtung unweit von Allenstein, untergebracht und beobachtet, bevor sie gegen Kautionsfreikam. Diese betrug 50.000 Mark – nach heutigen Geldwert immerhin rund 340.000 Euro. Wer die Summe hinterlegte, ist unklar.

Am Ende musste sich Antonie von Schoenebeck aber ab dem 6. Juni 1910 we-

gen Beihilfe und Anstiftung zum Mord vor Gericht verantworten, wo sie unter anderem von den beiden Berliner Strafverteidigern Erich Sello und Walter Behn vertreten wurde. Noch während ihres Prozesses ehelichte die Majorswitwe den Schriftsteller Alexander Otto Weber. Dem folgte am 22. Verhandlungstag die Einstellung des Verfahrens wegen Verhandlungsunfähigkeit der Angeklagten, wobei fraglich ist, ob diese echt war oder nur vorgetäuscht wurde. Jedenfalls unterblieb die für später geplante Wiederaufnahme des Prozesses, weil die Verdächtige unter die Vormundschaft eines ihrer Rechtsanwälte kam, was jede weitere Strafverfolgung ausschloss.

Die Ehe zwischen von Schoenebeck und Weber hielt nicht allzulange, woraufhin sich die Entmündigte in die Arme von Webers Bruder flüchtete, der sie schließlich ebenfalls heiratete. Der wohlhabende Bankier Fritz Weber konnte seiner Frau ein luxuriöses Leben bieten, das bis 1931 währte. Dann starb die treibende Kraft hinter von Goebens Tat im mondänen Riviera-Badeort Rapallo.

Zu diesem Zeitpunkt war die „Allensteiner Offizierstragödie“, wie der Mordfall aus dem Jahre 1907 meist genannt wurde, weitgehend vergessen, obwohl sie früher viel Staub aufgewirbelt hatte. Letzteres lag vor allem daran, dass der umstrittene Journalist Maximilian Harden im Sommer 1910 drei Artikel über Hugo von Goeben veröffentlichte, die seine Tat aus sexualpathologischer Sicht zu erklären versuchten, was als „unzüchtig“ galt. Darüber hinaus berichtete auch die Presse in den USA und Frankreich über den Mord und den Prozess. Dieser geriet zeitweise sogar zum Thema im Preußischen Abgeordnetenhaus, wo man über die Notwendigkeit von neuen gesetzlichen Regelungen für eine Strafmilderung bei Unzurechnungsfähigkeit diskutierte.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Geschäftsanbahnung läuft jenseits der Neiße ganz anders

Ein polnischer Partnerbusinessclub hat erstmals in der Bundesrepublik getagt – Kennenlernen in lockerer Atmosphäre

Es ist Sonnabendabend. Das historische Gebäude in der Görlitzer Neißstraße, in dem sonst Borowski-Glaskunstwerke das Auge erfreuen, füllt sich mit Gästen. Es sind vorwiegend polnische Geschäftsleute aus Hamburg, Berlin, Danzig und vielen kleineren Orten Niederschlesiens aus den unterschiedlichsten Branchen. Sie wollen in der Bundesrepublik investieren und möchten Kontakte knüpfen. Eingeladen hat der polenweit agierende Partnerbusinessklub (Partnerski Klub Biznesu).

Für das erste Treffen am deutschen Neißeufer hatte Katarzyna Hübner gesorgt. Die Geschäftsfrau aus Leopoldshain [Łagów] hatte 2005 die erste deutsch-polnische Schule direkt an der Staatsgrenze, im zur Republik Polen gehörenden Teil der Neißestadt Görlitz [Zgorzelec] gegründet. Ihre Schule begleitet Kinder und Jugendliche vom Vorschulkindergarten bis zum Abitur. 2022 kam eine weitere Schule im 100 Kilometer entfernten Liegnitz [Legnica] dazu, die mit Mercedes-Benz Polen zusammenarbeitet und den Schülern Praktikumsplätze in Aussicht stellt. „Durch Katarzyna Hübner habe ich ihren Ehemann, den Bäckermeister in vierter Generation, Armin Hübner aus Horka, kennengelernt“, so Michał Huzarski. Der gebürtige Liegnitzer

hat durch sein Studium die ersten geschäftlichen Schritte in Danzig gemacht, eine Kaschubin geheiratet und betreut im Rahmen des Partnerbusinessclubs Unternehmer in Liegnitz und Umgebung. „Katarzyna hatte mich und unseren Chef für die Woiwodschaft Niederschlesien in die Bäckerei ihres Mannes nach Horka gebracht. Bäckermeister Armin Hübner fragte uns ganz pragmatisch: ‚Was könnt ihr für mich tun?‘ Ich schaute mich um und sah, dass Armin Liegnitzer Bomben herstellt.“ Und die ist polnischen Neubürgern als deutsches Erbe nicht bekannt! „Armins Bombe war die Erste, die ich, ein 47-jähriger Liegnitzer, im Leben probiert hatte! Das Zweite, was unser Interesse weckte, war Armins Dosenbrot. Weil unser Partnerclub auch karitativ unterwegs ist, kam mir sofort in den Sinn: Brot in Büchsen lässt sich wunderbar in Notgebiete verschicken. So entstehen Netzwerke“, sagt Huzarski.

Zu einem nächsten Treffen in Görlitz möchte er den Görlitzer Oberbürgermeister einladen, damit er sieht, wie Netzwerke und Ideen in einer ungezwungenen Atmosphäre entstehen. Das funktioniert in Polen anders als in der Bundesrepublik, wo erfolgreiche Unternehmer gerne hinter hohen Mauern leben, den Erfolg still

genießen und bei der Suche nach Geschäftspartnern mit ihrem Anliegen gerne mit der Tür ins Haus fallen. Der Pole hingegen lädt avisierte Geschäftspartner daheim zum Grillen ein und kommt dann am vierten Abend vielleicht mit einer Idee an, wenn der Deutsche längst sein Hirn martert, wieso denn immer noch kein Vertrag unterschrieben wurde.

Für Hübner ist es das fünfte Treffen. Er freut sich, dass die polnischen Partner

so locker sind, bei ähnlichen Treffen deutscher Unternehmer gehe es zugeknöpft zu, sagt er. „Zum vorherigen Treffen in Liegnitz hatte ich einen deutschen Bekannten mitgenommen, der am Anfang skeptisch war. Doch danach musste er feststellen, dass er seit zehn Jahren in Deutschland nach einem Geschäftspartner gesucht hatte, den er letztendlich in Liegnitz fand“, so Hübner. Er brachte diesmal einen Großgastronomen aus

Niesky mit. Jörg Kalbas sucht Mitarbeiter für sein Haus, aber in Anbetracht der durch die Decke gehenden Baukosten hörte er sich auch nach Partnern in der Baubranche um. Er streckte seine Fühler nach Baufirmen aus, die schnell und effektiv bauen: „Dass ich mich heute als Abfallprodukt auf Baufirmen konzentrieren würde, habe ich so auch nicht erwartet. Für mich ist das hier wie eine Messe,“ lacht er.

Hübner ist zufrieden, denn nächste Woche geht sein Dosenbrot zum ersten Mal in die Vereinigten Arabischen Emirate: „Mit deutscher Hilfe ist das nicht passiert. Ich spreche zwei Sprachen fließend, kenne den polnischen Markt und ich kann auch gut als Zwischenhändler agieren“, so Hübner, der an diesem Abend gleich mehrere Unternehmer mit Tipps oder konkreten Firmenkontakten bedienen kann.

„Görlitz ist unsere Tür in die westliche Welt des Business“, sagt Huzarski. „Unsere Vision ist es, eine starke Gemeinschaft von Unternehmern zu schaffen, die ihre Erfahrungen teilen, sich gegenseitig unterstützen und dauerhafte Geschäftsbeziehungen aufbauen“ und er mahnt: „Denke an Beziehungen, nicht an Transaktionen, denn diese kommen mit der Zeit von selbst.“ Till Scholtz-Knobloch



Zum ersten Mal in der Bundesrepublik: Treffen des polnischen Partnerbusinessclubs

KULTURERBE

Noch nicht ganz zu spät

Kampf gegen Verfall – Schloss Wildenbruch zwischen Johanniterorden, Hohenzollern und Wiederaufbau

VON BRIGITTE KLESCZEWSKI

Der Ort Wildenbruch [Swobnica] war einst mit der Reichsbahn von dem 50 Kilometer entfernten Stettin aus über Greifenhagen zu erreichen. Von dort ging es mit der Kleinbahn weiter zur Endstation Wildenbruch.

Wildenbruch war ein Gutsdorf, das sich über die Jahrhunderte hinweg gut entwickelte. Es war nach Greifenhagen die größte Kommune im Kreis und liegt am westlichen Hang zwischen dem Schloss und Langen See. Eine stattliche Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe bewirtschaftete zur deutschen Zeit die Feldmark, und die Liste der Handels- und Gewerbebetriebe im Ort war lang. Sägewerke, die Molkerei und die Fischerei besaßen sogar überörtliche Bedeutung. Ein Oberförster hatte seinen Amtssitz im Dorf, und die Jugendherberge wurde auch wegen der Freibäder in den Seen zahlreich aufgesucht.

Johanniter-Komturei

Wildenbruch war Hauptort des Landes Wildenbruch, das Herzog Barnim I. 1234 dem Templerorden verlieh, der hier einen Komtursitz einrichtete. Nach Auflösung des Ordens 1312 übernahm als Nachfolger der Johanniterorden das Land und verlegte nach einem Streit zwischen der Stadt Königsberg in der Neumark und der Johanniter-Komturei in Rörchen seinen Sitz nach Wildenbruch. Das Ordenshaus in Rörchen war von den Bürgern zerstört worden. Dem Johanniterorden gehörte auch seit 1312 das Bahner Land.

Hier in Wildenbruch baute der Johanniterorden 1377 mit Erlaubnis der Stettiner Herzöge ein neues Schloss am Schloss-See. Bis 1648 blieb Wildenbruch Ordensbesitz. Danach folgten für das Schloss wechselnde Besitzverhältnisse. So kam es 1680 zur Brandenburgischen Markgrafschaft Schwedt. Im Jahr 1788 ging es in den Besitz des Preußischen Königshauses über und wurde später dem Kaiser zugesprochen. Zuletzt bewohnte es der Domänenpächter.

Das Gut gehörte dem Großvater mütterlicherseits von Prinz Louis Ferdinand von Preußen (1772–1806). Die nicht ebenbürtigen Kinder des preußischen Prinzen erhielten den Namen „von Wildenbruch“ und wurden im Jahr 1810 in den erblichen, preußischen Adelsstand erhoben. Theodor von Fontane hatte ein Gedicht über Prinz Louis Ferdinand verfasst. Es ist ein



Das Schloss Wildenbruch im Sommer 2023: Der Gebäudeteil in der Mitte zeigt die Hoffassade des Corps de Logis mit dem neuen Dach. Rechts hinter den Büschen versteckt der südliche Seitenflügel, der ebenfalls durch ein neues Dach baugesichert ist. Vom Bergfried (links) hat man einen weiten Blick ins Wildenbrucher Land hinein

Foto: Kleszczewski

späteres Werk des bekanntesten Schriftstellers des Realismus in Deutschland, der berühmt war für seine Gedichte und Romane, die das Leben und die Gesellschaft in Preußen beleuchteten.

Stettiner Museumsbestände

Bis 1945 war der zweiflügelige Bau des Schlosses mit seinem wuchtigen Bergfried königliches Hofkammergut. Im letzten Krieg lagerten die Stettiner Museen Bestände nach Wildenbruch aus, unter anderem die von Gottfried Schadow geschaffene Marmorstatue Friedrichs des Großen. Das Schloss blieb 1945 erhalten, die Inneneinrichtung wurde am Ende des Krieges und danach vernichtet. Später als Getreidespeicher genutzt, verfiel der Gebäudekomplex zusehends.

Nach der politischen Wende kam es in den Besitz eines holländischen Unternehmers, der leider nichts unternahm, um den Verfall aufzuhalten. Dächer wurden zerstört, dadurch nahmen die wertvollen

Stuckdecken großen Schaden, und noch vorhandene Einbauten wie Treppen verschwanden einfach. Es war höchste Zeit, einen Rettungsversuch zu starten.

Neuer Verein gab Anstoß

Am 24. Februar 2010 schlossen sich neun Personen in Berlin zur Gesellschaft Schloss Wildenbruch/Swobnica e.V. zusammen und stellten damit ihr Engagement für das stark vom Verfall bedrohte Kulturdenkmal auf eine neue Stufe. Alle von ihnen zuvor seit 2005 unternommenen informellen Versuche zur Rettung des Baus waren fehlgeschlagen, und man war nun überzeugt, dass künftig allein in der festen Struktur eines Vereins Erfolge zu erzielen sein würden.

Diese Überlegung hat Früchte getragen. Sofort nach seiner Gründung legte der Verein sein Gewicht und seine Energie darauf, eine Überführung der Anlage aus privatem Besitz in die öffentliche Hand zu erreichen. Mit der Übernahme

des Schlosses durch die Gemeinde Bahn [Banie] im November 2011 wurde dieses erste wichtige Ziel erreicht. Durch Förderungen des polnischen Kulturministerium in Warschau und aus Mitteln der Woiwodschaft Westpommern konnten in den Folgejahren Dachstuhlreparaturen und Erneuerung der Dächer durchgeführt werden, auch der Bergfried wurde restauriert und kann jetzt bestiegen werden. Von seiner Plattform aus genießt der Besucher einen weiten Blick ins Wildenbrucher Land, über den See und das Waldgebiet ringsum.

Doch für die Restaurierung des gesamten Gebäudekomplexes werden noch erhebliche Mittel benötigt, um das wertvolle kulturelle Erbe zu erhalten. Der Verein „Gesellschaft Schloss Wildenbruch/Swobnica e.V.“ setzt sich weiterhin dafür ein. Möge es gelingen, das Kulturerbe zu bewahren.

• www.schloss-wildenbruch.de

MELDUNGEN

Königsbesuch, Drohnen und Ostermarkt

Stettin – Der dänische König Frederik X. weilte vergangene Woche in der Odermetropole. Nach dem Besuch der Philharmonie war der letzte Termin im Hauptquartier des Multinationalen Korps Nordost in Stettin. Dessen Aufstellung erfolgte 1999 von Polen, Deutschland und Dänemark. TS

Grimmen – Die Regionalschule „Robert Koch“ hat ihren Erweiterungsbau mit zwölf Klassenräumen und einer Aula eingeweiht. Notwendig wurde der Neubau durch steigende Schülerzahlen. Aktuell werden 570 Jungen und Mädchen beschult, im Jahr 2027 werden es wohl 630 sein. TS

Swinemünde – Die Fähre „Epsilon“ wurde nach nur einer Woche Betrieb auf der Linie Swinemünde-Trelleborg vorübergehend außer Betrieb genommen. Ursache soll eine Kollision bei Nebel und eingeschränkter Sicht in der vergangenen Woche im Hafen von Trelleborg gewesen sein. TS

Greifswald – Nach einer Sachbeschädigung an CDU-Wahlplakaten im Jahr 2021, soll die grüne Landessprecherin Katharina Horn nun Peter Gomoll (80), Ehrenvorsitzender der „Initiative Bürgerentscheid Greifswald“, von den Rathaustreppen gestoßen haben. Die Polizei ermittelt. TS

Köslin – Die Polizei setzt zur Kontrolle, was in Kösliner Öfen oder Gärten verbrannt wird, eine Spezial-Drohne ein. Diese kann die Zusammensetzung der Luft im Überflug ermitteln. Im letzten Jahr war sie 300 Stunden im Einsatz. Für Verstöße gegen das Gesetz gab es Bußgelder. TS

Rügen – Seit der Eröffnung des sogenannten „Skywalk“ im vergangenen April haben über 400.000 Gäste des Nationalparks Jasmund das Bauwerk für einen Gang in luftiger Höhe über dem 118 Meter hohen Königsstuhl genutzt. Rügauer haben dabei einen Vorteil: Für sie ist der Eintritt frei. TS

Stolp – Wie jetzt bekannt wurde, soll das Umspannung für den Offshore-Windpark FEW Baltic II von der deutschen RWE AG in der Gemeinde Reitz errichtet werden. Etwa 50 Kilometer vor der Küste bei Stolpmünde soll bis 2027 ein Windpark mit einer Leistung von 350 Megawatt entstehen. TS

Leba – Am 30. Januar wurde der bis zu 9000 geschätzten Opfer des Untergangs der durch einen sowjetischen Torpedo versenkten „Wilhelm Gustloff“ im Jahr 1945 gedacht. Das Schiff sank 23 Meilen vor der pommerischen Küste. Gast war Stefan Mamaj, der 1979 die Glocke barg. TS

Stettin – Vorankündigung für den traditionellen Stettiner Ostermarkt: Wieder einmal wird die Blumenallee der größte Vorbote des kommenden Osterfestes sein. Drei Tage lang werden Ostereier bemalt, Wettbewerbe mit Preisen organisiert und traditionelle Volkslieder gesungen. Die Aussteller des Ostermarktes werden frische Wurstwaren, leckeres Gebäck und hausgemachte Produkte anbieten. Sicherlich wird es an den Osterspzialitäten nicht fehlen. Außerdem warten kunstgewerbliche Artikel auf die Besucher. Termin: 22. bis 24. März in der Blumenallee in Stettin, Königsplatz, [pl. Żołnierza Polskiego 20]. BS

HINTERPOMMERN

Traumhafte Sonnenuntergänge

Paradies für Ruhesuchende – Neuwasser, ein Fischer- und Badeort an Ostsee und Buckower See

Einst ein Fischerdorf am Buckower See, an Hinterpommerns Boddenküste gelegen, hat sich Neuwasser [Dąbki] mittlerweile zu einem Kurort entwickelt.

Die Gegend um Neuwasser gelangte zwischen 1265 und 1270 in den Besitz des Klosters Buckow. Immer wieder kam es jedoch in diesem Bereich zu Grenzstreitigkeiten zwischen dem Kloster und der Stadt Rügenwalde, die 1493 durch Herzog Bogislaw X. von Pommern beigelegt wurden. Um 1780 lebten hier 26 Fischer, acht Büdner und ein Schulmeister.

Anfang des 20. Jahrhunderts entwickelt sich durch den sommerlichen Fremdenverkehr eine neue Erwerbsquelle: Zimmervermietungen an Badegäste,



Nach getaner Arbeit: Fischerboote am Ostseestrand in Neuwasser

meist Stammgäste. Auch ließen sich einzelne Künstler, vor allem Maler, hier nieder. In alten Reiseführern wurde besonders eine Wanderung auf der Nehrung zwischen Buckower See und Ostsee empfohlen, damals ein einsames Gebiet mit einzigartiger Flora und Fauna. Auch heute ist es ein Vogelschutz- und Rastgebiet.

Der kleine Ort, der seit 2017 den Status Heilbad hat, ist eher etwas für Ruhesuchende, was im Sommer nicht so einfach ist. Doch nur wenige hundert Meter außerhalb hat man den Strand und die wunderbare Landschaft Hinterpommerns schon für sich allein. Historische und interessante Plätze findet man im nahen Rügenwalde. B. Stramm

„Kein Volk folgt so folgsam wie die Deutschen“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Meine wertvolle Verbindung zur Heimat“

Peter Heitmann,
Woodbridge/Kanada,
über die PAZ



Ausgabe Nr. 4

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

UMGEBRACHTE KINDER? ZU: AUF DER SUCHE NACH DER EIGENEN GESCHICHTE (NR. 4)

Das im Artikel erwähnte Buch „Ortstermin. Die Reise nach K.“ von Hagen Schulz-Hildebrandt berichtet von einer Stelle im Königsberger Dom, an der Anfang der 1990er Jahre 200 sterbliche Überreste von überwiegend Kindern gefunden wurden. Reflexartig wird sofort von irgendwelchen Kinder-KZ fabuliert, die von den Nazis in die eingeschlossene Stadt verlegt wurden, um dort umgebracht zu werden.

In dem furchtbaren Winter 1945/46 verhungerten unzählige Kinder in der Stadt. Nachzulesen ist das in den Büchern des Arztes Hans Deichelmann („Ich sah Königsberg sterben“) und von Anneliese Kreuz („Das große Sterben in Königsberg 1945–47“).

Es macht sich immer gut, unbekannte Opfer automatisch den Deutschen unterzubeln. Von Kinder-KZ in Ostpreußen höre ich übrigens zum ersten Mal.

Wolfgang Kopsiske, Weilrod

EIN ALLZEIT WILLIGES VOLK? ZU: EINE REGIERUNG ZWISCHEN BESCHWÖRUNG UND OFFENBARUNG (NR. 4)

Nun ist es amtlich: Wir haben einen rechtsradikalen Bundeskanzler, der öffentlich bekannt gibt, „wir müssen endlich im großen Stil abschieben“. Seine „Rechtsradikalität“ hat er aber schnell wieder abgelegt, sie passt nicht zur SPD, die es gewohnt ist, den Linksradikalen geduldig beim Zerlegen der Hansestadt (wie beim G20-Gipfel in Hamburg im Juli 2017 geschehen) zuzusehen.

Seine Innenministerin Nancy Faeser wollte darüber hinaus sogar ganze Familienverbände anlasslos gleich mitabschieben. Der Wahn war nur kurz, und damit keine lange Reue folgen musste, lieferte das regierungnahe Rechercheteam „Correctiv“ denn auch zügig die Informationen, die es erforderlich machten, die Teile von SPD, CDU, FPD, die Linke und Bünd-

nis 90/Die Grünen „gegen Rechts“ zu den Fahnen zu rufen.

Kein Volk folgt so folgsam wie die guten Deutschen. Schon bei der Corona-Impfung standen alle Gutmenschen in Volk und Medien Gewehr bei Fuß und einig, den bösen unfolgsamen Ungeimpften und Heilungsläubigen das Leben möglichst schwer zu machen und sie vom öffentlichen Leben auszuschließen.

Jeder, der in der Republik ein Gesicht zu verlieren hatte, musste sich zu dem vom Robert-Koch-Institut verbreiteten Corona-Narrativ bekennen und möglichst publikumswirksam seinen Impfstatus offenlegen. Eine kleine hässliche Schar Ungeimpfter sah man jedem Montagabend trotzig und meist wortlos durch die Städte ziehen, nicht selten misstrauisch von der Polizei beäugt, ob denn auch die Maske richtig aufgesetzt worden war.

Mittlerweile müssen alle Regierungsverantwortlichen einräumen, dass weder die Impfung wirksam noch dass diese Pandemie eine war und über den Status einer gewöhnlichen Grippe (siehe Untersterblichkeitsstatistik) nicht hinauskam.

Die auf Geheiß von Ex-Kanzlerin Angela Merkel bereitgestellten notlagenbedingten Kredite durften gemäß der geltenden Haushaltsprinzipien der Jährlichkeit nicht für andere Zwecke verwendet werden. Das Umetikettierungsverbot des Bundesverfassungsgerichts für notlagenkreditfinanzierte Sondervermögen zwingt nun zu Einsparungen (auch bei dem viel gepriesenen Bürgergeld), die deutlich erkennbar werden lassen, welche amateurhaften Finanzjongleure sich auf dem bundesdeutschen politischen Parkett bewegen. Wenn selbst der geduldige Bauernstand aufbegehrt, muss ein Sündenbock zur Ablenkung von Problemen her, die man als Regierung selber geschaffen hat.

Es liegt nahe, sich an die Partei zu halten, die minutiös jede Fehlleistung der Regierung aufdeckt und diese zum Handeln zwingt, zumal sich bei den etablierten Parteien die Umfragewerte kellerwärts neigen und schon zu Neugründungen wie das Bündnis Sahra Wagenknecht zwingen. Da lockt eine, von den Medien

orchestrierte, freierfundene „Wannseekonferenz“ zum richtigen Zeitpunkt (Jahrestag der Befreiung von Auschwitz) punktgenau auch den letzten bürgerlichen Gutmenschen bei bestem Winterwetter auf die Straße. Das Thema ist so dankbar für anti-rechte Stimmen, dass sich Menschen in allen Altersklassen angesprochen fühlen.

Die Demonstranten sind auch genauso friedlich wie bei den Protesten gegen die Einführung einer Impfpflicht und sie können nun sogar sicher sein, dass ihnen kein Wasserwerfer die Haare wäscht oder ein Polizeiknüppel einen Scheitel zieht, denn in der ersten Reihe geht der Bundeskanzler mit seinem Katastrophenteam. Auf unser Volk muss man gar nicht pausenlos eindreschen, es wird seinen Missgehandlern, wie bei jeder Steuererhöhung, immer willig folgen, selbst wenn sich die Demo „gegen Rechts“ gegen demokratische Grundsätze richtet.

Rudolf Neumann, Ahrensburg

SICHERE VERSCHLÜSSELUNG ZU: EIN NEUES ZEITALTER DER ÜBERWACHUNG UND DER DATEN- SICHERHEIT BRICHT AN (NR. 4)

Zu den Ausführungen über Kryptographie und Datenschutz ist Folgendes hinzuzufügen: Auch heute gibt es schon etablierte Verschlüsselungsalgorithmen, die von Quantenrechnern nicht erfolgreich angegriffen werden können. Dabei handelt es sich beispielsweise um AES mit einem symmetrischen Schlüssel. Auf dem heimischen Computer kann man seine Archive mit dem kostenlosen Packprogramm 7-Zip verschlüsseln, wobei AES-256 zum Einsatz kommt. Entsprechend verschlüsselte Anhänge von E-Mails sind vor Lauschern im Internet sicher.

AES-256 wird auch von Cryptomator für die Verschlüsselung von Daten auf einer Cloud verwendet. Diese Software ist für Privatanwender ebenfalls kostenlos. Entscheidend ist jeweils ein sicheres, hinreichend langes Passwort.

Dr. Gerald Wegner, Berlin

DIE PUTINSCHEN STAATSRÄSON ZU: „DIE NÄCHSTE AMTSZEIT WIRD PUTINS LETZTE SEIN“ (NR. 3)

Der Russlandkenner und Osteuropaexperte Alexander Rahr hat recht mit seiner Prognose, dass die kommende Präsidentschaft Wladimir Putins die letzte sein wird. Zudem analysiert er richtig die Stimmung in Russland, wonach die Mehrheit der Russen Putins Politik unterstützt. Breite gesellschaftliche Proteste gegen Putins Politik sind bis heute ausgeblieben – entgegen den Prophezeiungen westlicher Politiker, wonach Russland ein Exodus seiner Bürger drohe.

Putin wird seine letzte Amtszeit dazu nutzen, um die wirtschaftliche Abkoppelung Russlands vom Westen zu vollenden und einem geeigneten Nachfolger den Weg den Kreml zu ebnet. Keineswegs möchte der russische Präsident Zustände in seinem Land erleben wie in den 1990er Jahren, sondern eine Politik der Kontinuität. Auch dem Westen dürfte dies gelegen sein, da Russland eine Nuklearmacht ist und unklare Machtverhältnisse eine akute Gefahr darstellen würden.

Den Schwerpunkt der Putinschen Politik dürfte zukünftig neben den außenpolitischen Herausforderungen auf der Transformation der russischen Demokratie liegen. Schon auf einer Pressekonferenz in Pressburg im Jahr 2005 erklärte Putin die Besonderheit dieser demokratischen Ausrichtung: „Natürlich müssen die modernen Institutionen der Demokratie, die Grundsätze der Demokratie, mit unserer Geschichte und unseren Traditionen zusammenpassen.“

Russland entwickelt sich zurzeit zu einer Macht, deren Hauptanliegen es ist, autark zu werden – zumindest unabhängig von westlichen Staaten – und seinen Anspruch als Weltmacht zu definieren. Diese Entwicklung wird auch innenpolitisch in den Bereichen Medien, Kultur und Bildung angepasst, was die russische Zeitenwende von Nord Stream 2 bis zur Vereinigung der Schwellenländer BRICS plus zur Putinschen Staatsräson macht.

Marcel Jacobs, Hamburg

»Alle Tiere sind gleich, aber manche sind gleicher.«

■ George Orwells zeitloser Roman ist aktueller denn je. Er ist eine knallharte und beißende Satire auf den blinden Marsch einer unterdrückten Gesellschaft in Richtung Totalitarismus.

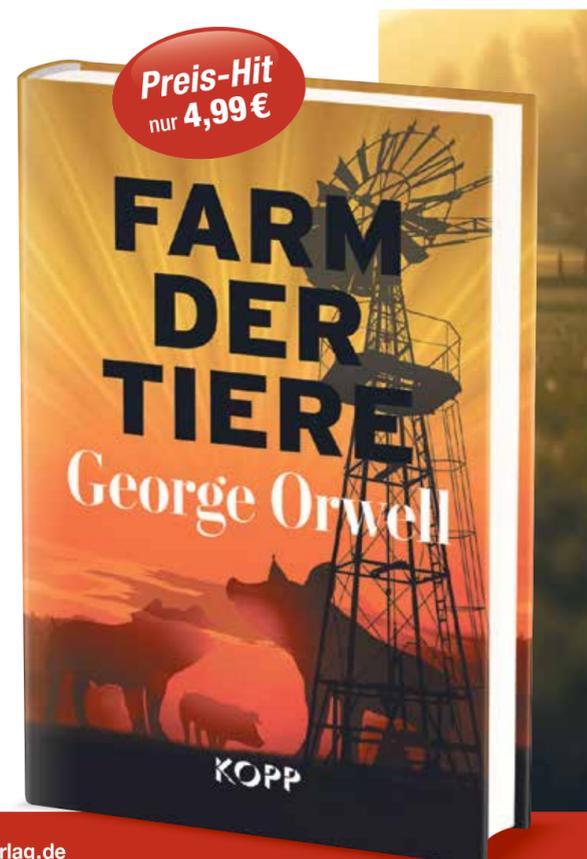
Erst fand George Orwell keinen Verleger, der sein Buch drucken wollte. Dann wäre das Manuskript in den Kriegswirren fast verloren gegangen. Heute, rund 80 Jahre später, gehört *Farm der Tiere* zu den bekanntesten und erfolgreichsten literarischen Werken des 20. Jahrhunderts.

Als der Roman erstmals veröffentlicht wurde, galt er als Kritik am stalinistischen Russland und wurde in der Sowjetunion und den damaligen Ostblockstaaten bis zum Fall der Berliner Mauer verboten. Heute wird auf erschütternde Weise klar, dass, wo immer und wann immer die Freiheit angegriffen und bedroht wird, unter welchem Banner auch immer, George Orwells Meisterwerk eine Bedeutung und eine Botschaft hat, die aktueller ist denn je.

Denn die Kritik richtet sich nicht nur gegen den Stalinismus, sondern gegen jegliche Anwendung von totalitären Methoden zur angeblichen Verteidigung der Demokratie. Die rücksichtslose Lügenpropaganda und Geschichtsverfälschung sind Motive, die Orwell ebenfalls in seinem späteren Meisterwerk *1984* verwendet. Auch der beschriebene Missbrauch der Sprache durch die Mächtigen ist heute wieder allgegenwärtig. Das von Orwell gezeichnete Schreckensbild einer gleichgeschalteten Gesellschaft erweist sich in vielen Punkten als prophetisch und ist immer noch hochaktuell. Der Satz »Alle Tiere sind gleich, aber manche sind gleicher« bleibt als geflügeltes Wort lebendig.

»Falls Freiheit überhaupt irgendetwas bedeutet, dann bedeutet sie das Recht darauf, den Leuten das zu sagen, was sie nicht hören wollen.« George Orwell

George Orwell: *Farm der Tiere* • gebunden • 105 Seiten • Best.-Nr. 990 960



KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

KRIMINALITÄT

Dein Freund und Mörder

Ein Berliner Polizist tötete vor 100 Jahren zwei Frauen – Sein Fall sorgte für einen Sensationsprozess

VON BETTINA MÜLLER

Berlin, 16. Dezember 1924, Landgericht II in der Turmstraße. Eine wütende Menschenmenge sorgte dafür, dass der Gerichtssaal abgeriegelt und die tobende Menge wegen „Gefährdung der Sittlichkeit“ ausgesperrt werden musste.

Aber was hatte die Menschen so dermaßen aufgebracht? Es war der Mord an zwei Frauen, begangen von einem Mann, der gleichzeitig auch Polizist war und der eines Abends nur noch irgendwo ein Bier trinken wollte, nachdem er sich mit seiner Freundin gestritten hatte. Am nächsten Morgen fand man die 40-jährige Witwe Else Hoffmann geb. Hämmerle und deren Mutter, die 63-jährige Witwe Emma Trautmann geb. Nacke, in der Schleiermacherstraße 15 tot auf. Beide wurden auf bestialische Art und Weise getötet vom Polizisten Bruno Gerth, der eigentlich aus Bromberg stammte, wo er 1897 zur Welt gekommen war, der sich zum Mann mit psychischen Problemen entwickelt hatte und der an seiner Impotenz litt.

An jenem fatalen Abend in der Destille „S 11“ ging es hoch her. Musik, Tanz und der Alkohol floss in Strömen. Zwei Prostituierte, Mutter und Tochter, forderten Gerth zum Tanz auf. Doch Gerth war nicht nach „Amüsemang“ zumute, woraufhin eine der beiden schrie: „Darauf müssen wir wenigstens eins trinken!“

Aus dem „eins trinken“ wurde ein Saufgelage, und an das, was danach kam, hatte Gerth später nur noch sehr schemenhafte Erinnerungen. Man sagte ihm, dass er die Frauen getötet habe. Aber er hätte doch keinen Grund dazu gehabt, beteuert er immer wieder vor dem Richter. Er weiß nur noch, dass eine der beiden in ihrem Hausflur völlig betrunken umgefallen war, er ihr auf die Beine geholfen und sie dann in die Wohnung getragen habe. Dort sei die andere dann sehr zudringlich geworden. Und das war der Moment, in dem die Stimmung kippte. Erst eine Rangelie, dann ein Kampf, den die Frau nicht gewinnen konnte.

Als sie dann tot auf dem Boden lag, reichte das Gerth immer noch nicht. Er



Profil eines Mörders: Aufnahmen aus der Berliner Verbrecherkartei

Foto: Archiv Müller

versetzte dem Körper Stiche mit dem Küchenmesser, Schläge mit einem Beil, und am Ende stand auch noch der vergebliche Versuch, ihre Leiche zu schänden. Danach wankte Gerth in die Stube der Mutter, die dort ihren Rausch ausschließte, erschlug auch sie mit dem Beil und stahl ihr ihre goldene Uhr. Im Morgengrauen verließ er die Wohnung und kehrte in die Kaserne in der Friesenstraße zurück, wo die unverheirateten Polizisten wohnten.

Gerths kleines intimes „Problem“

Augenzeugen gab es genug, die gesehen hatten, wie Gerth mit den beiden Frauen in Schutzpolizeiuniform die Kneipe verlassen hatte. Für die Polizei war die Festnahme daher nur noch Formsache. Sie brachte den in sauberer Uniformkleidung angezogenen Tatverdächtigen in den Verhörraum. Als beim Ablegen seiner Uniform auch noch die Uhr des Opfers aus

seiner Uniformtasche fiel, brach Gerth völlig zusammen.

Und die verstörten Menschen im Zuschauerraum des Gerichtssaals fragten sich: Wem kann man überhaupt noch trauen, wenn ein Hüter des Gesetzes zum Mörder wurde? Und wie konnte es überhaupt dazu kommen? Lagen die Gründe in einer vererbten psychischen Erkrankung in der Familie? Gerths Onkel zum Beispiel, der Bruder der Mutter, hatte sich nach einem epileptischen Anfall das Leben genommen.

Vor diesem Familienhintergrund ist auch Bruno Gerths Leben als Heranwachsender nicht problemlos verlaufen. Seinen sehnlichsten Wunsch, Drogist zu werden, lehnte der strenge Vater, ein jähzorniger Trinker, kategorisch ab. Seine Beziehungen zu Frauen waren ebenfalls gestört, sodass sich Gerth als der unglücklichste Mensch auf der Welt vorkam.

Ende des Ersten Weltkriegs entschloss er sich dazu, sich bei der Berliner Schutzpolizei zu bewerben, und fing nach einer Probezeit im Mai 1920 seinen Dienst als Unterwachtmeister an, kurze Zeit später folgte die Festanstellung. Nach wie vor plagte ihn sein altbekanntes Problem, bei dem ihm augenscheinlich niemand helfen konnte. Drei Mal war er bereits verlobt gewesen, alle drei Frauen hatten ihn wegen seines intimen „Problems“ verlassen.

Irre geworden im „Irrenhaus“

Die Verhandlung vor dem Schwurgericht wurde nach der Beweisaufnahme vertagt, weil die Mediziner sich uneinig über Gerths Zurechnungsfähigkeit zur Tatzeit waren. Also kehrte er wieder zurück in die Zelle, in der er kurze Zeit später seine Verlobte heiratete, die einzige, so betonte er, die für ihn Verständnis aufbrachte. Verständnis für einen Mörder?

Im April 1925 war das Gerichtsverfahren immer noch schwebend, und ein Obergutachten durch ein Medizinalkollegium sollte endlich Klarheit bringen. Das bedeutete sechs Wochen „Irrenanstalt“ für Gerth. Man führt „Trinkproben“ mit ihm durch, um zu sehen, wie er auf Alkohol reagiert. Die Folge waren Angriffe gegen Mitpatienten. Und so besagt das finale Gutachten unter anderem, dass der „erblich schwer belastete Psychopath mit Impotenz und sexuellem Reizhunger“ die Morde tatsächlich in einem Alkoholdämmerzustand begangen habe. Gerth wurde aufgrund des Paragraphen 51, der über die Zurechnungsfähigkeit entschied, freigesprochen und in die Städtische Heil- und Pflgeanstalt Herzberge in Berlin-Lichtenberg verbracht, Gerths schlimmster Albtraum: „Nur das nicht, lieber köppen.“

Anfang 1927 war der Mörder „psychisch völlig heruntergekommen“ und unwiderruflich für die Gesellschaft verloren. Die Krankheit hatte sich als „chronische und fortschreitende Schizophrenie“ manifestiert, Wahnvorstellungen prägten seinen Alltag. Er vegetierte vor sich hin, bis er zu fast gar nichts mehr in der Lage war. 1929 reichte seine Ehefrau die Scheidung ein. Ein Jahr später gaben ihn auch die Ärzte auf: „Keine Aussicht auf Wiederherstellung.“

1939 fiel Gerth unter das nationalsozialistische „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“. Das bedeutete für ihn die Zwangssterilisation. Die Beschäftigungstherapie, zum Beispiel in einer Malerkolonie, war zu dieser Zeit die einzige Behandlung, die er erhielt. Dabei war er „recht brauchbar“, was ihn vor der Deportation in eine „Tötungsanstalt“ bewahren sollte. Das Tageslicht als freier Mann sollte er aber nicht mehr erleben. Am 7. November 1950 starb Gerth im Gefängnis-Krankenhaus von Alt-Moabit im Alter von 57 Jahren an chronischer Mittelohrvereiterung, Meningitis sowie einer akuten Herz- und Kreislaufschwäche.

● Von der Autorin ist im Elsengold-Verlag das Buch **Dandys, Diebe, Delinquenten. Verbrecher in Berlin** erschienen (192 Seiten, 22 Euro)

ERFINDERGEIST

Eine patente Ruhezone

Übernachtung im Freien, ohne dass man sich Frostbeulen holt – Vor 125 Jahren erfand Ferdinand Jacob den Schlafsack

Wer heute einen Schlafsack erwerben möchte, hat unter den vielen Anbietern die Qual der Wahl. Vor 125 Jahren war das dagegen noch eine recht einfache Angelegenheit. Man brauchte nur stumm auf das Regal „Patent-Schlafsack von Ferdinand Jacob“ zu deuten und konnte sogleich mit einem warm gefütterten Schlafsack mit porös-wasserdichtem Überzug von dannen ziehen. Praktisch zusammengelegt war er ein idealer Begleiter auf allen Wegen, und der Käufer konnte sich sicher sein, dass er ohne Frostbeulen zurückkehren würde.

Ein gewisser Professor Dr. Augustin Krämer hatte bei einer Außen-Übernachtung weniger Glück gehabt. Seine zweite Südseereise hatte den Forscher nach Hawaii geführt, wo ihn auf seinem Nachtlager – einem blanken Felsen – ein Schneesturm kalt erwischt hatte. Der nur in eine dünne Decke gehüllte Mann froh sich bei minus 8 Grad den Allerwertesten ab und bereute dies später in seinen Erinnerungen: „Ich war aber auch selbst schuld, dass

ich den warmen Schlafsack, den ich eigens für solche Zwecke zu Hause von Ferdinand Jacob bezog, nach Samoa vorausgeschickt hatte.“ Jacob hatte nämlich zuvor das erste deutsche Patent für einen federleichtesten Schlafsack angemeldet, der „allseitig geschlossen“ war, aber auch einen wasserdichten Überzug und ein Kopfteil mit Luftzufuhrkanälen hatte.

Der Kaufmannssohn Ferdinand Jacob wurde am 20. Mai 1857 in Dinslaken geboren. 1884 trat er im Wirtschaftsleben mit einer „Präparierungs-Anstalt“ in Erscheinung, die „mit einer ganz neuen Methode“ eine wasserdichte Imprägnierung von Geweben jeder Art garantierte. Es blieb nicht bei einem einzigen Patent, auch die innovative „garantiert wasserdichte und doch poröse“ Kleidung namens „Aquadent“ ging auf sein Konto. Sie konnte durchaus modern sein.

Besonders elegant war sein „Havelock“, ein langer ärmelloser Mantel mit abnehmbarer Pelerine. Fürst von Bismarck schrieb daraufhin recht angetan an

Jacob: „Der von Ihnen bezogene wasserdichte Havelock hat sich recht gut bewährt.“

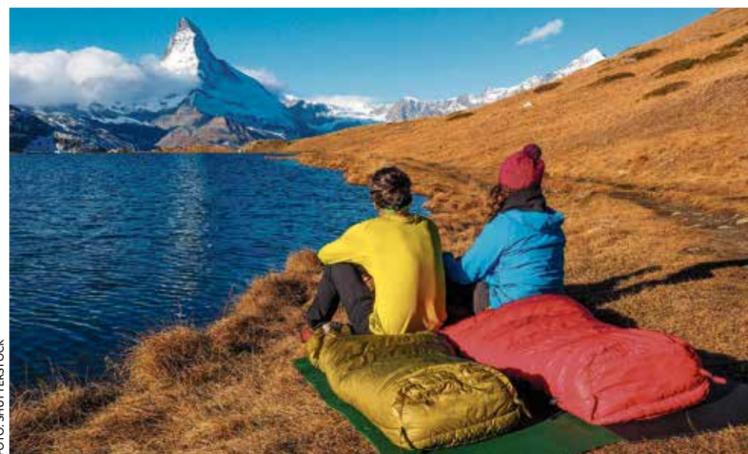
Jacob bürgte für Qualität und produzierte en masse Spezialbekleidung für

Jagd, Sport, Ski und Reise. Bald erschloss er auch den internationalen Markt, was er vor allem durch die militärische Nutzung seiner Produkte erreichte, dabei aber auch Sonderanfertigungen wie Zechenbe-

kleidung nicht außer Acht lassend. In der Folge regnete es Auszeichnungen bei Gewerbeausstellungen, Adelshäuser beehrten ihn mit ihren Aufträgen.

Es wurde Zeit, die Provinz zu verlassen, und so verlegte er im Jahr 1900 sein Geschäft nach Köln, wo das Haus Neumarkt 23, das er gekauft hatte, die Firmenzentrale wurde. Der Kaufmann und Erfinder starb am 12. Juli 1912 und wurde auf dem jüdischen Friedhof von Köln-Deutz beerdigt. Seine Witwe übernahm daraufhin das Geschäft, das im Ersten Weltkrieg noch mehr Aufwind bekam, weil der „Jacobs Original-Schlafsack“, wie sie sagte, „in jedem Regiment der Deutschen und Österreich-Ungarischen Armee“ in Gebrauch war. Im Jahr der „Machtergreifung“ 1933 konnte Mally Jacob ihr Geschäft rechtzeitig abgeben und nach Bogotá emigrieren. Sie starb 1957 in England.

Heute erinnert nichts mehr an den kreativen Erfinder. Das Grab des Ehepaars Jacob in Köln-Deutz hat schon lange niemand mehr besucht. B. Müller



Pures Naturgefühl: Wandertouristen mit Schlafsäcken am Matterhorn

● FÜR SIE GELESEN

Über eine Zeit der Brüche

Lutz Rathenow hat mit seinem Buch „Trotzig lächeln und das Weltall streicheln“ zu seinem 70. ein vorläufiges Resümee gezogen – nicht widerspruchsfrei, sondern so kaleidoskopisch und spannungsvoll, wie die Realität ist: Von den Kämpfen gegen die gedankenbetreute Käfighaltung in der DDR bis zur unparadiesischen Nachwend-BRD, von der vogelfreien Existenz als armer Poet zum zeitweiligen Staatsamt von 2011 bis 2021 als Sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen.

In seinem Querschnitt-Buch hat er Auszüge aus längeren Werken, Kurzprosa, Kurzsays und Notate gesammelt, die meist in Berlin spielen, aber auch Dresden, Königsberg und Montevideo berühren, jedoch ganz konventionell mit der eigenen Kindheit beginnen. Aber schon der erste Text, „Der Hampelmann“, erzählt ebenso selbstkritisch wie verstörend, wie der Bruder auf Angst und Unterwerfung der Schwester seine kleinen Triumphe aufbaut. Es folgen Geschichten, die von Familienkonflikten, Scheidung, den Miniaturaufständen der Jugend handeln oder die thematisieren, wie die Teilung und die ökonomische Überlegenheit des kapitalistischen Halbstaats einwirken ins tägliche Ost-Leben mit Außentoiletten auf der halben Treppe und den allgegenwärtigen Versorgungskrisen.

Aber auch surrealistische Parabeln wie die von einem flippernden Riesen biegen durchaus einmal ab in die hohe Politik: „Der Herrscher“ entwirft auf einer halben Buchseite ein phantastisches Bild eines absolutistischen Herrschers aus dem realsozialistischen Panoptikum. „Mitten im Jahr“ verhöhnt die Staatspresse als mysteriöses Mittel zum Unsichtbar-Werden. Bezug nimmt Rathenow auf Vieles: Sisyphos, „Spiegel“-Märchen, der Wolf und die Geißlein, aber auch Dichter wie Daniil Charms, den er „meinen russischen Lieblingsautor“ nennt.

Vor allem kommen immer wieder Realitäten zur Sprache, etwa die Dauerüberwachung von Lilo, der Frau des inhaftierten Schriftstellers Jürgen Fuchs, durch die Stasi 1977. Die Welt der Leipziger Dissidenten wird an ihrer ersten Kommune exemplifiziert und kontrastiert mit den Giftschränkbereichen der Uni-Bibliothek. Die regierenden Spießbürger sind präsent durch Minister, die bei den Aufmärschen vor allem nach einem Bockwurststand Ausschau halten. Gegen ihresgleichen hilft oft nur Ironie weiter. Andererseits meinte das DDR-Regime es blutig ernst – etwa mit der Haft des Autors im Dezember 1980 im Stasi-Knast Berlin-Schönhausen, die sich in einem literarischen Journal niederschlägt mit dem Fazit: „Das Schlimmste liegt immer in der Zukunft.“ Ihn beschäftigte stets, was aus der DDR wird. Er sympathisierte mit der Lösung der deutschen Frage, aber anders als etwa Wolfgang Venohr („Die deutsche Einheit kommt bestimmt“) glaubte er noch 1986, sie herzustellen sei töricht. Entstanden ist so ein unbedingt lohnendes Buch über eine Zeit der Brüche, Umwälzungen und Überraschungen.

Rolf Stolz

Lutz Rathenow: „Trotzig lächeln und das Weltall streicheln. Mein Leben in Geschichten“, herausgegeben von Marko Martin, kanon verlag, Berlin 2022, gebunden, 271 Seiten, 24 Euro



RATGEBER DER WOCHE



Recht bekommen

und Recht haben sind nicht Dasselbe. Der Kölner Anwalt Markus Mingers klärt auf über weit verbreitete Irrtümer im Verbraucherrecht

FOTO: SHUTTERSTOCK

Wie man sich wehrt, wenn es im Alltag Probleme gibt, sei es beim Reisen, im Internet oder mit Versicherungen und dergleichen, erklärt Markus Mingers in seinem Ratgeber „Ich hab aber Recht“. Der Gründer einer der füh-

renden Verbraucherschutzkanzleien Deutschlands nennt Fallbeispiele für verschiedene Situationen und klärt über die Rechtslage auf. In einer Checkliste sagt er, was als nächstes zu tun ist, und wo man Hilfe erhält. MRK

Markus Mingers: „Ich hab aber Recht. Was du wissen musst, um Recht zu bekommen, bevor es zu spät ist“, Goldegg Verlag, Berlin 2023, broschiert, 316 Seiten, 19 Euro

BUNDESWEHR

Im Grunde einsatz- und kriegsunfähig

Der Politikwissenschaftler Carlo Masala beschreibt in Form eines Interviews die desolante Lage der deutschen Verteidigungsfähigkeit

VON DIRK KLOSE

Der durch das Fernsehen bekannte Politikwissenschaftler Carlo Masala, Professor an der Bundeswehrhochschule in München. Seine Argumentation, wie prekär die Lage der Bundeswehr ist und darüber hinaus, wie wenig die deutsche Gesellschaft bisher auf weltpolitische Veränderungen reagiert hat, ist drastisch. Das Buch ist in Form eines Gesprächs gehalten, das Mitarbeiter des Beck-Verlags mit Masala im Mai 2023 geführt haben.

Es ist unterteilt in drei Kapitel: Das erste befasst sich mit der Bundeswehr, im zweiten geht es um den Krieg in der Ukraine und im dritten wird die Reaktion, oder besser Nicht-Reaktion Deutschlands auf neue Herausforderungen in der Weltpolitik kritisiert. Die Misere der Bundeswehr fasst Masala so zusammen: „Mit ihrer gegenwärtigen Ausrüstung und ihrer gegenwärtigen Truppenstärke könnte die Bundeswehr das Territorium der Bundesrepublik nicht verteidigen.“

Nur einige Punkte im Detail: Der Munitionsvorrat reiche für drei Tage (die NATO verlangt 30 Tage). Vor der friedlichen Revolution hatte die Bundeswehr 4500 Panzer, heute sind es 300, denen etwa 5000 russische gegenüberstehen. Für eine mögliche Mobilmachung fehle jede Infrastruktur. Wegen nicht vorhandener Luftabwehr würden 90 Prozent abgefeuerter russischer Raketen hierzulande ihr Ziel erreichen. Die alles lähmende Bürokratie habe die Bundeswehr „im Grunde

einsatz- und kriegsunfähig“ gemacht. Im zweiten Kapitel zeigt sich Masala skeptisch, ob mit Russland bald Friedensverhandlungen möglich sind. Putin wolle partout die Zerstörung der Ukraine, sein System glaube letztlich der eigenen Propaganda. Das dritte Kapitel ist mit Blick auf den rigorosen Hegemonieanspruch Chinas ein Alarmruf an die Deutschen, die weltpolitischen Veränderungen weg von Liberalismus und Globalisierung hin zu einem Verteilungskampf der Großmächte zu erkennen und zu handeln: Vorsicht gegenüber China und eigene militärische, soziale und politische Absicherung vor neuen Gefahren: „Generell leben wir in einem völlig überregulierten Staat, der nicht mehr in der Lage ist, schnell zu handeln.“

Über manchen Punkt kann man durchaus anderer Meinung sein, aber die völlig desolante Bundeswehr und die von Reformunfähigkeit bedrohte Bundesrepublik sind alltägliche Erfahrungen. Wahrlich kein freundliches Buch, aber, so sagt Masala, je später gehandelt wird, umso schwerer wird es für das ganze Land.

Carlo Masala: „Bedingt abwehrbereit. Deutschlands Schwäche in der Zeitenwende. Ein Gespräch mit Sebastian Ulrich und Matthias Hansl“, C.H. Beck Verlag, München 2023, broschiert, 208 Seiten, 18 Euro



GESELLSCHAFT

Ein Feuerwerk von Aphorismen

Norbert Bolz legt mit Präzision dar, warum der „alte weiße Mann“ verteuftelt wird von denen, die heute den gesellschaftlichen Diskurs bestimmen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die meisten alten weißen Männer haben ihr Leben lang gearbeitet oder der Gesellschaft auf andere Weise gedient. Deshalb fragen sie sich, weshalb sie nun zum Hassobjekt hochstilisiert werden und für alle Übel der Welt verantwortlich sein sollen. Antworten hierauf gibt es in der Regel keine – abgesehen vom ideologisch aufgeladenen Geschwurbel politischer „Aktivistinnen“, von denen etliche unfähig sind, auch nur einen einzigen Cent mit ehrlicher Arbeit zu verdienen. So bleibt den Angefeindeten und Verleumderten lediglich der Blick in die wenigen sachlichen Veröffentlichungen zum Thema, aus denen das Buch „Der alte weiße Mann. Sündenbock der Nation“ klar hervorsticht. Dessen Verfasser, der Medien- und Kommunikationswissenschaftler Norbert Bolz, legt mit schneidender Präzision und glasklarer Logik dar, dass der alte weiße Mann insbesondere aus drei Gründen verteuftelt wird.

Sein Alter steht für Tradition, Erfahrung, Reife, Konservatismus, Bürgerlichkeit und Normalität. Damit passt er nicht in die heutige Gesellschaft, die immer infantiler wird und sich hierfür auch noch feiert. Dabei verdankt sie fast alles, was auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik, Wirtschaft und Politik sowie Kunst und Philosophie von Bedeutung ist, alten beziehungsweise toten weißen Männern.

Deren Weißsein steht für den Geist der Aufklärung, eine Rationalität mit europäischen Wurzeln, Naturbeherrschung und

den Universalismus der Menschenrechte. Dies ist vor allem für die technikfeindlichen Grünen und „woken“ Wirkköpfe, die alles Bewährte zu „dekonstruieren“ versuchen, ein rotes Tuch.

Das Element der Männlichkeit steht für den Mut zur Selbstständigkeit und Selbstbehauptung, Heldentum, Freiheitsdrang, Wettkampf, Stolz, Risikobereitschaft, Individualität und Exzellenz – samt und sonders Dinge, die den radikalen Feministinnen und verweichlichten Männern, die heutzutage den gesellschaftlichen Diskurs bestimmen, aufs Tiefste verhasst sind und daher unablässig schlecht geredet werden müssen.

Bolz wartet im Zuge seiner Argumentation mit derartig treffenden Formulierungen auf, dass das Buch als Feuerwerk von Aphorismen daherkommt, welche die geistigen Verirrungen der heutigen Zeit geißeln. Insofern gibt es nur einen einzigen Grund zur Kritik: Bolz befindet sich zu stark im Verteidigungsmodus und bittet viel zu demütig um Toleranz gegenüber dem alten weißen Mann. Dabei sollte dieser eher ermutigt werden, mit der Kraft seiner intellektuellen und materiellen Ressourcen zum Gegenangriff zu schreiten.



Norbert Bolz: „Der alte weiße Mann. Sündenbock der Nation“, Langen Müller Verlag, München 2023, gebunden, 221 Seiten, 24 Euro



Ostpreußens älteste moderne Schule: Das Kneiphöfische Gymnasium

Foto: LO

KÖNIGSBERG

Auf dem Weg zu einem einheitlichen, ausdifferenzierten Schulsystem

Die Entwicklung des Schulwesens der Hauptstadt Ostpreußens im 19. Jahrhundert war ein langer, hindernisreicher Prozess

VON MARGUND HINZ

Mit der Bildung eines Schulkollegiums 1806 strebte Königsberg eine Vereinheitlichung des Schulwesens an. Die Königliche Regierung legte 1815 fest, dass nur Lehrer einzustellen sind, die ihre Qualifikation durch eine Prüfung belegen können. Nach einem Magistratsbericht von 1821 wurden in allen öffentlichen und Privatschulen insgesamt 5766 Schüler unterrichtet. Einige siebenjährige Kinder blieben jedoch ohne Unterricht. Trotz der vielen Privatanstalten waren die öffentlichen Schulen überfüllt.

Die vom Magistrat beantragten neuen Lehranstalten reichten bei Weitem nicht aus. Zum Jahresende 1827 lernten in den Elementarschulen 1422 Kinder, deren Eltern Schulgeld zahlten. Für 322 Kinder war der Unterricht kostenfrei, weil die Lehrer zur Aufnahme eines Fünftels aller Kinder als Freischüler verpflichtet waren. Ferner besuchten 900 Kinder Lehranstalten, die nicht der Schulaufsicht unterstanden.

Um die Schulanfänger zu einem regelmäßigen Schulbesuch anzuhalten, wurde auf Anordnung des Magistrats an jeder Schule morgens ein Schulbote eingesetzt, der die noch nicht gezahlten Bußgelder für Schulversäumnisse einfordern sollte. Er ließ sich auch die grundlos fehlenden Kinder nennen und suchte sie. So kam es nicht selten vor, dass ein Langschläfer aus dem Bett geholt und zur Schule gebracht wurde. Je mehr die Frequenzen stiegen, umso mehr wurde die Tätigkeit der Schulboten entbehrlich. Daher verringerte sich ihre Anzahl von neun seit 1858 immer mehr. Die Eltern erkannten zunehmend den Wert einer guten Schulausbildung. So kam es immer seltener vor, dass sie ihre Kinder zu gewerbmäßiger Bettelei an-

hielten. Schulvorstände trugen maßgeblich dazu bei. Sie traten einmal pro Woche zusammen, um über die Gründe für die Schulversäumnisse zu beraten.

Differenzierung statt Inklusion

Auf Grund der ungleichen Verteilung der Schülerzahlen in und zwischen den Kirchensprengeln von Königsberg richtete die Schuldeputation Bezirke für die Armenschulen ein. Die Kinder sollten die Schulen besuchen, in deren Bezirk sie wohnten. Ausnahmen waren genehmigungspflichtig. Trotz sorgfältiger Begrenzung der Schulbezirke blieb die Anzahl der Schüler anhaltend hoch. Auch bei ihrer gleichmäßigen Verteilung auf die Bezirke kam es zur Überfüllung der Klassen.

Man führte in einigen Schulen Halbtagsunterricht mit 20 bis 24 Stunden pro Woche ein, da es nicht möglich war, die Frequenz in den zu großen Klassen zu senken. Zu der Gründung neuer Schulen fehlten geeignete Schulgebäude. Die Armenschulen wurden 1867 in Volksschulen umbenannt. 1878 gab es in Königsberg 13 Volksschulen mit 83 Klassen und 6101 Schülern. Ab 1886 führten die Leiter der Volksschulen den Titel Rektor.

Neben den Volksschulen gab es in Königsberg Bürger- und Mittelschulen. Diese Lehranstalten gingen zumeist aus den Kirchschulen und privaten Elementarschulen hervor. Letztere wurden ab 1883 in Bürgerschulen umbenannt. Ihr Lehrplan unterschied sich nicht wesentlich von dem der Volksschulen. Der Mittelschullehrplan ging aber über den der Volks- und der Bürgerschule hinaus. So bekamen Mittelschüler in den vier oberen Klassen pro Woche vier Stunden Englischunterricht. Die Mathematik und ferner die Naturwissenschaften nahmen mehr Raum ein.

Für Kinder, die zwei Jahre erfolglos die Volks- oder Mittelschule besucht hatten,

eröffnete Königsberg 1885 die erste Hilfsschule mit zwölf Knaben und Mädchen. Die erste Hilfsschullehrerin von Königsberg und Ostpreußen, Emma Rehs, gab zusammen mit ihrer Kollegin E. Witt ein viel beachtetes Lehrwerk heraus. Es war gegliedert in: Artikulationsfibel, Lesefibel und Lesebuch. Das Bestreben, die Kinder an Hilfsschulen derart zu fördern, dass sie wieder an die Volksschule wechseln konnten, hatte in der Zeit von 1901 bis 1903 bei 14 Kindern Erfolg. Später sah man davon ab, da die Hilfsschüler dem Volksschulunterricht nicht ausreichend folgen konnten. Ab 1905 entstanden weitere Hilfsschulen.

Behinderte wurden nicht vergessen

Für Kinder mit Sprachstörungen – meist stotternde Kinder – richtete Königsberg 1889 die ersten Sprechheilkurse unter der Leitung des Lehrers Paul Rogge ein. Dafür befreite man die Kinder vom Unterricht an ihren Schulen. Sechs weitere Kurse dieser Art fanden bis 1893 statt. Sie dauerten je vier bis sieben Monate. Der Magistrat richtete ein Jahr später für Lehrer einen von Rogge geleiteten Kurs ein, der sie zur Anwendung des geübten Heilverfahrens bei stotternden Schülern befähigte.



2021, 236 Seiten, ISBN 978-3-428-18166-7.

Dr. Margund Hinz ist Autorin des Buches „Das höhere Schulwesen der Stadt Königsberg in Preußen 1800 bis 1915“, Duncker & Humblot, Berlin,

Die Königliche Taubstummenanstalt (1818) sowie die Vereins-Taubstummenanstalt (1873) gaben Gehörlosen Unterricht. Die Kinder ohne Schulplatz unterrichtete man im Regierungsbezirk Königsberg meist in den Landschulen mit. Deren Leistungen waren jedoch unzureichend, da es an geeigneten Hilfsmitteln mangelte. Ferner fehlten häufig die Artikulationsübungen und Übungen im Ablesen der Sprache. Ab 1894 wurden sämtliche Schüler der zwei Taubstummenanstalten in der Poliklinik für Ohren-, Nasen- und Halskrankheiten der Albertina untersucht. Die Klinik sorgte für ihre Behandlung. Ferner bot sie auch eine Sprechstunde für die schulpflichtigen Kinder am Nachmittag an.

Der Königsberger Schulplan Wilhelm von Humboldts und der Organisationsplan des Oberbürgermeisters Wilhelm August Heidemann führten zu weitreichenden Reformen im höheren Schulwesen. Als Gymnasien neu eröffnet wurden das Collegium Fridericianum 1810 und die Altstädtische Schule 1811. 1811 wurden die Kneiphöfische Schule und die Löbenichtische Schule in höhere Bürgerschulen umgewandelt und 1813 die Deutschreformierte Schule (Reformierte Burgschule) in eine höhere Stadtschule.

Die Löbenichtische Schule und die Burgschule als einzige nicht abiturfähige Realanstalten der Stadt profilierten sich besonders durch ihr Sprachenangebot. Die Kneiphöfische Schule erhielt 1831 die Genehmigung zur Einrichtung als Gymnasium. Im Jahr 1874 kam das Königliche Wilhelmsgymnasium hinzu. Das Gymnasium Humboldtscher Prägung mit den Hauptfächern Latein und Griechisch blieb bis in das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts die dominierende auf ein Universitätsstudium vorbereitende Schulform.

RENSBURG

Besuch des Ehrenhains der Vertriebenen

Einen etwas ungepflegten Eindruck vermittelte der „Ehrenhain der Vertriebenen“ bei einem Besuch in Rendsburg. Der letzte an der Gedenkstätte niedergelegte Kranz ist längst vertrocknet, die Schrift auf der blau-weißen Schleife verblichen.

Ein wenig versteckt und einsam liegt der Eingang direkt an der Fockbeker Chaussee. Ausgeschildert ist dieser zwar, aber etwas unscheinbar – deshalb fahren viele daran vorbei, zumal es davor keine Parkplätze gibt. Es ist ein besinnlicher Ort und der Besuch kann mit einer kleinen Rast auf den vorhandenen Bänken verbunden werden, um der Vertriebenen zu gedenken.

Auf einer zentral gelegenen Anhöhe steht ein Gedenkstein mit der Kar-



Versteckt auf einer Anhöhe: Die Gedenktafeln weisen einen wenig gepflegten Zustand auf. Ein verwitterter Kranz zeugt davon

te des geteilten Deutschlands sowie mit der Inschrift: „Das ganze DEUTSCHLAND unvergessen. Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Rings um diese Anhöhe stehen Nebensteine mit den Wappen ostdeutscher Provinzen, darunter von West- und Ostpreußen, Danzig, Pommern und Oberschlesien. Dazu kommen Wappentafeln von Königsberg, Stettin und Gerdaun.

Seit 2021 werden die großen Plaketten mit der Aufschrift „Memeland“ und „Sachsen-Thüringen“ vermisst. Die Spuren der mit brutaler Gewalt abgeschlagenen Tafeln sind immer noch vorhanden. Es war leider nicht der erste Diebstahl dieser Art, den Metalldiebe in der Gedenkstätte vornahmen. *Manfred E. Fritsche*



Wappentafel von Königsberg auf einem Stein befestigt: Einige Tafeln wurden gestohlen *Fotos: Fritsche*

● AUFGESCHNAPPT

„Es sieht ganz so aus, als würde der kurze Elektroauto-Boom in Deutschland zu Ende gehen.“ Mit diesem ernüchternden Worten zitiert die „Welt“ den renommiertesten deutschen Autoexperten Ferdinand Dudenhöffer. Dessen Einschätzung wird gestützt von einer Untersuchung der „Deutschen Automobil Treuhand“. Danach ist der Anteil der Autofahrer, die sich grundsätzlich die Anschaffung eines E-Mobils vorstellen können, 2023 auf 39 Prozent gesunken, nach 44 Prozent im Vorjahr. Und von den 39 Prozent halten nur die wenigsten einen Wechsel zum E-Mobil in den kommenden zwölf Monaten für realistisch, die meisten wollen noch mindestens fünf Jahre warten. Die Zahlen dürften noch schlechter werden, denn die Untersuchung wurde vor Bekanntgabe des Wegfalls der staatlichen Förderung durchgeführt. Als Grund Nummer 1 für den Sprung zum E-Mobil nannten aber 55 Prozent den staatlichen Zuschuss. Erst auf Platz 2 folgt mit 38 Prozent die Umwelt. Haupteinwand bei den Gegnern ist die begrenzte Reichweite der E-Autos. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Hubertus Knabe, langjähriger Leiter der Stasi-Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen, zeigt sich gegenüber „Nius.de“ (1. Februar) entsetzt über die Behandlung von Hans-Georg Maaßen durch den Verfassungsschutz:

„Ich bin sehr beunruhigt, wenn ich sehe, wie extensiv das Bundesamt für Verfassungsschutz einen CDU-Politiker, der Herr Maaßen bis vor wenigen Tagen ja noch war, durchleuchtet hat. Eine derart vollständige Übersicht politischer Aktivitäten und Äußerungen habe ich nicht einmal in den Stasi-Akten von prominenten DDR-Dissidenten gesehen.“

Michael Paulwitz erklärt in der „Jungen Freiheit“ (4. Februar), was die Attacken auf Hans-Georg Maaßen offenbaren:

„Lächerlich? Allerdings. Grotesk? Gar kein Ausdruck. Willkürlich und rechtswidrig? Aber sicher. Gefährlich? Leider auch. Es sind Fanatiker mit totalitären Gelüsten, die da am Werk sind, und ihr Machterhaltungstrieb kennt kaum noch Skrupel. Das Jahr hat eben erst angefangen, doch die Agonie der grün-roten Hegemonie verspricht jetzt schon hässlich zu werden.“

SPD-Urgestein Klaus von Dohnanyi nimmt Sahra Wagenknecht im „Hamburger Abendblatt“ (2. Februar) gegen den Vorwurf übertriebener Russland-Freundlichkeit in Schutz:

„Die alte NATO-Wahrheit, es könne Frieden in Europa nur mit und nicht gegen Russland geben, nimmt sie (Wagenknecht) wieder ernst und will die Beziehungen zu Russland deswegen wieder aktivieren.“

Zur Auseinandersetzung mit unbequemen Oppositionsparteien wie namentlich der AfD gibt Thomas Fasbender in der „Berliner Zeitung“ (1. Februar) zu bedenken:

„Man kann es nicht oft und nicht deutlich genug sagen: Keine Partei und keine politische Strömung hat die Demokratie gepachtet. Der demokratische Rahmen erlaubt rechte Politik ebenso wie linke, konservative ebenso wie progressive. Die Demokratie und die demokratischen Werte diktieren auch keine Politikziele. Die werden auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verhandelt, und dieser Boden bietet durchaus Platz.“

Martin Sonneborn, EU-Abgeordneter der Satirepartei „Die Partei“, schildert auf „X“ (1. Februar) seine Eindrücke von den heftigen Bauernprotesten in Brüssel:

„Was die EU betrifft, so stehen Außen- & Innenwelt sichtlich in keinem brauchbaren Verhältnis mehr zueinander: Während draußen über 1300 Traktoren das Europäische Parlament und seinen mittlerweile brennenden Vorplatz blockieren, haben die 27 Staatschefs drinnen den Zorn der Bauern noch nicht einmal auf ihre Tagesordnung gesetzt.“

● WORT DER WOCHE

„Je intensiver die Medien vor der Person Trump warnen ..., umso gleichgültiger scheint dies den potentiellen Wählern von Trump zu werden.“

Thilo Sarrazin in der Schweizer „Weltwoche“ vom 31. Januar

DER WOCHENRÜCKBLICK

Die Wurst im Dreck

Wo der Regierung der Kopf steht, und wie man das Gegenteil dessen erreicht, was man wollte

VON HANS HECKEL

S tellen Sie sich vor, Sie sitzen in einem Flugzeug, das sich durch ein heftiges Unwetter quält. Blitze krachen, alles wackelt und die Motoren machen gruselige Geräusche, vielen Passagieren wird übel, andere schreien panisch herum. Dann kommt die Durchsage aus dem Cockpit: „Liebe Passagiere. Sie sind sicherlich nervös. Aber ich kann Ihnen sagen, uns hier vorne in der Kanzel geht es auch nicht besser. Da blinken überall Anzeigen, es piept dauernd und draußen dieser fürchterliche Sturm ... Wir wissen gar nicht mehr, wo uns der Kopf steht!“

Ob sich die Passagiere nach einer solchen Ansage wohl besser fühlen? Davon scheint Konstantin Kuhle überzeugt zu sein. Bei „Lanz“ gab der Vizechef der FDP-Bundestagsfraktion zu, in der Ampelregierung wüssten viele Minister mitsamt ihren zuarbeitenden Beamten gar nicht mehr, wo ihnen der Kopf stehe. Er hoffte wohl, auf diese Weise das Mitleid der Bürger mit der Regierung zu wecken: Ach guck doch nur, die Armen! Immerhin hat Kuhle auch Mitleid mit uns. Sachen wie Wohngeld, Heizungsgesetz oder Klimageld seien schließlich „sauschwierige Themen, die für viele Menschen in Deutschland massive Überforderung bedeuten“, streicht uns der Ampelpolitiker mitfühlend durchs zerzauste Haar.

Kuhles Kalkül war, uns Bürger in einen Schmuskreis der Überforderten hineinzu ziehen, wo Regierung und Volk mal ganz offen ihre Nöte beichten und alle wieder ganz lieb zueinander sind. Ob das klappt? Nun ja, viele Deutsche mögen solche Gefühligkeit und fallen gerührt darauf herein. Weniger sentimentale Gemüter dürfte der FDP-Mann dagegen erst recht in Wut versetzt haben, denn die sagen sich: Wenn eine Regierung sogar selbst bemerkt, dass sie ihrer Aufgabe nicht gewachsen ist, dann soll sie doch gefälligst abtreten!

Aber hat sie das wirklich bemerkt? Kuhle hat da zumindest eine dunkle Ahnung, die anderen Ampelleute auch? Wir erinnern uns an das weise Wort von Henry Kissinger, der einmal sagte: „Um sich einer Sache vollkommen sicher zu sein, muss man entweder alles darüber wissen – oder gar nichts.“

Wirtschaftsminister Robert Habeck ist sich seiner Sache nach wie vor vollkommen sicher. Mit seinen legendär gewordenen Ausführungen zum Thema Insolvenz legte er die

Quelle seiner bemerkenswerten Sicherheit offen: „– oder gar nichts.“ Entsprechend zielgenau macht der Grüne unbeirrt weiter. Bei Caren Miosga erklärte er seinen dankbaren Gesprächspartnern, dass die vielen neuen Gaskraftwerke, die für unzählige Milliarden im Land verstreut werden sollen, kein rausgeschmissenes Geld seien, sondern eine Investition, die später einmal echte „Wertschöpfung“ hervorbringe. Sprich: Wir werfen mit der Wurst nach dem Schinken!

Oder nicht? In Wahrheit sollen die Kraftwerke bloß als Lückenbüßer einspringen, wenn Wind und Sonne den grünen Dienst verweigern. Sobald der Wind wieder weht und die Sonne ausreichend strahlt, stehen die Milliarden teuren Gaskraftwerke still. Unterm Strich heißt das: Sie werden niemals „Wertschöpfung“ produzieren, weil sie wegen der langen Stillstandsphasen gar nicht rentabel arbeiten können und daher für alle Ewigkeit subventioniert werden müssen – die Wurst landet im Dreck.

Immerhin schwang auch dem Klimaminister, dass sich da eine gigantische Finanzierungslücke auftut, die jemand schließen muss. Er weiß nur noch nicht, wer – Unternehmen, Verbraucher oder Steuerzahler. Aber das schmälert Habecks Sicherheit nicht im Mindesten. Das hat er von seinem gefeuerten Staatssekretär Graichen (der mit dem Trauzeugen) gelernt. Jener Graichen dekretierte angesichts der Energiekrise einfach, dass man bloß den richtigen „Mindset“, also die richtige Denkweise haben müsse, und alles laufe von selbst. Und mit Habecks „Mindset“ ist zweifellos alles in grüner Ordnung, Motto: Das wird schon. Muss ja!

Hätte der DFB doch die Klappe gehalten

Da macht es auch nichts, dass der Wirtschaftsminister sogar mehr als zwei Jahre nach Amtsantritt noch nicht einmal die einfachsten Grundregeln verstanden hat, nach denen sich Wirtschaftlichkeit richtet. Warum bringt die ihm niemand bei? Offenbar haben die neuen Machthaber alle Fachleute im Ministerium zum Schweigen gebracht oder durch grün durchglühete Ideologen ersetzt, die alle demselben „Mindset“ folgen.

Das gibt uns, den leidtragenden Bürgern, zumindest eine Sicherheit: Nämlich die, dass bei dem ganzen Energiewende-Zirkus auf keinen Fall das herauskommen wird, was sich die Akrobaten im Habeck-Ministerium vorstellen. Diese Erfahrung, dass die Resultate

„Einmischung“:
Erst hat die Ampel Erdoğan den roten Teppich ausgerollt. Dann ist Faeser böse, dass er ihn betritt

der eigenen Politik keineswegs den Erwartungen entsprechen, macht auch Innenministerin Faeser. Die Sozialdemokratin warnt den türkischen Präsidenten Erdoğan davor, sich in deutsche Wahlen einzumischen. Auslöser ihrer Warnung war die Gründung der Erdoğan-Partei DAVA in Deutschland.

Erdoğan fordert die Türken in Deutschland seit Jahren auf, möglichst den deutschen Pass zu erlangen, als Doppelstaatler aber Türke zu bleiben und türkische Interessen in der Bundesrepublik zu verteidigen. Gerade erst hat die Ampel mit der Einführung der Turbo-Einbürgerung dem Machthaber in Ankara für diese Strategie den roten Teppich ausgerollt. Nun ist Faeser böse, dass der Kerl den Teppich auch betritt. Beinahe niedlich.

Statt, dass die neuen Passinhaber brav SPD, Grüne oder Linkspartei wählen, wie von den Ampelstrategen geplant, scharen sich viele von ihnen nun womöglich um die DAVA. Was für ein Pech.

Dass man oft etwas ganz anderes erreicht als das, was man anstrebt, diese Erfahrung macht ebenso der DFB. Erst in Leverkusen, dann in Dresden haben Fans Transparente im Stadion enthüllt, die sagen, dass es (nur) zwei Geschlechter gibt. Zwei Geschlechter? Sofort hagelte es Geldstrafen vom Fußballbund, um solche „diskriminierenden“ Äußerungen abzuwürgen. Hätten die Spitzenfunktionäre einfach die Klappe gehalten, hätte die große Mehrheit der Deutschen niemals von den Transparenten erfahren. Nun aber sind die Dinger ein großes Thema – und führen den DFB obendrein als klebrigen Opportunisten vor, der sich an den Geist der woken „Geschlechterdiversität“ ranscheimt.

Das nennt man den „Barbra-Streisand-Effekt“. Vor Jahren hatte ein US-Fotograf die Küste Kaliforniens in Tausende Bilder gebannt, um die Erosion der Gestade zu dokumentieren. Auf einer der zahllosen Aufnahmen war auch das Haus der Schauspielerin zu sehen. Welches Haus es war, wussten natürlich nur Eingeweihte. Für andere war es angesichts der schieren Masse an Fotos kaum herauszufinden. Doch Streisand sah trotzdem ihre Privatsphäre verletzt und klagte gegen den Fotografen. Erst die dadurch erzeugte Aufmerksamkeit machte ihre genaue Adresse nun weltbekannt. Sie hat durch die Skandalisierung genau das Gegenteil dessen erreicht, was sie wollte. Exakt nach diesem Muster hat auch der DFB die Transparente der Fans erst landesweit bekannt gemacht. Gut so.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de